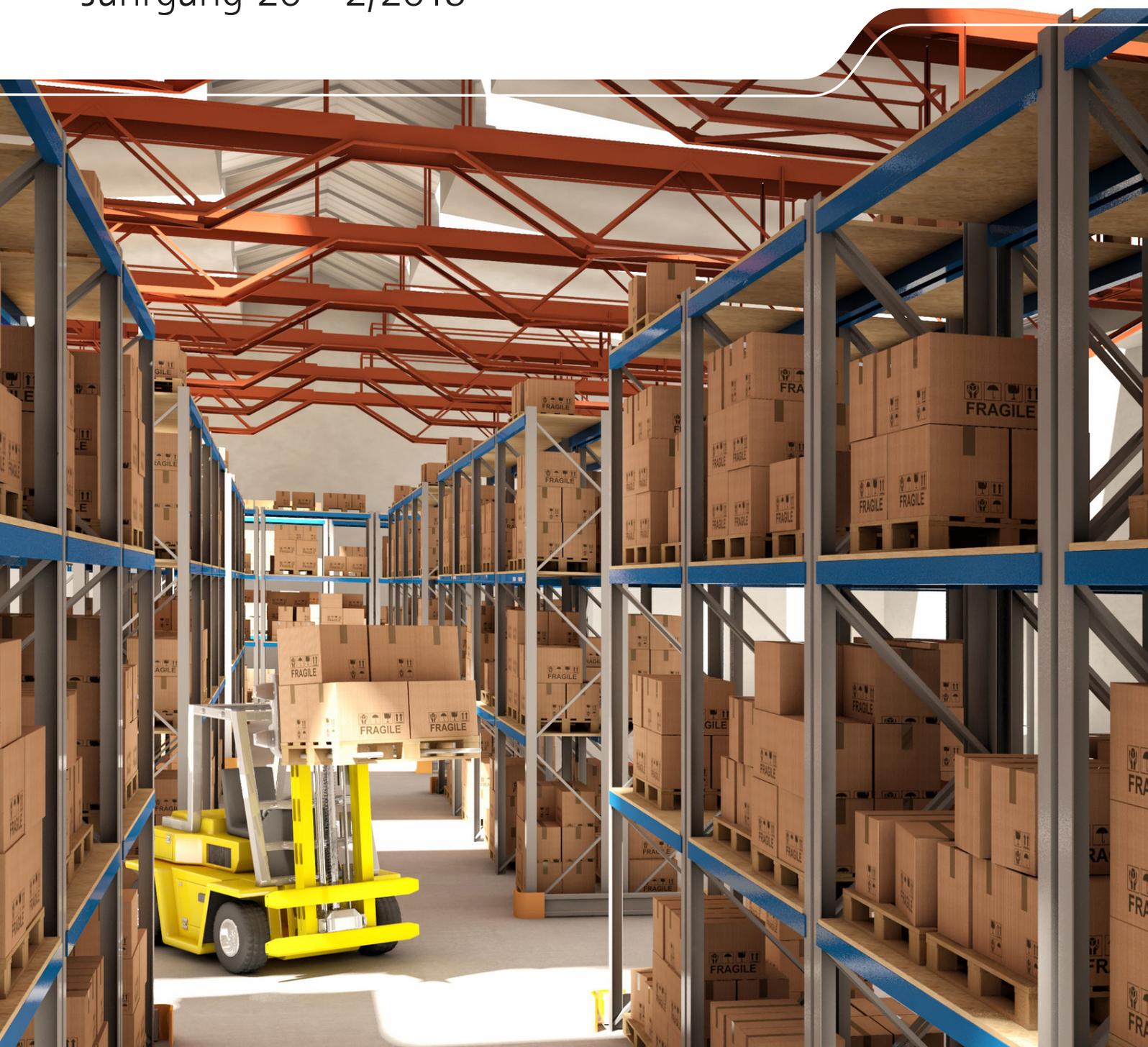


# Statistik in Sachsen

Jahrgang 20 - 2/2015



# Inhaltsverzeichnis

<b>Sächsischer und ostdeutscher Außenhandel im Vergleich – Teil 2: Einfuhr</b> Roman Straube	2
<b>Vermögen und Schulden sächsischer Privathaushalte – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013</b> Marcel Goldmann, Bettina Koreng	15
<b>Erhebung in Aquakulturbetrieben – eine neue Aufgabe im Fachbereich Landwirtschaft</b> Thorsten Krause	26
<b>Schätzung der Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030</b> Julia Okon	34
<b>Analyse der Bürgermeisterwahlen in Sachsen</b> Prof. Dr. Manfred Schleier, Susanne Liske, Lysann Neubert	42
<b>Neuer Präsident im Statistischen Landesamt</b> Diana Roth	54
<b>Nachruf Jochen Teschner</b> Dr. Andreas Oettel	57
<b>Neues aus Sachsen</b>	58
<b>Sächsischer Zahlenspiegel</b>	61

# Vorwort

Weitere Informationen zum  
Thema finden Sie hier:



Burkhard Müller, Präsident des  
Statistischen Landesamtes  
©Foto Günther, Großenhain (2013)

Liebe Leserin, lieber Leser,

aus dem Jahr 1830 sind Unterhaltungen Johann Wolfgang Goethes dokumentiert, u. a. mit Kanzler Friedrich von Müller, einem hohen Verwaltungsbeamten in Weimar. Daraus ist überliefert „Man muß sich immerfort verändern, erneuen, verjüngen, um nicht zu verstocken.“ Ich beginne mit diesen Worten eines der größten deutschen Dichter, weil auch wir etwas „verändern“. Sie halten soeben die letzte Ausgabe unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in den Händen. Seit 21 Jahren liefern wir Ihnen in dieser Form interessante Fachbeiträge, aufschlussreiche Artikel von Gastautoren, Neues aus Sachsen und unseren übersichtlichen Zahlenspiegel mit den wichtigsten aktuellen Eckwerten für den Freistaat Sachsen.

Vielzählige Themen von A wie Außenhandel bis Z wie Zensus wurden Ihnen seit 1995 in über 600 Artikeln aufbereitet. In Heft 1/2015 wurde das A wie Ausfuhr erneut aufgegriffen. In diesem Heft wird daran anknüpfend der Fokus auf die Einfuhr als Teil des Außenhandels gerichtet. Um die wirtschaftliche Situation ‚im Kleinen‘ und damit um Geld geht es auch in einem weiteren Beitrag. Heft 1/2014 enthielt die ersten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013. Fortgesetzt wird die Auswertung nun mit den Auswertungen zum Geldvermögen sowie der Betrachtung von Schulden bzw. Krediten privater Haushalte. „Verbraucht“ wird in sächsischen Haushalten auch Speisefisch. Er ist ein wichtiger Proteinlieferant für die menschliche Ernährung, aber einer steigenden Nachfrage steht die Überfischung der Weltmeere gegenüber. Wie sich die Erzeugung in Aquakulturen im Freistaat Sachsen und Deutschland entwickelt hat, dazu erfahren Sie ab Seite 26 mehr. Erneut konnten wir zwei Gastautoren gewinnen. Ein Beitrag widmet sich der Situation im Gesundheitswesen, welches zukünftig den veränderten Bedarfen einer älter werdenden Bevölkerungsstruktur gerecht werden muss. Julia Okon richtet in ihrem Artikel den Blick auf die Personalentwicklung im stationären und ambulanten Bereich. Im zweiten Gastbeitrag analysieren Prof. Dr. Manfred Schleier und zwei seiner Studentinnen die Bürgermeisterwahlen der vergangenen Jahre im Freistaat Sachsen. Um zu Goethe zurückzukehren – wir „verändern, erneuen, verjüngen“. Interessante Daten und Fakten aus der amtlichen Statistik werden Sie bei uns auch künftig in Fachbeiträgen analysiert und aufbereitet lesen können. Ab II. Quartal 2016 veröffentlichen wir Inhalte der ‚alten‘ Zeitschrift elektronisch. Über unseren neuen Newsletter werden Sie dazu monatlich informiert. Unser Ziel ist es, dass Sie Inhalte in gewohnt aussagekräftiger Form wiederfinden. Meine Mitarbeiter werden diesen Anspruch mit qualitativ hochwertigen Analysen und fachlichen Auswertungen untersetzen. Ich wünsche Ihnen eine kurzweilige Lektüre der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ und freue mich, wenn ich Sie im II. Quartal 2016 als Abonnent unseres neuen monatlichen Newsletters begrüßen darf.

*JLM*  
*Burkhard Müller*

# Sächsischer und ostdeutscher Außenhandel im Vergleich – Teil 2: Einfuhr\*)

Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern leisten die Auslandsgeschäfte der hier ansässigen Unternehmen und Betriebe. In der Außenhandelsstatistik lassen sich diese einerseits sachlich, das heißt nach Güterarten bzw. Waren(unter)gruppen, und andererseits geografisch, also nach Herkunfts- und Bestimmungsländern, differenzieren. Dabei zeigen sich für Sachsen und die Gesamtheit der neuen Länder (einschließlich Berlin) neben vielen Gemeinsamkeiten durchaus auch einige Unterschiede hinsichtlich der vorrangig gehandelten Waren, der bevorzugten Außenhandelspartner, des Grades an (außen-)wirtschaftlicher Verflechtung sowie der eingeschlagenen Spezialisierungsrichtungen. Nachdem in Heft 1/2015 dieser Zeitschrift die Ausfuhren genauer analysiert worden waren, liegt der Fokus im vorliegenden Beitrag nun auf der Einfuhrseite.

## Vorbemerkungen

Bevor ein Land einen Teil seiner wirtschaftlichen Erzeugnisse auf ausländischen Märkten absetzen kann, müssen diese seitens der heimischen Wirtschaft zunächst einmal produziert oder in geeigneter Weise weiterentwickelt werden. Allerdings stehen die dazu notwendigen Rohstoffe oftmals nicht vollständig zur Verfügung, sondern müssen durch gezielte Warenimporte erst beschafft werden.

Genauer differenzieren lassen sich die Auslandsgeschäfte der wirtschaftlichen Akteure in Sachsen und den übrigen neuen Ländern (mit Berlin)<sup>1)</sup> mithilfe der Angaben aus der Außenhandelsstatistik, die den grenzüberschreitenden Warenverkehr einführseitig als Generalhandel darstellt.<sup>2)</sup> Dieser beinhaltet die Einfuhr von Waren in den freien Verkehr, zur zollamtlich bewilligten aktiven und nach passiver Veredlung (Eigen- und Lohnveredlung bzw. Ausbesserung) sowie die Einfuhr ausländischer Waren auf Lager zum Zeitpunkt ihrer Einlagerung.

In Anlehnung an die im Jahreswirtschaftsbericht für 2011 thematisierten Inhalte zum sächsischen Außenhandel [1] wurden entsprechende Analysen zunächst für die Jahre 2012 und 2013 vorgenommen, um zu überprüfen, inwieweit die bislang gewonnenen Erkenntnisse für Sachsen auch längerfristige Gültigkeit besitzen. Auf

Basis einer geeigneten Gegenüberstellung mit entsprechenden Ergebnissen für die Gesamtheit der neuen Länder ließen sich dann sowohl die Gemeinsamkeiten als auch wesentliche Unterschiede zwischen der sächsischen und ostdeutschen Außenhandelslandschaft herausarbeiten. Eine gezielte Einordnung ausgewählter Resultate in den bundesdeutschen Kontext rundete die Untersuchung ab.

Zuerst wurde anhand der jährlichen Einfuhrwerte eine nach Gütern bzw. Waren(unter)gruppen differenzierte Analyse vorgenommen, wobei die Benennung und Gruppierung der einzelnen Warenpositionen nach Systematik der Ernährungswirtschaft und Gewerblichen Wirtschaft (EGW) erfolgt. Zur Identifikation der wichtigsten Handelspartner wurde der Fokus in einem zweiten Schritt auf eine spezifische Länderbetrachtung gerichtet. Aus der geeigneten Kombination beider Merkmalsausprägungen ergab sich schließlich ein genaueres Bild über die jeweiligen Spezialisierungstendenzen und Verflechtungsgrade des sächsischen wie ostdeutschen Außenhandels hinsichtlich bestimmter Güter und Herkunftsländer.

Grundsätzlich erfolgten die Analysen in Form von Strukturdarstellungen am aktuellen Rand – hier 2013 – sowie durch Entwicklungsbetrachtungen gegenüber unmittelbar vorangegan-

\*) Bearbeitungsschluss für den Beitrag war Februar 2015. Zu diesem Zeitpunkt lagen endgültige Ergebnisse zum sächsischen bzw. ostdeutschen Außenhandel vollständig bis 2013 vor. Der Berichtszeitraum für das Jahr 2014 umfasste indes lediglich die Monate Januar bis November, von denen endgültige Ergebnisse ausschließlich für das 1. Quartal verfügbar waren.

1) Aus inhaltlichen Gründen erfolgt die Ergebnisdarstellung für die GroBraunregion „Neue Länder“ im vorliegenden Beitrag durchweg „mit Berlin“. Auf die entsprechende Klammerbemerkung wird im Folgenden jedoch verzichtet. Vollständig synonym verwendet wird indes – wie beispielsweise in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit üblich – die Bezeichnung „Ostdeutschland“.

genen Jahren. Der längerfristigen Perspektive wurde durch ausgewählte Vergleiche mit dem Referenzjahr 2000 Rechnung getragen.

### Ergebnisse

Die Einfuhren Sachsens erreichten ihren vorläufigen Höchststand seit Einführung der Außenhandelsstatistik im Jahre 1991 bereits 2011. Für die Gesamtheit der neuen Länder ergab sich das Maximum am aktuellen Rand 2013 (vgl. Abb. 1). Insofern war die sächsische Importentwicklung zuletzt geringfügig rückläufig, während es in einigen der übrigen neuen Länder – insbesondere in Sachsen-Anhalt aber beispielsweise auch in Thüringen – zu nennenswerten Importsteigerungen gekommen war.

### Einfuhr insgesamt

Nach Sachsen wurden 2013 Waren im Gesamtwert von rund 19,0 Milliarden € eingeführt.<sup>3)</sup> Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 2,5 Prozent, nachdem die Importe bereits von 2011 zu 2012 um 3,8 Prozent zurückgegangen waren. Bis dahin allerdings war die Entwicklung von 1991 an – einzig unterbrochen im Krisenjahr 2009 – kontinuierlich aufwärtsgerichtet verlaufen. Im Ergebnis dessen lag das sächsische Einfuhrniveau 2013 inzwischen rund zweieinhalbmal so hoch wie noch im Jahr 2000 (vgl. Abb. 1).

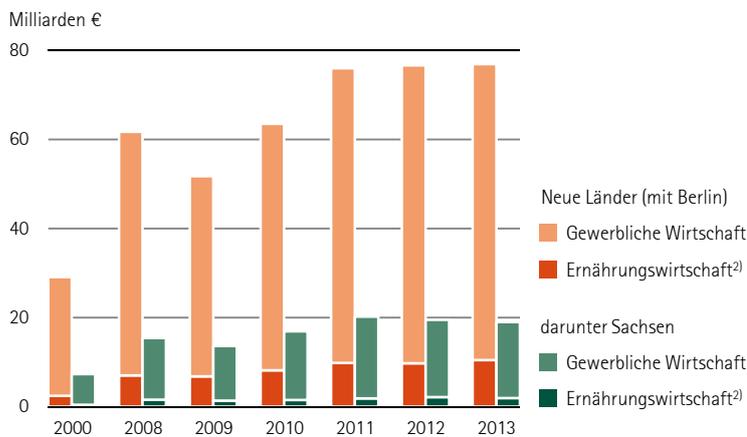
Die Wareneinfuhr aller neuen Länder zusammen belief sich 2013 auf 76,9 Milliarden €. Binnen Jahresfrist entspricht dies einer geringfügigen Zunahme um 0,4 Prozent, im Vergleich zu 2000 einem gut zweieinhalbmal so hohen Stand. Sachsen war daran aktuell zu einem Viertel vertreten (vgl. Abb. 1).

In Deutschland summierten sich die Einfuhren im Jahr 2013 auf insgesamt knapp 904 Milliarden € und lagen so um 0,8 Prozent unter dem im Vorjahr erreichten Höchststand. Der Anteil der sächsischen Importe hieran betrug seit 2009 stets etwas über zwei Prozent (2000: 1,3 Prozent). Für die neuen Länder insgesamt ergab sich 2013 ein entsprechender Wert von 8,5 Prozent (2000: 5,4 Prozent).

Eine Ursache für die 2013 im Vorjahresvergleich rückläufige Importentwicklung in Sachsen waren zweifelsohne Preiseinflüsse. So verringerte sich der Gesamtindex der bundesdeutschen Einfuhrpreise 2013 gegenüber 2012 um 2,6 Prozent. Dagegen zeigte der längerfristige Durchschnitt der Jahresteuersatzraten von 2009 bis 2013 in aller Regel ein positives Vorzeichen (vgl. Abb. 2).

Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen<sup>4)</sup> kletterte der Anteil der Waren-

**Abb. 1 Einfuhr (Generalhandel) der neuen Länder (mit Berlin) sowie Sachsens nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft 2000 und 2008 bis 2013<sup>1)</sup>**



1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)  
2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

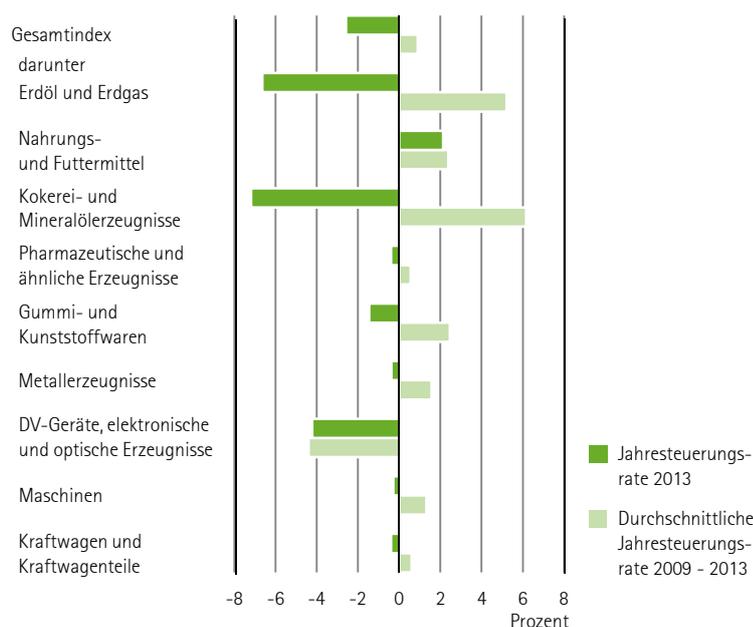
einfuhren Sachsens ausgehend von 9,9 Prozent im Jahr 2000 zunächst bis auf 21,1 Prozent im Jahr 2011, bevor er 2013 auf 19,0 Prozent zurückging. Der vergleichbare Anteilswert für Ostdeutschland wurde damit in jedem Jahr moderat übertroffen (vgl. Abb. 3). Auf Bundesebene lag die entsprechende Größenordnung bis 2005 zunächst bei etwa einem Viertel, seitdem sogar bei rund einem Drittel. Demzufolge ist die Importorientierung der Wirtschaft in den alten Ländern stärker als in den neuen Ländern.<sup>5)</sup> Dieser Sachverhalt kommt grundsätzlich auch anhand der auf die (jahresdurchschnittlichen) Einwohnerzahlen<sup>6)</sup> der Bundesländer bezogenen Einfuhrwerte zum Ausdruck, die sich 2013 zwischen 39 593 € in Hamburg über 11 206 € im bundesdeutschen Durchschnitt und 4 691 € in Sachsen bis hin zu 2 769 € in Mecklenburg-Vorpommern bewegten.

### Einfuhr nach Warengruppen

Nach Warengruppen differenziert entfielen 2013 auf Güter der gewerblichen Wirtschaft 89,7 Prozent bzw. 17,0 Milliarden € der Gesamteinfuhren Sachsens. Binnen Jahresfrist waren das 1,6 Prozent weniger. Für Güter der Ernährungswirtschaft ergaben sich 6,1 Prozent bzw. gut 1,1 Milliarden € (vgl. Abb. 1).<sup>7)</sup> Hier gab es im Vorjahresvergleich – entgegen des gesamtwirtschaftlichen Trends – eine Einfuhrsteigerung um 6,3 Prozent. In allen neuen Ländern zusammen lag der Anteil der Güter der Ernährungswirtschaft an den Gesamteinfuhren bei annähernd einem Zehntel (Deutschland: 8,3 Prozent). Der überwiegende Teil der Güter der Ernährungswirtschaft in Sachsen waren 2013 einmal mehr Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs und hier vor allem „Gemüse und sonstige Kü-

- 2) Im Unterschied dazu liegt den Ausfuhren aus erhebungstechnischen Gründen mit dem Spezialhandelskonzept eine abweichende Erhebungsmethodik zugrunde, was eine abschließende Saldierung beider Größen und damit die Bestimmung eines Aus- bzw. Einfuhrüberschusses von vorneherein ausschließt. Nicht zuletzt dieser Umstand spricht für eine getrennte Untersuchung des Im- und Exportgeschäftes. So zählt zum Spezialhandel nämlich ausschließlich die Ausfuhr von Waren aus dem freien Verkehr, nach zollamtlich bewilligter aktiver und zur passiven Veredelung (Eigen- und Lohnveredelung bzw. Ausbesserung) ohne die Wiederausfuhr eingelagerter ausländischer Waren.
- 3) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf).
- 4) Berechnungsstand: August 2013 / Februar 2014 (VGR des Bundes); vgl. [2].
- 5) Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die originären Ausfuhrwerte mit dem Bruttoinlandsprodukt hier auf eine Größe bezogen werden, die sowohl um Vorleistungen bereinigt als auch um geleistete Gütersteuern erhöht bzw. erhaltene Gütersubventionen reduziert wurde. Insofern wären die Ausfuhrwerte prinzipiell exakter auf den niveaumäßig höheren Bruttoinlandsproduktwert zu beziehen, der die jeweiligen Anteile entsprechend kleiner ausfallen ließe. An den grundlegenden Aussagen zur Importorientierung der einzelnen Regionen änderte dies allerdings nichts.

**Abb. 2 Jahresteuerraten<sup>1)</sup> der Einfuhrpreise in Deutschland 2009 bis 2013 nach ausgewählten Güterabteilungen<sup>2)</sup>**

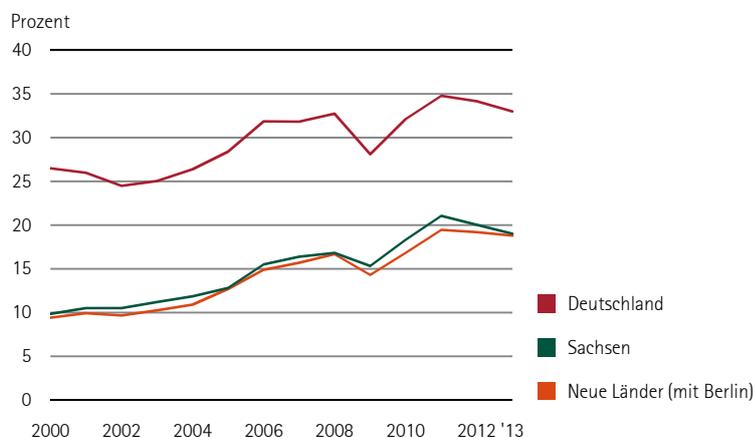


1) Basis: 2010=100  
2) Güterabteilungen des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP 2009)

- 6) vorläufiges Fortschreibungsergebnis mit Stand vom 10. April 2014 auf Basis der endgültigen Ergebnisse des Zensus. Es ist zu berücksichtigen, dass hier gemäß Inlandskonzept erhobene Einfuhrdaten mit (jahresdurchschnittlichen) Einwohnerzahlen gemäß Inländerkonzept ins Verhältnis gesetzt werden.
- 7) Die zu 100 Prozent fehlende Differenz in Höhe von 4,3 Prozent (809 Millionen €) ist dem Einfuhr-Zwischenposten „Rückwaren und Ersatzlieferungen“ zuzuschreiben.

chengewächse, frisch" sowie „Ölfrüchte“. Bei den Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs trugen am auffälligsten „Milch und Milcherezeugnisse, ausgenommen Butter und Käse“ sowie „Fleisch und Fleischwaren“ zum sächsischen bzw. ostdeutschen Importgeschäft bei. Unter den nach Sachsen eingeführten Gütern der gewerblichen Wirtschaft entfielen 2013 mehr als sieben von zehn Euro auf Fertigwaren-Enderzeugnisse. Reichlich ein Zehntel waren Fertigwaren-Vorerzeugnisse und hier – wie auch im ostdeutschen Außenhandel – vordergründig

**Abb. 3 Anteil der Einfuhr (Generalhandel) Deutschlands, der neuen Länder (mit Berlin) u. Sachsens<sup>1)</sup> am Bruttoinlandsprodukt<sup>2)</sup> 2000 bis 2013**



1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)  
2) in jeweiligen Preisen; Berechnungsstand: Jahre 2000 bis 2012 - August 2013; Jahr 2013 - Februar 2014 (VGR des Bundes)

„Chemische Vorerzeugnisse“ vor „Blech aus Eisen oder Stahl“, „Kunststoffen“ (vgl. Tab. 1 und 2) sowie „Papier und Pappen“. Der verbleibende Rest verteilte sich zu nahezu gleichen Teilen auf Halbwaren – überwiegend „Mineralölzerzeugnisse“ – und Rohstoffe. Für die neuen Länder insgesamt ergab sich ein knapp dreimal so hoher Rohstoffanteil wie in Sachsen, auf gesamtdeutscher Ebene war er fast doppelt so hoch. Den mit Abstand größten Stellenwert unter den Rohstoffimporten hatte „Erdöl und Erdgas“, das in Sachsen 2013 einen Warenwert von knapp 1,3 Milliarden € erreichte (vgl. Tab. 1). Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer deutlichen Abnahme um 13,5 Prozent, wofür sicherlich auch der signifikante Einfuhrpreiserückgang bei dieser Position eine entscheidende Rolle gespielt hat (vgl. Abb. 2). Der entsprechende Anteil an den sächsischen Rohstoffeinfuhren lag so bei 84,4 Prozent, bei den Gesamteinfuhren waren es 6,7 Prozent. Dabei stammt der weitaus größte Teil an „Erdöl und Erdgas“ aus der Russischen Föderation, eine relativ überschaubare Menge zudem auch aus dem Vereinigten Königreich (vgl. Abb. 4).

Die sächsischen Importe von Fertigwaren-Enderzeugnissen summierten sich 2013 auf einen Gesamtwert von gut 12,1 Milliarden €. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem leichten Plus von 0,9 Prozent. Darunter erreichten die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus mit rund 3,5 Milliarden € einmal mehr den höchsten Warenwert (vgl. Tab. 1). Gleichwohl betrug die Vorjahresveränderung hier – unter Berücksichtigung der stagnierenden Einfuhrpreisentwicklung (vgl. Abb. 2) – minus 3,4 Prozent. Verglichen mit dem Jahr 2000 allerdings hatte sich das Niveau zuletzt weit mehr als verdreifacht. Der Anteil der Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus an sämtlichen Importen Sachsens lag so am aktuellen Rand bei 18,7 Prozent (2000: 14,1 Prozent) und damit doppelt so hoch wie in der Gesamtheit der neuen Länder mit 7,8 Prozent (vgl. Tab. 1 und 2). Innerhalb der Warengruppe standen in Sachsen 2013 „Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge“ mit einem im Vergleich zum Vorjahr nahezu unveränderten Ergebnis in Höhe von gut 1,9 Milliarden € an erster Stelle. Dies bedeutete ein Zehntel aller sächsischen Einfuhren (vgl. Tab. 1). Die wichtigsten Lieferländer waren Österreich, die Tschechische Republik und Polen (vgl. Abb. 4). Zu einem etwas geringeren Prozentsatz wurden von Sachsen „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ im Gesamtwert von knapp 1,6 Milliarden € eingeführt, ein Zehntel weniger als 2012. Diese stammten zum ganz überwiegenden Teil aus der Tschechischen Republik (vgl. Abb. 4).

Bezogen auf den Import der neuen Länder insgesamt entfielen sowohl bei „Fahrgestellen, Motoren u. a. Teilen für Kraftfahrzeuge“ als auch bei „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“ jeweils rund drei Fünftel auf Sachsen – über alle Warengruppen aggregiert war es ein Viertel (vgl. Tab. 1 und 2 sowie Abb. 1).

Elektrotechnische Erzeugnisse wurden von Sachsen 2013 im Wert von 2,5 Milliarden € eingeführt. Im Vorjahresvergleich entsprach dies – bei rückläufiger Einfuhrpreisentwicklung (vgl. Abb. 2) – einem um 0,6 Prozent unter dem bisherigen Maximum liegenden Ergebnis, gegenüber 2000 indes einem dreieinhalbfachen so hohen Wert. Damit entfielen jüngst 13,2 Prozent (2000: 9,5 Prozent) aller sächsischen Importe auf diese Warengruppe (vgl. Tab. 1). Für Ostdeutschland insgesamt lag der entsprechende Prozentsatz bei unter einem Zehntel (vgl. Tab. 2). Dabei wurden die Einfuhrgeschäfte am stärksten durch „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ sowie „Elektronische Bauelemente“ beeinflusst. Während erstere bevorzugt aus der Tschechischen Republik stammen, ist für letztere eindeutig der asiatische Handelsraum maßgeblich (vgl. Abb. 4).

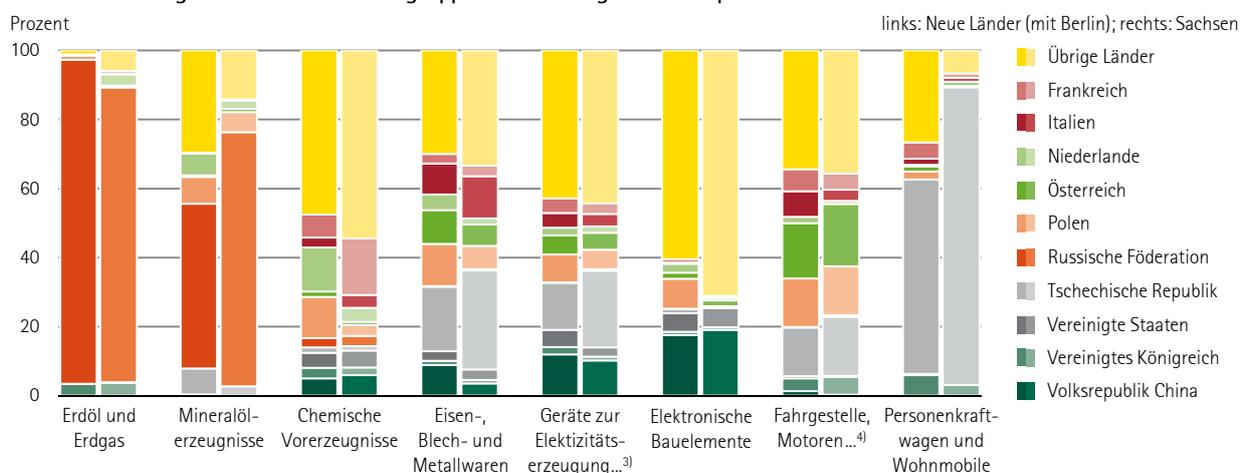
Bei den Erzeugnissen des Maschinenbaus erreichten die sächsischen Importe 2013 ein Niveau von rund 2,0 Milliarden €, 12,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Dabei dürfte der überdurchschnittliche Rückgang nahezu ausschließlich konjunkturell bedingt sein, da die Einfuhrpreise bei dieser Güterposition von 2012 zu 2013 praktisch keinerlei Veränderung unterlagen (vgl. Abb. 2). Gleichzeitig war die Situation in der sächsischen Industrie im Bereich „Maschinen“ jedoch durch einen Wert-

rückgang der zum Absatz bestimmten Produktion um 3,1 Prozent [3] sowie eine Verringerung des Gesamtumsatzes in Höhe von 6,2 Prozent [4] gekennzeichnet. Der Anteil der Erzeugnisse des Maschinenbaus an sämtlichen Wareneinfuhren Sachsens belief sich 2013 auf 10,7 Prozent nach 16,3 Prozent im Jahr 2000. In der Gesamtheit der neuen Länder war er demgegenüber nur reichlich halb so hoch (vgl. Tab. 1 und 2). Hierbei dominierten „wirtschaftszweigungspezifische Maschinen“, die zu knapp zwei Dritteln nach Sachsen gingen und vorwiegend aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan geliefert wurden (vgl. Abb. 4).<sup>8)</sup> Darüber hinaus spielten 2013 „Eisen-, Blech- und Metallwaren“ mit einem Warenwert von 622 Millionen € für das sächsische Importgeschäft eine nicht zu vernachlässigende Rolle (vgl. Tab. 1). Hier gab es im Vergleich zum Vorjahr – bei stagnierendem Einfuhrpreisniveau (vgl. Abb. 2) – eine Steigerung um ein Fünftel. Der Anteil an insgesamt lag so bei 3,3 Prozent und damit höher als in allen neuen Ländern zusammen, wo er 2,1 Prozent betrug (vgl. Tab. 2). Von allen ostdeutschen Einfuhren in dieser Warengruppe, die in vorderster Linie durch die Tschechische Republik abgedeckt wurden (vgl. Abb. 4), war mehr als ein Drittel für den sächsischen Markt bestimmt.

Für das Importgeschäft der restlichen neuen Länder ebenso auffallend weniger bedeutsam als für Sachsen waren „Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen“ sowie „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“, merklich stärker an diesem vertreten demgegenüber „Pharmazeutische Erzeugnisse“ und insbesondere „Luftfahrzeuge“, die in erster Linie

8) In der Systematik der Ernährungswirtschaft und Gewerblichen Wirtschaft (EGW) wird diese Position als „Maschinen, a. n. g.“ ausgewiesen. Hierzu zählen alle Erzeugnisse, die nicht „Kraftmaschinen (ohne Motoren für Luft- und Straßenfahrzeuge)“, „Pumpen und Kompressoren“, „Armaturen“, „Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebselemente“, „Hebezeuge und Fördermittel“, „Landwirtschaftliche Maschinen (einschließlich Ackerschlepper)“, „Maschinen für Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe“, „Maschinen für Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung“, „Bergwerks-, Bau- und Baustoffmaschinen“, „Guss- und Walzwerkstechnik“, „Maschinen für Verarbeitung von Kautschuk oder Kunststoffen“, „Werkzeugmaschinen“, „Büromaschinen und Datenverarbeitungsmaschinen“ oder „Maschinen für Papier- und Druckgewerbe“ sind.

**Abb. 4 Einfuhr (Generalhandel) der neuen Länder (mit Berlin) sowie Sachsens 2013<sup>1)</sup> nach ausgewählten EGW-Warengruppen und wichtigen Handelspartnern<sup>2)</sup>**



1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)

2) Länderdarstellung aus inhaltlichen Gründen in alphabetischer Reihenfolge.

3) ... und -verteilung

4) ... u. a. Teile für Kraftfahrzeuge

Tab. 1 Einfuhr (Generalhandel) Sachsens nach den zehn wichtigsten Importpartnern 2013<sup>1)</sup>  
sowie ausgewählten Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW)

Nr. der Systematik	Waren(unter)gruppe EGW-3-Steller	Alle Länder	Dar-				
			Tschechische Republik	Russische Föderation	Polen	Österreich	Niederlande
1 000 €							
101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>	18 988 828	3 092 161	1 579 426	1 417 806	991 158	957 048
	darunter						
518	Erdöl und Erdgas	1 265 860	1 830	1 081 353	-	6 841	41 668
669	Mineralölerzeugnisse	541 117	14 640	398 409	31 452	5 332	12 889
732	Kunststoffe	276 293	14 479	178	23 022	13 050	36 242
749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.	407 947	5 283	12 157	12 784	3 774	16 452
755	Blech aus Eisen oder Stahl	282 782	22 956	802	12 411	20 544	19 613
829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.	621 508	178 585	1 979	41 740	38 767	10 641
832	Waren aus Kunststoffen	372 388	39 083	67	44 601	31 613	19 046
834	Pharmazeutische Erzeugnisse	439 500	17	-	3 371	2 322	16 577
841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus	2 024 003	160 407	2 788	88 171	105 646	168 955
842	Pumpen und Kompressoren	343 877	9 631	196	23 065	2 167	41 836
859	Maschinen, a.n.g.	801 976	36 355	336	21 863	22 411	88 299
861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse	2 508 754	188 233	7 903	163 105	59 379	57 978
861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	645 819	142 952	3 222	36 199	31 895	12 112
864	Rundfunk-, Fernseh-, phono- und videotechn. Geräte	385 280	20 883	3 586	69 746	515	13 171
865	Elektronische Bauelemente	892 755	3 853	65	1 106	15 180	6 013
871	Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	516 638	7 416	-	16 451	3 312	7 762
872	Mess-, steuerungs- und regelungstechn. Erzeugnisse	366 563	7 483	34	1 951	9 302	9 818
884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	3 549 047	1 672 322	7 730	286 033	368 529	43 880
884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge	1 944 728	333 008	7 729	275 382	351 663	17 936
885	Personenkraftwagen und Wohnmobile	1 550 806	1 337 848	1	7 189	16 308	797
Anteil an Insgesamt in Prozent							
101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>	100	100	100	100	100	100
	darunter						
518	Erdöl und Erdgas	6,7	0,1	68,5	-	0,7	4,4
669	Mineralölerzeugnisse	2,8	0,5	25,2	2,2	0,5	1,3
732	Kunststoffe	1,5	0,5	0,0	1,6	1,3	3,8
749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.	2,1	0,2	0,8	0,9	0,4	1,7
755	Blech aus Eisen oder Stahl	1,5	0,7	0,1	0,9	2,1	2,0
829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.	3,3	5,8	0,1	2,9	3,9	1,1
832	Waren aus Kunststoffen	2,0	1,3	0,0	3,1	3,2	2,0
834	Pharmazeutische Erzeugnisse	2,3	0,0	-	0,2	0,2	1,7
841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus	10,7	5,2	0,2	6,2	10,7	17,7
842	Pumpen und Kompressoren	1,8	0,3	0,0	1,6	0,2	4,4
859	Maschinen, a.n.g.	4,2	1,2	0,0	1,5	2,3	9,2
861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse	13,2	6,1	0,5	11,5	6,0	6,1
861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	3,4	4,6	0,2	2,6	3,2	1,3
864	Rundfunk-, Fernseh-, phono- und videotechn. Geräte	2,0	0,7	0,2	4,9	0,1	1,4
865	Elektronische Bauelemente	4,7	0,1	0,0	0,1	1,5	0,6
871	Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen	2,7	0,2	-	1,2	0,3	0,8
872	Mess-, steuerungs- und regelungstechn. Erzeugnisse	1,9	0,2	0,0	0,1	0,9	1,0
884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	18,7	54,1	0,5	20,2	37,2	4,6
884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge	10,2	10,8	0,5	19,4	35,5	1,9
885	Personenkraftwagen und Wohnmobile	8,2	43,3	0,0	0,5	1,6	0,1

1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

unter					Anteil der Top 10 an allen Ländern	Nr. der Systematik	Waren(unter)gruppe EGW-3-Steller
Belgien	Italien	Vereinigte Staaten von Amerika	Volksrepublik China	Japan			
					%		
891 692	880 310	838 584	832 721	826 413	64,8	101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>
							darunter
72 090	2 663	-	-	-	95,3	518	Erdöl und Erdgas
18 240	234	6	-	16	88,9	669	Mineralölzeugnisse
39 030	24 037	12 864	2 458	2 616	60,8	732	Kunststoffe
10 911	15 197	20 089	24 217	22 615	35,2	749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.
34 219	32 081	70	109	150	50,6	755	Blech aus Eisen oder Stahl
13 458	76 058	19 416	22 034	12 316	66,8	829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.
35 093	28 886	20 931	12 626	5 572	63,8	832	Waren aus Kunststoffen
361 239	1 717	8 998	1 277	200	90,0	834	Pharmazeutische Erzeugnisse
20 247	125 755	274 746	96 630	367 489	69,7	841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus
710	14 707	2 705	3 421	181 065	81,3	842	Pumpen und Kompressoren
5 267	24 621	227 826	17 842	154 548	74,7	859	Maschinen, a.n.g.
12 856	45 886	82 448	408 943	140 815	46,5	861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse
1 652	23 299	17 509	65 688	16 190	54,3	861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung
5 767	750	2 458	37 590	45 024	51,8	864	Rundfunk-, Fernseh-, phono- und videotechn. Geräte
790	2 065	49 877	170 543	13 378	29,4	865	Elektronische Bauelemente
12 379	861	133 202	4 345	2 404	36,4	871	Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen
1 830	3 579	72 996	32 411	46 105	50,6	872	Mess-, steuerungs- und regelungstechn. Erzeugnisse
21 549	84 791	8 069	5 887	145 730	74,5	884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus
18 767	62 514	6 793	5 767	130 444	62,2	884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge
2 782	17 124	1 240	90	15 286	90,2	885	Personenkraftwagen und Wohnmobile

Anteil an Insgesamt in Prozent

100	100	100	100	100	x	101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>
							darunter
8,1	0,3	-	-	-	x	518	Erdöl und Erdgas
2,0	0,0	0,0	-	0,0	x	669	Mineralölzeugnisse
4,4	2,7	1,5	0,3	0,3	x	732	Kunststoffe
1,2	1,7	2,4	2,9	2,7	x	749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.
3,8	3,6	0,0	0,0	0,0	x	755	Blech aus Eisen oder Stahl
1,5	8,6	2,3	2,6	1,5	x	829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.
3,9	3,3	2,5	1,5	0,7	x	832	Waren aus Kunststoffen
40,5	0,2	1,1	0,2	0,0	x	834	Pharmazeutische Erzeugnisse
2,3	14,3	32,8	11,6	44,5	x	841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus
0,1	1,7	0,3	0,4	21,9	x	842	Pumpen und Kompressoren
0,6	2,8	27,2	2,1	18,7	x	859	Maschinen, a.n.g.
1,4	5,2	9,8	49,1	17,0	x	861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse
0,2	2,6	2,1	7,9	2,0	x	861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung
0,6	0,1	0,3	4,5	5,4	x	864	Rundfunk-, Fernseh-, phono- und videotechn. Geräte
0,1	0,2	5,9	20,5	1,6	x	865	Elektronische Bauelemente
1,4	0,1	15,9	0,5	0,3	x	871	Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen
0,2	0,4	8,7	3,9	5,6	x	872	Mess-, steuerungs- und regelungstechn. Erzeugnisse
2,4	9,6	1,0	0,7	17,6	x	884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus
2,1	7,1	0,8	0,7	15,8	x	884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge
0,3	1,9	0,1	0,0	1,8	x	885	Personenkraftwagen und Wohnmobile

Tab. 2 Einfuhr (Generalhandel) der neuen Länder (mit Berlin) nach den zehn wichtigsten Importpartnern 2013<sup>1)</sup>  
sowie ausgewählten Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW)

Nr. der Systematik	Waren(unter)gruppe EGW-3-Steller	Alle Länder	Dar-				
			Russische Föderation	Polen	Tschechische Republik	Niederlande	Volksrepublik China
1 000 €							
101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>	76 888 144	14 903 260	7 606 110	4 815 714	4 581 447	4 183 027
	darunter						
518	Erdöl und Erdgas	14 569 847	13 681 229	175 790	1 830	41 668	-
646	Kupfer und Kupferlegierungen, mit Abfällen, Schrott	1 029 239	174 357	433 639	27 580	12 792	48
669	Mineralölerzeugnisse	1 234 642	589 686	95 396	93 149	77 993	-
732	Kunststoffe	1 589 987	20 311	155 081	85 884	256 404	9 319
749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.	1 721 677	45 465	206 291	26 874	218 851	87 039
829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.	1 596 734	2 949	195 638	298 350	71 776	142 823
832	Waren aus Kunststoffen	1 259 886	593	159 786	86 799	95 031	61 580
834	Pharmazeutische Erzeugnisse	2 414 455	1 249	98 796	26 729	116 431	3 596
841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus	4 994 050	9 488	186 231	265 194	399 344	383 174
859	Maschinen, a.n.g.	1 287 712	4 162	39 289	55 097	129 322	50 184
861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse	6 985 757	9 607	908 199	371 085	323 985	1 505 288
861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	1 816 259	3 658	145 874	246 769	39 558	217 254
863	Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen	1 446 833	117	106 530	13 107	139 034	634 057
865	Elektronische Bauelemente	1 661 750	325	144 516	22 102	42 202	292 760
869	Elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.	1 168 296	1 487	378 681	29 826	24 950	182 291
875	Möbel	911 306	267	262 019	67 627	14 209	196 371
883	Luftfahrzeuge	3 217 740	1 017	259 467	638	11 047	44 024
884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	6 025 458	8 759	585 181	1 837 328	133 731	44 467
884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge	3 269 841	7 787	459 865	457 554	59 792	44 070
885	Personenkraftwagen und Wohnmobile	2 447 721	172	56 425	1 378 308	11 408	218
Anteil an Gesamt in Prozent							
101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>	100	100	100	100	100	100
	darunter						
518	Erdöl und Erdgas	18,9	91,8	2,3	0,0	0,9	-
646	Kupfer und Kupferlegierungen, mit Abfällen, Schrott	1,3	1,2	5,7	0,6	0,3	0,0
669	Mineralölerzeugnisse	1,6	4,0	1,3	1,9	1,7	-
732	Kunststoffe	2,1	0,1	2,0	1,8	5,6	0,2
749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.	2,2	0,3	2,7	0,6	4,8	2,1
829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.	2,1	0,0	2,6	6,2	1,6	3,4
832	Waren aus Kunststoffen	1,6	0,0	2,1	1,8	2,1	1,5
834	Pharmazeutische Erzeugnisse	3,1	0,0	1,3	0,6	2,5	0,1
841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus	6,5	0,1	2,4	5,5	8,7	9,2
859	Maschinen, a.n.g.	1,7	0,0	0,5	1,1	2,8	1,2
861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse	9,1	0,1	11,9	7,7	7,1	36,0
861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	2,4	0,0	1,9	5,1	0,9	5,2
863	Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen	1,9	0,0	1,4	0,3	3,0	15,2
865	Elektronische Bauelemente	2,2	0,0	1,9	0,5	0,9	7,0
869	Elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.	1,5	0,0	5,0	0,6	0,5	4,4
875	Möbel	1,2	0,0	3,4	1,4	0,3	4,7
883	Luftfahrzeuge	4,2	0,0	3,4	0,0	0,2	1,1
884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	7,8	0,1	7,7	38,2	2,9	1,1
884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge	4,3	0,1	6,0	9,5	1,3	1,1
885	Personenkraftwagen und Wohnmobile	3,2	0,0	0,7	28,6	0,2	0,0

1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)

2) einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen

unter					Anteil der Top 10 an allen Ländern	Nr. der Syste- matik	Waren(unter)gruppe EGW-3-Steller
Italien	Vereinigtes Königreich	Vereinigte Staaten von Amerika	Frankreich	Österreich			
3 679 127	3 636 102	3 576 984	3 505 863	2 954 657	69,5	101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>
					%		darunter
2 663	496 045	-	9 455	6 841	98,9	518	Erdöl und Erdgas
8 404	65 330	355	4 689	36 181	74,2	646	Kupfer und Kupferlegierungen, mit Abfällen, Schrott
532	4 326	33	2 126	5 577	70,4	669	Mineralölerzeugnisse
100 312	56 266	43 171	137 566	73 566	59,0	732	Kunststoffe
49 116	51 683	75 244	114 774	27 515	52,4	749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.
144 456	19 107	43 762	43 368	155 753	70,0	829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.
115 567	85 322	41 055	100 473	75 324	65,2	832	Waren aus Kunststoffen
126 402	159 481	41 944	258 460	95 478	38,5	834	Pharmazeutische Erzeugnisse
428 432	207 867	681 580	345 921	319 470	64,6	841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus
88 941	29 002	263 344	44 571	74 073	60,4	859	Maschinen, a.n.g.
172 040	83 820	349 542	179 503	210 691	58,9	861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse
77 792	39 143	90 435	76 708	100 803	57,2	861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung
1 748	11 815	127 733	34 898	8 758	74,5	863	Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen
7 208	15 008	88 451	15 143	29 434	39,5	865	Elektronische Bauelemente
63 057	11 806	25 456	39 164	61 038	70,0	869	Elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.
100 948	4 738	2 393	14 915	28 829	76,0	875	Möbel
8 052	1 158 901	1 093 003	60 311	19 482	82,5	883	Luftfahrzeuge
343 873	280 892	37 688	343 063	585 733	69,7	884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus
241 872	120 320	21 997	210 249	521 746	65,6	884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge
44 295	144 393	9 863	115 616	35 961	73,4	885	Personenkraftwagen und Wohnmobile

Anteil an Insgesamt in Prozent

100	100	100	100	100	x	101-908	Insgesamt <sup>2)</sup>
							darunter
0,1	13,6	-	0,3	0,2	x	518	Erdöl und Erdgas
0,2	1,8	0,0	0,1	1,2	x	646	Kupfer und Kupferlegierungen, mit Abfällen, Schrott
0,0	0,1	0,0	0,1	0,2	x	669	Mineralölerzeugnisse
2,7	1,5	1,2	3,9	2,5	x	732	Kunststoffe
1,3	1,4	2,1	3,3	0,9	x	749	Chemische Vorerzeugnisse, a.n.g.
3,9	0,5	1,2	1,2	5,3	x	829	Eisen-, Blech- und Metallwaren, a.n.g.
3,1	2,3	1,1	2,9	2,5	x	832	Waren aus Kunststoffen
3,4	4,4	1,2	7,4	3,2	x	834	Pharmazeutische Erzeugnisse
11,6	5,7	19,1	9,9	10,8	x	841-859	Erzeugnisse des Maschinenbaus
2,4	0,8	7,4	1,3	2,5	x	859	Maschinen, a.n.g.
4,7	2,3	9,8	5,1	7,1	x	861-869	Elektrotechnische Erzeugnisse
2,1	1,1	2,5	2,2	3,4	x	861	Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung
0,0	0,3	3,6	1,0	0,3	x	863	Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen
0,2	0,4	2,5	0,4	1,0	x	865	Elektronische Bauelemente
1,7	0,3	0,7	1,1	2,1	x	869	Elektrotechnische Erzeugnisse, a.n.g.
2,7	0,1	0,1	0,4	1,0	x	875	Möbel
0,2	31,9	30,6	1,7	0,7	x	883	Luftfahrzeuge
9,3	7,7	1,1	9,8	19,8	x	884-887	Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus
6,6	3,3	0,6	6,0	17,7	x	884	Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge
1,2	4,0	0,3	3,3	1,2	x	885	Personenkraftwagen und Wohnmobile

aus dem Vereinigten Königreich, gefolgt von den Vereinigten Staaten und Japan, eingeführt wurden. Für entsprechende Ergebnisse zu zahlreichen weiteren Warengruppen sei an dieser Stelle auf die Tabellen 1 und 2 verwiesen.

### Einfuhr nach Kontinenten

Die sächsischen Einfuhren aus Europa erreichten 2013 mit rund 14,7 Milliarden € einen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent niedrigeren Warenwert. Darunter entfielen auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU28)<sup>9)</sup> gut vier Fünftel bzw. 12,0 Milliarden € und auf die Eurozone (EU17)<sup>10)</sup> zwei Fünftel bzw. 5,7 Milliarden € (vgl. Abb. 5). Im Vorjahresvergleich zeigten sich dabei sowohl in den EU28 (1,1 Prozent) als auch in den EU17 (1,5 Prozent) sogar leichte Wachstumsraten.

Gemessen am Gesamtimport Sachsens entfielen auf die Warenlieferungen aus Europa 2013 mehr als drei Viertel (77,2 Prozent), was den Kontinent zum mit Abstand wichtigsten Handelsraum macht (vgl. Abb. 5). Bereits im Jahr 2000 hatte der entsprechende Anteil 75,3 Prozent betragen. Demnach spielt der europäische Kontinent im sächsischen Außenhandel einführseitig noch eine beträchtlich größere Rolle, als dies einführseitig der Fall ist (vgl. [5]).

Aus Asien wurden 2013 Güter im Gesamtwert von gut 3,0 Milliarden € nach Sachsen eingeführt, 7,7 Prozent weniger als im Vorjahr aber knapp viermal so viel wie im Jahr 2000. Dies unterstreicht die in der Vergangenheit im Wesentlichen kontinuierlich und signifikant gestiegene Bedeutung des asiatischen Marktes für den sächsischen Außenhandel. So belief sich der Anteil der von hier entsandten Waren

an sämtlichen Importen Sachsens aktuell auf 16,0 Prozent (vgl. Abb. 5) nach 11,0 Prozent im Jahre 2000.

Die sächsischen Einfuhren von Seiten des amerikanischen Kontinentes summierten sich 2013 auf insgesamt knapp 1,2 Milliarden €. Im Vorjahresvergleich entsprach dies einem um ein Zehntel (10,9 Prozent) geringeren Wert, nachdem es bereits in den zwei vorangegangenen Jahren zu jeweils doppelt so starken Rückgängen gekommen war. Ein niedrigeres Niveau hatte es hier zuletzt 2008 gegeben. Der Anteil am Gesamtexport lag so 2013 bei 6,1 Prozent (vgl. Abb. 5). Im Jahr 2000 waren es noch 13,0 Prozent gewesen.

Afrika (100 Millionen €) und Australien (29 Millionen €) spielten im sächsischen Importgeschäft 2013 trotz zuletzt gestiegener Einfuhrwerte nur eine sehr untergeordnete Rolle (vgl. Abb. 5).

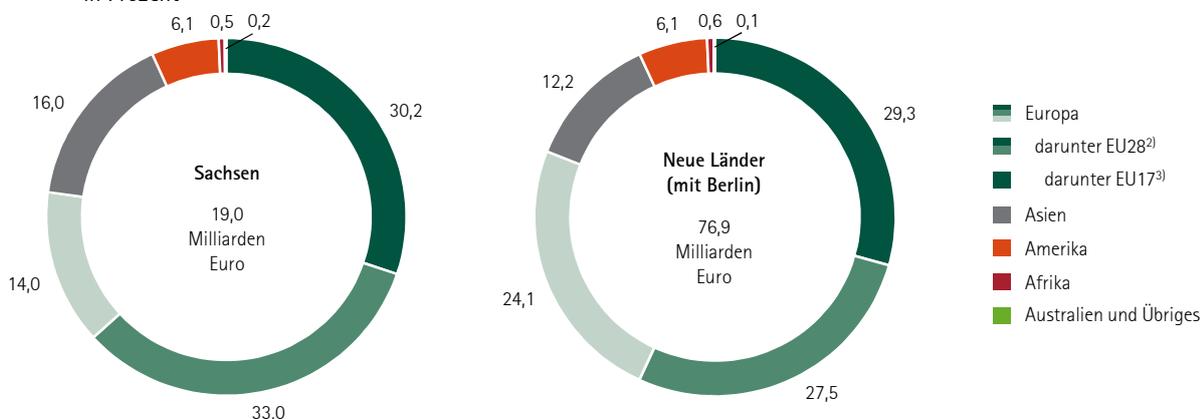
Die Einfuhren der neuen Länder zusammen stammten 2013 zu vier Fünfteln aus Europa, zu einem Achtel aus Asien, zu sechs Prozent aus Amerika sowie zu nicht ganz einem Prozent aus Afrika und Australien (vgl. Abb. 5). Insofern war das gesamtstdeutsche Importgeschäft noch ein wenig stärker auf den europäischen Markt – speziell im Bereich der Nicht-EU-Mitglieder – zuungunsten des asiatischen Handelsraumes ausgerichtet als das sächsische. In der bundesdeutschen Importstruktur fiel darüber hinaus vor allem die noch stärkere Fokussierung auf die Länder der Eurozone ins Auge.

Im Jahresvergleich 2013 gegenüber 2012 nahmen die Einfuhren Ostdeutschlands aus Richtung des europäischen sowie afrikanischen Kontinents zu, jene aus Asien, Amerika und Australien dagegen weiter ab. Auf gesamtdeutscher

9) EU28 – Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Stand: 31.12. 2013; EU17 sowie Bulgarien, Dänemark, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechische Republik, Ungarn und Vereinigtes Königreich).

10) EU17 – Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) angehören und den Euro als offizielles Zahlungsmittel haben (Stand: 31.12.2013; Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern).

Abb. 5 Einfuhr (Generalhandel) Sachsens sowie der neuen Länder (mit Berlin) 2013<sup>1)</sup> nach Kontinenten in Prozent



1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)

2) EU28 – Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Stand: 31.12.2013)

3) EU17 – EU-Mitgliedsstaaten, die der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) angehören und den Euro als offizielles Zahlungsmittel eingeführt haben (Stand: 31.12.2013).

Ebene verlief die Entwicklung mit Ausnahme der Warenlieferungen aus Europa ebenfalls durchweg abwärtsgerichtet.

### Einfuhr nach Herkunftsländern sowie Warengruppen

Die Top 10 der sächsischen Einfuhrhandelspartner 2013 bildeten die Tschechische Republik, die Russische Föderation, Polen, Österreich, die Niederlande, Belgien, Italien, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Volksrepublik China und Japan (vgl. Abb. 6). Zusammen entfielen auf diese Länder mit 12,3 Milliarden € annähernd zwei Drittel aller Einfuhren (vgl. Tab. 1). Im Jahr 2000 hatten noch Frankreich, die Schweiz und Ungarn zu den zehn wichtigsten Handelspartnern des Freistaats gezählt, Österreich (damals 11.), Belgien (14.) und die Volksrepublik China (16.) waren dagegen kein Bestandteil des Rankings gewesen.

Im Importgeschäft der neuen Länder stellte 2013 die Russische Föderation den mit Abstand wichtigsten Handelspartner dar (vgl. Abb. 7). Es folgten Polen, die Tschechische Republik, die Niederlande sowie die Volksrepublik China (vgl. Tab. 2). Auf der Bundesebene war es die Niederlande vor der Volksrepublik China, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Italien.

Die Wareneinfuhren Sachsens aus der Tschechischen Republik beliefen sich 2013 auf annähernd 3,1 Milliarden €. Damit wurde der bisherige Maximalwert aus dem Vorjahr um 0,9 Prozent unterschritten (vgl. Tab. 3). Nach 2002, 2003 und 2010 war dies erst das vierte Jahr mit einem im Vorjahresvergleich – mit stets weniger als ein Prozent – rückläufigen Im-

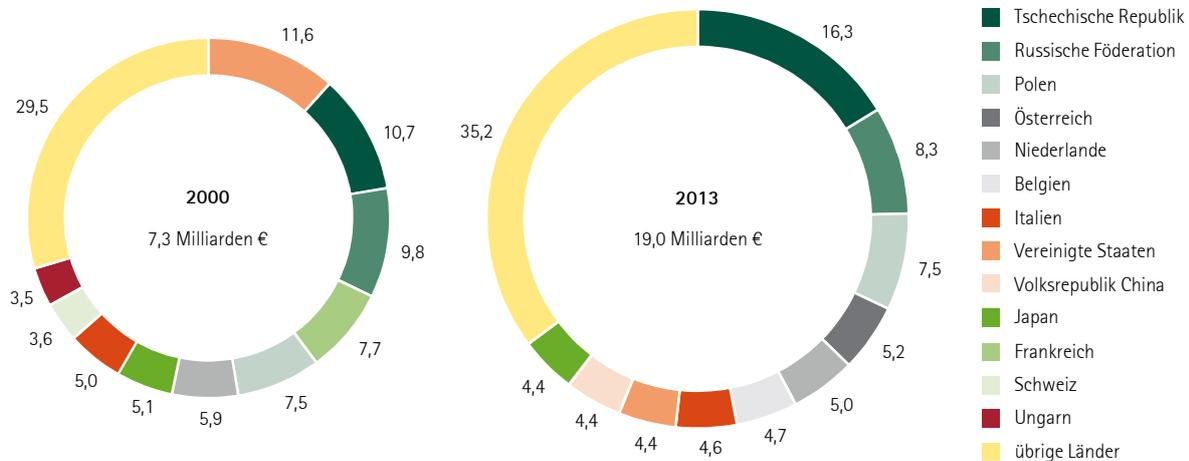
portvolumen. Bezogen auf sämtliche Einfuhren ergab sich 2013 ein entsprechender Anteil von 16,3 Prozent nach 10,7 Prozent im Jahr 2000 (vgl. Abb. 6). In den neuen Ländern war er mit 6,3 Prozent am aktuellen Rand nicht einmal halb so groß (vgl. Abb. 7). So entfielen zwei Drittel aller ostdeutschen Importe aus der Tschechischen Republik 2013 allein auf den Freistaat Sachsen – über sämtliche Herkunftsländer aggregiert lag die entsprechende Größenordnung bei einem Viertel (vgl. Tab. 1 und 2 sowie Abb. 1).

Mehr als die Hälfte der sächsischen Importe aus der Tschechischen Republik 2013 waren Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus, worunter sich „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ sowie „Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge“ im Verhältnis von 4 zu 1 aufteilten. Dem folgten Elektrotechnische Erzeugnisse, insbesondere „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“, „Eisen-, Blech- und Metallwaren, a. n. g.“ sowie Erzeugnisse des Maschinenbaus (vgl. Tab. 1). Im gesamtostdeutschen Import spielten dazu noch „Abfälle und Schrott aus Eisen oder Stahl“ sowie „Weizen“ eine erwähnenswerte Rolle.

Aus der Russischen Föderation wurden 2013 Waren im Gesamtwert von fast 1,6 Millionen € nach Sachsen eingeführt. Gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einer Abnahme um ein Zehntel (10,8 Prozent)<sup>11)</sup>, im langfristigen Vergleich zu 2000 indes mehr als einer Verdopplung (vgl. Tab. 3). Der Anteil an den kumulierten Importen betrug aktuell 8,3 Prozent nach 9,8 Prozent im Jahr 2000 (vgl. Abb. 6). Für die Gesamtheit der neuen Länder ergab sich eine entsprechende Größenordnung von jeweils fast einem Fünftel (vgl. Abb. 7). Von allen Warenlieferungen hierher

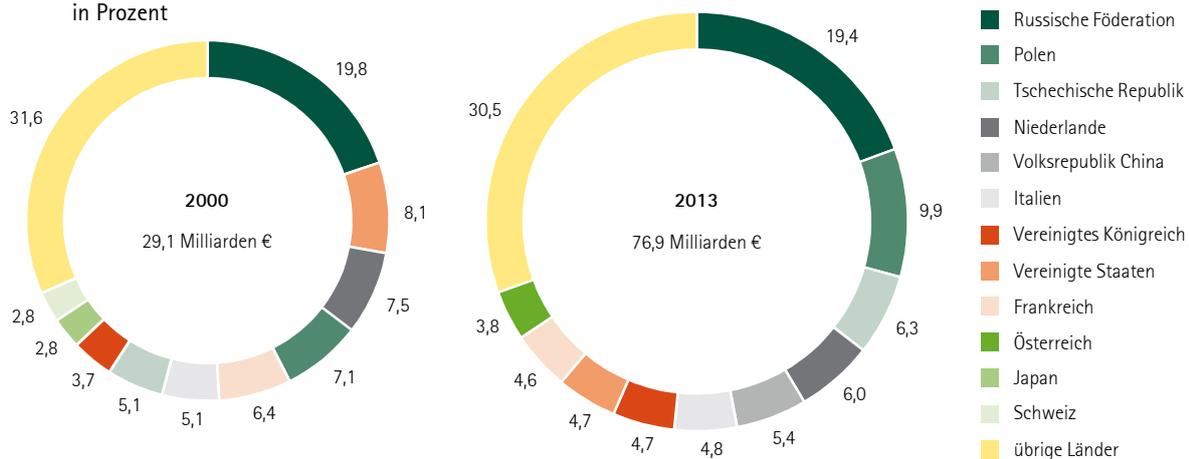
11) Begleitet wurde diese Entwicklung durch einen drastischen Einfuhrpreiserückgang bei „Erdöl und Erdgas“ bzw. „Mineralölzeugnissen“ (vgl. Abb. 2), den mit Abstand wichtigsten Warenpositionen im sächsisch-russischen Außenhandel. Von Januar bis Oktober 2014 blieben die sächsischen Einfuhren aus der Russischen Föderation – vorläufigen Angaben zufolge (Genesis-Online-Datenbankabruf vom 14. Januar 2015) – mit knapp 1,3 Milliarden € indes lediglich um 0,2 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück (Einfuhren insgesamt: plus 7,9 Prozent). Darunter verzeichnete beispielsweise die Position „Erdöl und Erdgas“ sogar einen deutlichen Zuwachs um 12,2 Prozent.

Abb. 6 Einfuhr (Generalhandel) Sachsens nach den jeweils zehn wichtigsten Importpartnern 2000 und 2013<sup>1)</sup> in Prozent



1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)

Abb. 7 Einfuhr (Generalhandel) der neuen Länder (mit Berlin) nach den jeweils zehn wichtigsten Importpartnern 2000 und 2013<sup>1)</sup>  
in Prozent



1) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)

war lediglich rund ein Zehntel für den Freistaat Sachsen bestimmt.

Von den russischen Warenlieferungen nach Sachsen waren 2013 reichlich zwei Drittel „Erdöl und Erdgas“ sowie ein Viertel „Mineralölzeugnisse“ (vgl. Tab. 1). Somit wird das Geschäftsergebnis hier ganz maßgeblich durch die Preisentwicklung in diesen beiden Güterabteilungen bestimmt (vgl. Abb. 2). In Ostdeutschland insgesamt setzten sich die Warenimporte aus der Russischen Föderation sogar nahezu ausschließlich aus „Erdöl und Erdgas“ zusammen (vgl. Tab. 2).

Die sächsische Einfuhr von Produkten aus Polen summierte sich 2013 auf reichlich 1,4 Milliarden €. Damit wurde das Vorjahresergebnis um weitere 8,0 Prozent übertroffen und am aktuellen Rand ein neuer Höchststand erreicht, der nunmehr etwa dem Zweieinhalbfachen von 2000 entspricht (vgl. Tab. ). Der Anteil an sämtlichen Einfuhren betrug 2013 – wie schon 2000 – 7,5 Prozent (vgl. Abb. 6). In Ostdeutschland lag er mit einem Zehntel zuletzt noch etwas höher (vgl. Abb. 7).

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen Sachsens bzw. Ostdeutschlands mit Polen waren durch eine vergleichsweise ausgeglichene Güterstruktur gekennzeichnet (vgl. Tab. 1 und 2). So stellten von den Warenlieferungen nach Sachsen am aktuellen Rand ein Fünftel Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus – nahezu ausschließlich „Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge“ –, gut ein Zehntel Elektrotechnische Erzeugnisse – in der Mehrzahl „Rundfunk- und Fernsehgeräte, phono- und videoteknische Geräte“ – und nochmals die Hälfte hiervon Erzeugnisse des Maschinenbaus dar (vgl. Tab. 1). Bei „Milch und Milcherzeugnissen,

ausgenommen Butter und Käse“, „Rundholz“, „Abfällen und Schrott aus Eisen oder Stahl“, „Waren aus Kunststoffen“, „Eisen-, Blech- und Metallwaren“, „Mineralölzeugnissen“ und „Möbeln“ betrug die Anteile stets weniger als fünf aber mehr als zwei Prozent. An der gesamtstdeutschen Einfuhr aus Polen signifikant stärker vertreten als in Sachsen waren zuungunsten von „Fahrgestellen, Motoren u. a. Teilen für Kraftfahrzeuge“ unter anderem „Kupfer und Kupferlegierungen, mit Abfällen, Schrott“, „Luftfahrzeuge“, „Ölfrüchte“, „Erdöl und Erdgas“ und „Chemische Vorerzeugnisse“ (vgl. Tab. 2).

Aus Österreich importierte Sachsen 2013 Waren im Gesamtwert von knapp 1,0 Milliarden €, was im Vorjahresvergleich einer Verringerung um 10,1 Prozent gleichkommt. Bezogen auf das Jahr 2000 hat sich das Einfuhrniveau mittlerweile allerdings vervierfacht (vgl. Tab. 3). In der Importstruktur erreichte Österreich so aktuell 5,2 Prozent, nachdem es im Jahr 2000 nur 3,4 Prozent gewesen waren (vgl. Abb. 6). Innerhalb der ostdeutschen Importstruktur war der Anteil Österreichs zuletzt noch etwas niedriger als in Sachsen (vgl. Abb. 7).

Mehr als jeder dritte Euro der Importe Sachsens aus der Alpenrepublik ging im Jahr 2013 auf Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus – darunter ganz überwiegend „Fahrgestelle, Motoren u. a. Teile für Kraftfahrzeuge“ – zurück, rund jeder zehnte Euro auf Erzeugnisse des Maschinenbaus – zur Hälfte „Maschinen für das Papier- und Druckgewerbe“. Daran schlossen sich zunächst Elektrotechnische Erzeugnisse vor „Eisen-, Blech- und Metallwaren“, „Schienenfahrzeugen“ sowie „Waren aus Kunststoffen“ an (vgl. Tab. 1). Für Ostdeutschland insgesamt ergab sich bei signifikant geringerer Nachfrage von „Fahrge-

**Tab. 3 Einfuhr (Generalhandel) der neuen Länder (mit Berlin) sowie Sachsens insgesamt und je Einwohner<sup>1)</sup> nach ausgewählten Importpartnern<sup>2)</sup> 2000 und 2011 bis 2013<sup>3)</sup>**

Land	Einfuhr insgesamt				Einfuhr je Einwohner			
	2000	2011	2012	2013	2000	2011	2012	2013
	1 000 €				€			
<b>Neue Länder (mit Berlin)</b>								
Belgien	778 438	2 088 881	2 068 478	2 932 487	45,03	128,13	127,01	180,04
Frankreich	1 876 312	4 337 136	3 670 522	3 505 874	108,53	266,04	225,38	215,24
Italien	1 477 529	3 324 506	3 622 066	3 679 133	85,47	203,93	222,40	225,88
Japan	810 885	2 067 696	1 907 805	1 570 843	46,90	126,83	117,14	96,44
Niederlande	2 184 822	4 705 052	4 363 498	4 581 436	126,38	288,61	267,93	281,27
Österreich	803 286	3 066 160	2 990 305	2 954 662	46,47	188,08	183,61	181,40
Polen	2 071 868	6 673 434	6 938 010	7 606 107	119,85	409,35	426,00	466,97
Russische Föderation	5 753 606	15 029 112	16 356 996	14 903 279	332,81	921,90	1004,34	914,98
Tschechische Republik	1 470 644	4 632 423	4 718 902	4 815 714	85,07	284,16	289,75	295,66
Vereinigte Staaten von Amerika	2 366 453	4 184 165	3 852 255	3 576 996	136,89	256,66	236,53	219,61
Volksrepublik China	719 494	4 169 557	4 189 567	4 183 040	41,62	255,76	257,25	256,81
<b>darunter Sachsen</b>								
Belgien	158 753	499 703	481 222	891 689	35,72	120,74	116,56	216,25
Frankreich	563 822	1 263 529	959 010	804 441	126,87	305,30	232,29	195,09
Italien	368 448	901 476	924 138	880 307	82,91	217,82	223,84	213,49
Japan	370 145	1 271 359	1 135 505	826 416	83,29	307,19	275,04	200,42
Niederlande	430 361	1 224 734	971 261	957 046	96,84	295,93	235,26	232,10
Österreich	249 216	1 179 256	1 102 794	991 154	56,08	284,94	267,12	240,37
Polen	549 966	1 207 380	1 313 011	1 417 806	123,76	291,73	318,04	343,84
Russische Föderation	720 384	1 947 078	1 770 933	1 579 427	162,11	470,46	428,96	383,04
Tschechische Republik	785 260	3 022 881	3 121 557	3 092 160	176,70	730,40	756,10	749,90
Vereinigte Staaten von Amerika	852 094	1 307 043	992 201	838 582	191,74	315,81	240,33	203,37
Volksrepublik China	121 931	803 024	859 777	832 718	27,44	194,03	208,26	201,95

1) Die Einfuhrwerte wurden auf die Bevölkerung im jeweiligen Bundesland zum Stichtag 30.06. (Datenquelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3.10.1990) bezogen. Dabei ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass hier nach Inlandskonzept (wertmäßige Importe) sowie Inländerkonzept (Einwohner) ermittelte Daten miteinander in Beziehung gesetzt werden.

2) Die Länderdarstellung in der Tabelle erfolgt aus inhaltlichen Gründen in alphabetischer Reihenfolge. Für die konkrete Reihung der zehn wichtigsten ostdeutschen bzw. sächsischen Importpartner aus Sicht des Jahres 2013 sei auf die Tabellen 1 und 2 bzw. auf die Abbildungen 6 und 7 verwiesen.

3) endgültige Ergebnisse; Datenstand: 5. Dezember 2014 (Genesis-Online-Datenbankabruf)

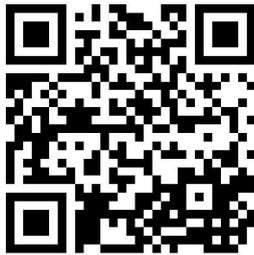
stellen, Motoren u. a. Teilen für Kraftfahrzeuge" und zugleich stärkerer Fokussierung auf „Pharmazeutische Erzeugnisse" aus Österreich eine ziemlich ähnliche Warengruppenstruktur wie in Sachsen (vgl. Tab. 2).

Die wertmäßigen Importe Sachsens aus den Niederlanden beliefen sich 2013 auf fast 960 Millionen € (vgl. Tab. 3). Damit unterschritt das Ergebnis den Vorjahreswert um 1,5 Prozent, nachdem es bereits zuvor einen deutlichen Rückgang um über ein Fünftel gegeben hatte. So entfiel zuletzt exakt jeder 20. Euro aus allen Importgeschäften Sachsens (5,0 Prozent) auf den Außenhandel mit der Niederlande. Im Jahr 2000 hatte die entsprechende Größenordnung noch 5,9 Prozent betragen (vgl. Abb. 6). In Ostdeutschland war sie allgemein etwas höher als in Sachsen (vgl. Abb. 7).

Die sächsischen Einfuhren aus den Niederlanden zeichnen sich ebenfalls durch eine vergleichs-

weise ausgeglichene Warengruppenstruktur aus. So waren 2013 weniger als ein Fünftel aller Importe Erzeugnisse des Maschinenbaus, darunter allein zu mehr als der Hälfte „wirtschaftszweigungspezifische Maschinen"<sup>6)</sup> (vgl. Tab. 1). Dem folgten Elektrotechnische Erzeugnisse sowie mit relativ ähnlichen Anteilen um die vier Prozent Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus, „Käse", „Erdöl und Erdgas", „Kunststoffe", „Gemüse und sonstige Küchengewächse, frisch" sowie „Lebende Pflanzen und Erzeugnisse der Ziergärtnerei". Für die neuen Länder insgesamt stellten zudem „Chemische Vorerzeugnisse" einen nicht unbedeutende Einfuhrposten im Außenhandel mit der Niederlande dar (vgl. Tab. 2). Auf die übrigen fünf Länder der Top 10-Einfuhrhandelspartner Sachsens 2013 entfielen zusammen 22,5 Prozent bzw. knapp 4,3 Milliarden € aller sächsischen Importe (vgl. Abb. 6 und Tab. 1). Während die Entwicklung mit Japan, den

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:



Vereinigten Staaten von Amerika, Italien und der Volksrepublik China dabei im Vorjahresvergleich durch verschiedentlich starke Rückgänge gekennzeichnet war, gab es im Außenhandel mit Belgien eine signifikante Einfuhrwertsteigerung (vgl. Tab. 3), die ganz maßgeblich auf eine Sonderentwicklung im Bereich der „Pharmazeutischen Erzeugnisse“ zurückgeht (vgl. Tab. 1). Beim Import aus Italien, den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan entfiel auf Erzeugnisse des Maschinenbaus jeweils das größte Handelsvolumen, während die Warenlieferungen aus der Volksrepublik China in etwa zur Hälfte allein aus Elektrotechnischen Erzeugnissen bestanden. Weit überdurchschnittlich nachgefragt wurden von Sachsen beispielsweise auch „Eisen-, Blech- und Metallwaren“ aus Italien sowie „Medizinische Geräte und orthopädische Vorrichtungen“ bzw. „Mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse“ aus den Vereinigten Staaten von Amerika, durchweg unterdurchschnittlich demgegenüber etwa „Mineralölzeugnisse“ (vgl. Tab. 1).

Hinsichtlich des ostdeutschen Einfuhrhandels mit diesen Ländern sei – signifikant abweichend zur Situation in Sachsen – exemplarisch auf den wesentlichen Beitrag von „Luftfahrzeugen“ aus Japan, den Vereinigten Staaten von Amerika sowie dem Vereinigten Königreich oder auch von „Möbeln“ aus der Volksrepublik China hingewiesen. Weiterführende bzw. detailliertere Informationen hierzu finden sich in den Tabellen 1 und 2.

### Zusammenfassung und Ausblick

Innerhalb des Untersuchungszeitraums von 2000 bis 2013 war sowohl die sächsische als auch die ostdeutsche Einfuhrentwicklung bis auf wenige Ausnahmen durch einen von Jahr zu Jahr anhaltenden Aufwärtstrend gekennzeichnet, an dessen Ende ein gut zweieinhalbmal so hoher Wert wie noch 2000 stand. Der Anteil Sachsens an den gesamtwirtschaftlichen Einfuhren aller neuen Länder (mit Berlin)<sup>1)</sup> zusammen betrug 2013 nahezu ein Viertel. Dabei ist die sächsische Importstruktur, die zuletzt aus insgesamt 160 verschiedenen Herkunftsländern bestand, durch ein Land – die Tschechische Republik – besonders dominiert. Die übrigen Handelspartner folgen prinzipiell gleichmäßiger verteilt. Vergleichbares gilt auch für die ostdeutsche Importstruktur. In jedem Fall stellen der europäische Kontinent und hier insbesondere die EU-Länder die mit weitem Abstand wichtigste Handelszone für die neuen Länder dar. Den größten Teil der Einfuhren nach Sachsen bilden Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus vor

Elektrotechnischen Erzeugnissen, Erzeugnissen des Maschinenbaus und nicht zuletzt „Erdöl und Erdgas“. Im ostdeutschen Handel stellte diese Position den umfangreichsten Einfuhrposten dar. Zudem waren hier „Luftfahrzeuge“ um ein Vielfaches stärker nachgefragt als in Sachsen. Die entsprechenden Anteile Sachsens an den kumulierten Importen der neuen Länder schwankten im Jahr 2013 so von 100 Prozent bei „Zink- und Nickelerzen“ über rund zwei Drittel bei „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“ bis hin zu weniger als einem Zehntel bei „Erdöl und Erdgas“ und insbesondere „Luftfahrzeugen“.

Für künftige Untersuchungen wäre anstrebenwert, die für Ostdeutschland nunmehr insgesamt herausgearbeiteten Ergebnisse noch konkret nach den einzelnen Bundesländern zu differenzieren.

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Wirtschaft im Freistaat Sachsen – Ergebnisse der amtlichen Statistik 2011. Statistischer Bericht Z I 2 – j/11, Kamenz, September 2012, S. 19 ff.
- [2] Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, 1991 bis 2013, Veröffentlichung des AK VGRdL, Reihe 1, Band 1. Abrufbar unter: <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/home.asp?lang=de-DE> [Aufruf am 07.01.2015]
- [3] Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Freistaat Sachsen 2013. Statistischer Bericht E I 5 – j/13, Kamenz, Juni 2014, S. 5.
- [4] Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen 2013. Statistischer Bericht E I 3 – j/13, Kamenz, Juni 2014, S. 21.
- [5] Straube, R.: Sächsischer und ostdeutscher Außenhandel im Vergleich – Teil 1: Ausfuhr. In: Statistik in Sachsen, 1/2015, S. 12 – 29.

# Vermögen und Schulden sächsischer Privathaushalte – Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013

In der Ausgabe „Statistik in Sachsen 1/2014“ wurden erste Ergebnisse aus der EVS 2013 zur Struktur und Ausstattung der sächsischen Privathaushalte vorgestellt. Der nachfolgende Artikel setzt die Ergebnisdarstellung zur EVS 2013 fort. Er beinhaltet Ergebnisse zum Geldvermögen sowie zu Schulden bzw. Krediten privater Haushalte in Sachsen. Wie ist das Geld der Haushalte angelegt, welche Kreditverpflichtungen bestehen und welche Vermögensbestände stehen den Haushalten zur Verfügung? Diese sind einige Fragen, die im Mittelpunkt der Betrachtung stehen. Am Ende des Beitrags wird ein Blick auf das Grundvermögen (Haus- und Grundbesitz) der Privathaushalte geworfen.

## Vorbemerkungen

Von Januar bis Dezember 2013 wurde bundesweit zum elften Mal eine Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt, an der 0,2 Prozent aller Privathaushalte in Deutschland teilnahmen. In den alten Bundesländern finden Einkommens- und Verbrauchsstichproben bereits seit 1962/63 im Fünfjahresrhythmus statt. In den neuen Bundesländern werden sie seit 1993 durchgeführt. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben liefern auf Bundes- und Landesebene ein repräsentatives Bild für die Gesamtheit der Privathaushalte und bilden damit eine der wichtigsten statistischen Quellen für Informationen über Einkommenserzielung, -verteilung und -verwendung. [1] Außerdem ist die EVS eine bedeutende Informationsquelle für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung sowie die Grundlage für die Berechnung der Arbeitslosengeld II-Regelsätze (Hartz IV). Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe finden ebenfalls bei der Anpassung der Gewichte der Verbraucherpreisindizes sowie für Schätzverfahren in den Volkswirtschaftlichen und Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen Anwendung. [vgl. 1, 2]

Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse aus dem zweiten Erhebungsteil<sup>1)</sup> der EVS 2013, dem sogenannten „Geld- und Sachvermögen“

vorgelegt. Dieser stellt, wie bereits der erste Erhebungsteil, eine Stichtagsabfrage zum Jahresbeginn 2013 dar, bei der detailliert die Geld- und Immobilienbestände aber auch die Schulden bzw. Kredite der Privathaushalte erfasst werden.

Ausführliche Ergebnisse zur Thematik bietet der im März 2015 veröffentlichte Statistische Bericht „Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte im Freistaat Sachsen 2013“. An dieser Stelle sei auch auf die im Juli 2015 veröffentlichte Broschüre „Statistisch betrachtet – Private Haushalte in Sachsen“ hingewiesen, die weitere Informationen zur Vermögenssituation beinhaltet. [3, 4]

## Methodische Erläuterungen

Die Daten der EVS 2013 wurden getrennt für das Bundesgebiet und jedes Bundesland hochgerechnet. Mit der Hochrechnung wurden die Stichprobendaten so gewichtet, dass die hochgerechneten Ergebnisse mit bekannten Daten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Bei der Hochrechnung auf Bundesebene wurden besonders viele Strukturdaten (wie z. B. Haushaltstyp, Soziale Stellung und Alter des Haupteinkommensbeziehers, Haushaltsnettoeinkommensklasse, Haushaltsgröße) berücksichtigt.

Für die Länderergebnisse, die mit dem Länder-

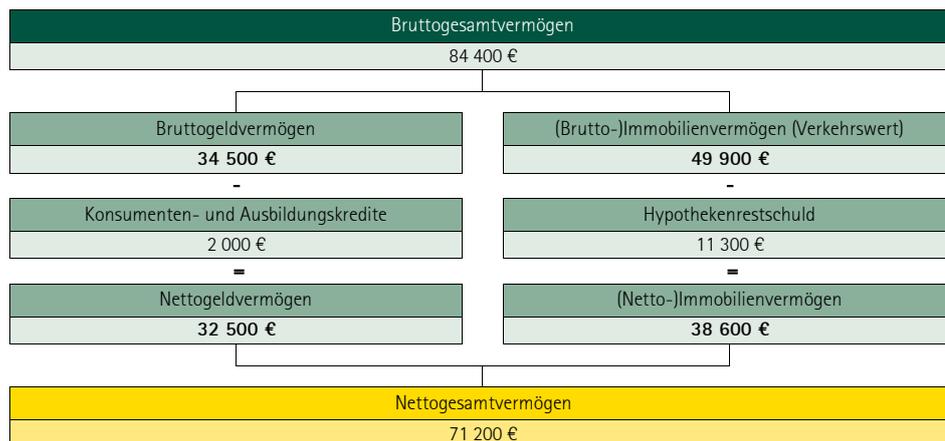
**EVS** 2013

Logo EVS  
© Statistisches Bundesamt

Als Geldvermögen wird die Summe der immateriellen Vermögenswerte (Bruttogeldvermögen) bezeichnet. Nach Abzug von Konsumenten- und Ausbildungskrediten erhält man das Nettogeldvermögen.

1) Die EVS gliedert sich in die vier Erhebungsteile:  
Allgemeine Angaben  
Geld- und Sachvermögen  
Haushaltsbuch  
Feinaufzeichnungsheft

Abb. 1 Berechnungsschema<sup>1)</sup> des statistisch erfassten Vermögens



1) Durchschnittswert je Haushalt, bezogen auf alle sächsischen Privathaushalte; Rundungsdifferenzen sind möglich

Der Anteil der Haushalte mit Bruttogeldvermögen lag 2013 niedriger als zehn Jahre zuvor, das durchschnittliche Bruttogeldvermögen jedoch höher.

faktor erstellt werden, werden weniger Merkmale, dafür aber die landesspezifischen Daten einbezogen. Damit wird gewährleistet, dass die hochgerechneten Länderergebnisse im Hinblick auf die verwendeten Merkmale mit den bekannten Länderwerten in der Grundgesamtheit übereinstimmen.

Mit der EVS 2013 erfolgte eine Neuordnung der Gebietsstände. So werden die Ergebnisse für Berlin insgesamt den neuen Ländern zugeordnet. Bei den Erhebungen der Jahre 1993, 1998, 2003 und 2008 wurde Berlin-West dem früheren Bundesgebiet und Berlin-Ost den neuen Ländern zugeordnet. Dadurch sind die Daten dieser Zeiträume nur eingeschränkt mit den Ergebnissen der EVS 2013 vergleichbar. [1]

#### Hinweise zur Ergebnisdarstellung

Den in diesem Artikel veröffentlichten Ergebnissen liegen die Daten von insgesamt 3 830 sächsischen Privathaushalten zugrunde, welche auf die Gesamthaushaltezahl von rund 2,2 Millionen im Freistaat hochgerechnet wurden. Haushalte mit einem monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von über 18 000 € werden bei der EVS nicht einbezogen.

**Soweit nicht anders angegeben, werden im Artikel Daten von Haushalten betrachtet, die Angaben zur jeweiligen Art und Höhe ihrer Vermögensbestände sowie Schulden gemacht haben.**

Die dargestellten Ergebnisse beruhen auf Angaben auskunftsbereiter Haushalte. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte Vermögensbestände aus Unachtsamkeit, wegen des großen Ermittlungsaufwands oder auch bewusst nicht oder nur ungenau angegeben werden. Es handelt sich bei den Ergebnissen um rechnerisch ermittelte **Durchschnittswerte**, denen eine breite Wertestreuung zugrunde liegt. [5]

#### Ergebnisüberblick

##### Neun von zehn Haushalten verfügen über Bruttogeldvermögen

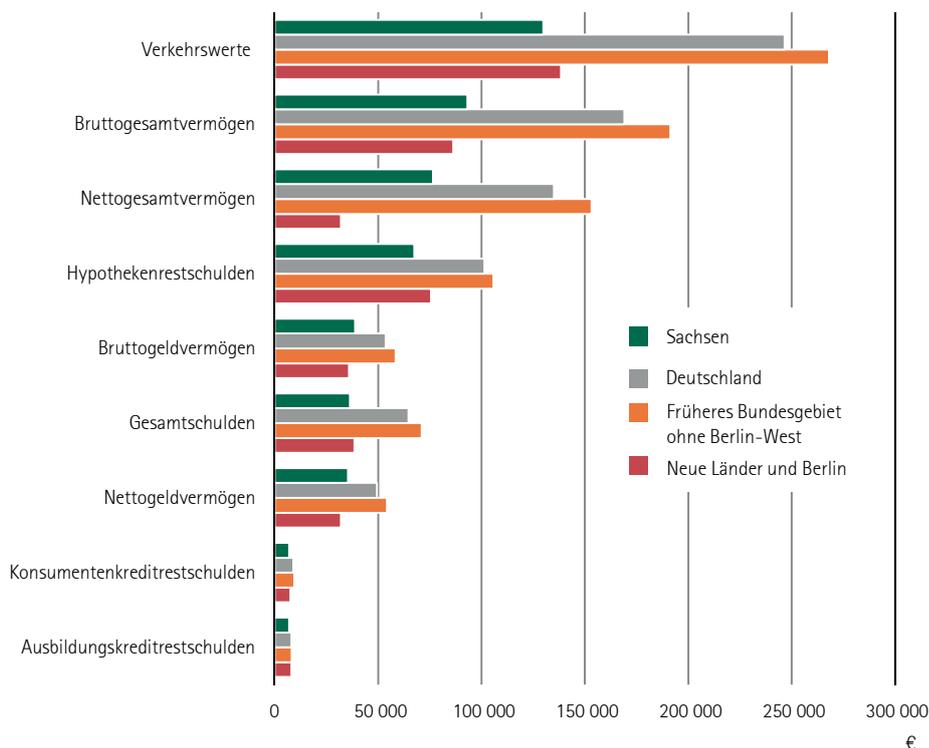
Das Bruttogeldvermögen, welches zunächst im Fokus der Betrachtung stehen soll, setzt sich zusammen aus den einzelnen Vermögensarten wie Sparguthaben, Bausparguthaben, Wertpapierbeständen, Lebensversicherungen und sonstigem Geldvermögen. Werden vom erfassten Geldvermögen die Restschulden aus Konsumenten- und Ausbildungskrediten abgerechnet, ergibt sich das Nettogeldvermögen. Das Bruttoimmobilienvermögen, auch als Verkehrswert bezeichnet, ist der fiktive Wert, den Haus- und Grundbesitz erbringen würden, wenn zum Zeitpunkt der Befragung das Grundvermögen<sup>2)</sup> veräußert würde. Durch Abzug der Hypothekenrestschuld ergibt sich folglich das Nettoimmobilienvermögen. Bruttogeld- und Bruttoimmobilienvermögen bilden zusammen das Bruttogesamtvermögen (vgl. Abb. 1).

Zum Jahresbeginn 2013 verfügten in Sachsen 89,0 Prozent der Privathaushalte über Bruttogeldvermögen, wobei dessen Höhe durchschnittlich 38 800 € betrug. In den letzten Jahren sank der Anteil der Haushalte mit Bruttogeldvermögen. 2003 betrug ihr Anteil noch 93,1 Prozent und 2008 lag er bei 90,1 Prozent. Dennoch konnten die Haushalte im Freistaat gegenüber der EVS 2003 einen Vermögenszuwachs von 45,9 Prozent bzw. 12 200 € erzielen. Rückblickend auf 2008 waren es 14,1 Prozent bzw. 4 800 €.

Bei einem Vergleich der Bundesländer zeigte sich folgendes Bild. In Bayern (90,0 Prozent), Sachsen (89,0 Prozent) und Baden-Württemberg (88,9 Prozent) lag der Anteil der Haushalte mit Bruttogeldvermögen am höchsten. Die geringsten Anteile waren in Berlin (82,5 Prozent),

2) Das Grundvermögen findet am Ende des Artikels in einem „Blickpunkt“ Erwähnung. Tief gegliederte Informationen zur Thematik bietet der Statistische Bericht „Grundvermögen und Wohnsituation privater Haushalte im Freistaat Sachsen 2013“ (0 II 6 – 5j/13).

**Abb. 2 Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte<sup>1)</sup> in Sachsen, Deutschland und Regionen am 1. Januar 2013**



<sup>1)</sup> Durchschnittswert je Haushalt mit Angaben zur Höhe der jeweiligen Vermögens- bzw. Schuldenart

Mecklenburg-Vorpommern (82,3 Prozent) und Bremen (79,2 Prozent) zu verzeichnen.

Die höchsten Bruttogeldvermögen wiesen 2013 die Haushalte in Hessen (70 600 €) und Bayern (70 500€) auf. Die sächsischen Haushalte lagen mit 38 800 € im unteren Drittel. Am niedrigsten waren die Bruttogeldvermögen in Sachsen-Anhalt (31 600 €) und Mecklenburg-Vorpommern (29 400 €).

Der Blick auf die soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers zeigt erhebliche Unterschiede bei der Höhe des Bruttogeldvermögens. Konnten Selbstständige Bruttogeldvermögen im Durchschnitt von 70 500 € bilden, waren es bei Rentnerhaushalten 42 800 €. Haushalte mit arbeitslosem Haupteinkommensbezieher verfügten mit durchschnittlich 12 500 € über die geringsten Bruttogeldbestände. Der höchste Anteil von Haushalten mit Geldvermögen war bei denen mit Beamten als Haupteinkommensbeziehern (97,4 Prozent) zu finden, gefolgt von Angestelltenhaushalten (92,7 Prozent) und Arbeiterhaushalten sowie Selbstständigen (jeweils 91,4 Prozent).

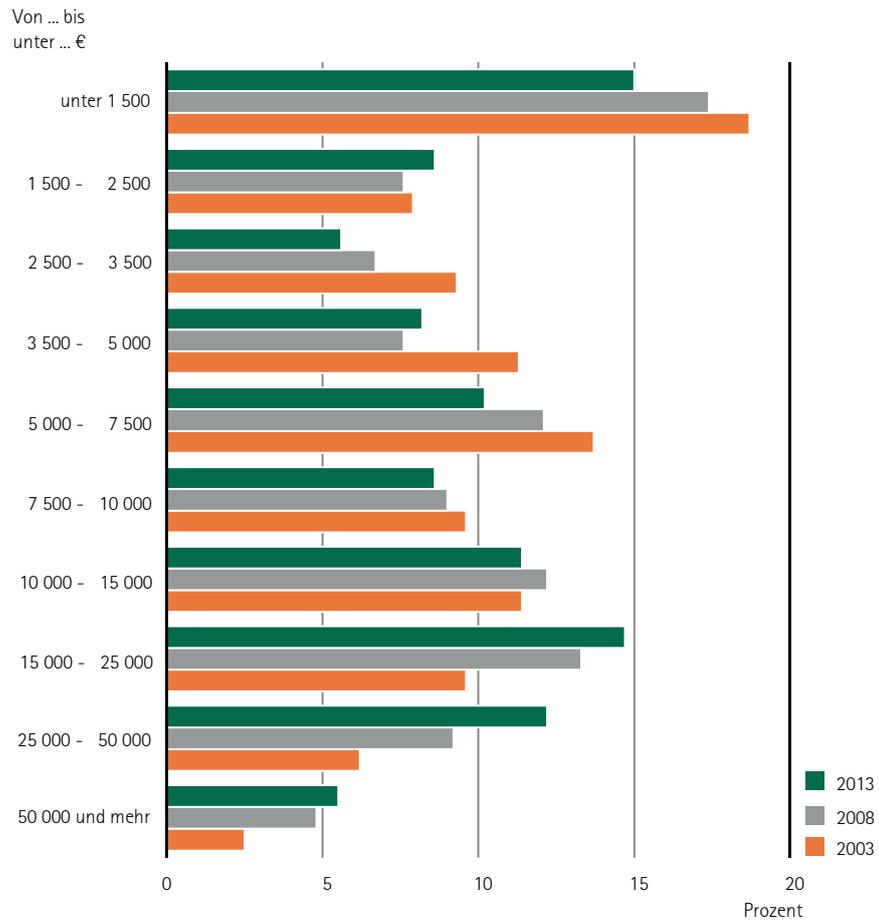
Die Vermögensbildung ist erwartungsgemäß vom Haushaltsnettoeinkommen abhängig. Je höher das monatliche Nettoeinkommen, desto höher ist das durchschnittliche Bruttogeldvermögen, wie auch der Anteil der Haushalte mit

Bruttogeldvermögen. Sieben von zehn Privathaushalten mit einem Nettoeinkommen von unter 900 € besaßen zum Jahresbeginn 2013 ein Bruttogeldvermögen von durchschnittlich 9 400 €. Dagegen verfügten fast alle Haushalte mit einem Nettoeinkommen von 3 600 € bis unter 5 000 € im Monat über Bruttogeldvermögen in Höhe von durchschnittlich 89 400 €.

Ebenfalls besteht ein Zusammenhang zwischen dem Alter der Haupteinkommensbezieher in Privathaushalten und der Bildung von Vermögen. Mit steigendem Alter des Haupteinkommensbeziehers erhöhte sich zunächst auch das Bruttogeldvermögen. Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern im Alter von 25 Jahren bis unter 35 Jahren besaßen im Januar 2013 durchschnittlich 17 400 € Bruttogeldvermögen. Bis zur Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen stiegen die finanziellen Rücklagen, sicher auch als Teil der Altersvorsorge, bis auf 48 100 € an. In der Altersgruppe von 70 Jahren bis unter 80 Jahren betrug das Bruttogeldvermögen noch 44 800 €, bei den 80-Jährigen und Älteren waren es 39 700 €.

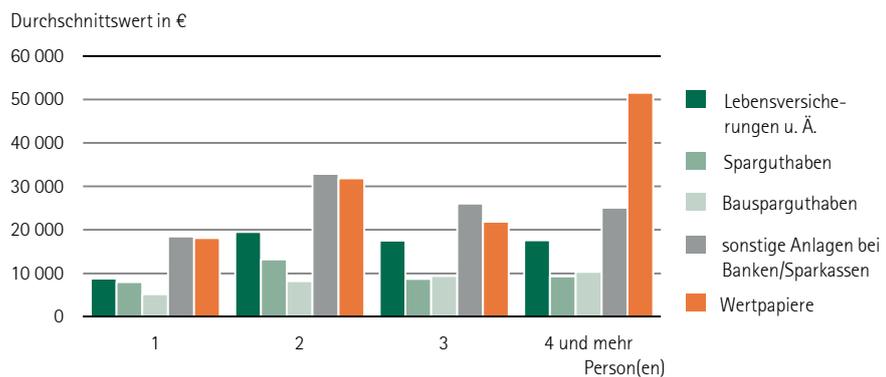
Haushalte mit 70- bis unter 80-Jährigen Haupteinkommensbeziehern besaßen mit 92,5 Prozent im Vergleich zu den anderen Altersgruppen am häufigsten Bruttogeldvermögen.

**Abb. 3 Private Haushalte in Sachsen am 1. Januar 2013, 2008 und 2003 nach Höhe der Guthaben aus Lebensversicherungen u. Ä.<sup>1)2)</sup>**



1) Lebens-, private Renten-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr  
2) bezogen auf Haushalte mit Angaben zu den Versicherungsguthaben

**Abb. 4 Ausgewählte Vermögensarten privater Haushalte<sup>1)</sup> in Sachsen im Januar 2013 nach Haushaltsgröße**



1) Durchschnittswert je Haushalt mit Angaben zur Höhe der jeweiligen Vermögensart

**Bruttogeldbestände waren bei Haushalten von Alleinerziehenden am geringsten**

Aufschlussreich ist ebenfalls eine Betrachtung des Bruttogeldvermögens nach dem Haushaltstyp. Die geringsten finanziellen Rücklagen wiesen im Freistaat Alleinerziehende mit 14 200 € auf. Das Bruttogeldvermögen der

Alleinlebenden bzw. Singlehaushalte überstieg das der Alleinerziehenden um 60,6 Prozent. Mit durchschnittlich 22 800 € konnten Singlehaushalte deutlich mehr Vermögen bilden als Personen, die allein ein oder mehrere Kind(er)

erziehen. Das Bruttogeldvermögen der Paarkonzepte lag um ein Vielfaches höher als das der Alleinlebenden und Alleinerziehenden. Bei detaillierter Betrachtung zeigte sich, dass Paare ohne Kinder offensichtlich über die meisten Ressourcen für die Vermögensbildung verfügen. Sie konnten mit 54 300 € das höchste Bruttogeldvermögen unter den Haushaltstypen aufweisen. Paare mit Kindern verfügten im Durchschnitt über 48 100 €. [vgl. 5]

### Wie ist das Geld der Privathaushalte angelegt?

Im Januar 2013 waren im Freistaat die verbreitetsten Anlageformen der privaten Haushalte Lebensversicherungen u. Ä.<sup>3)</sup>, gefolgt von Sparbüchern und Bausparverträgen. Im Folgenden soll auf diese Anlageformen näher eingegangen werden.

60,4 Prozent der Privathaushalte verfügten über mindestens einen Lebensversicherungsvertrag.

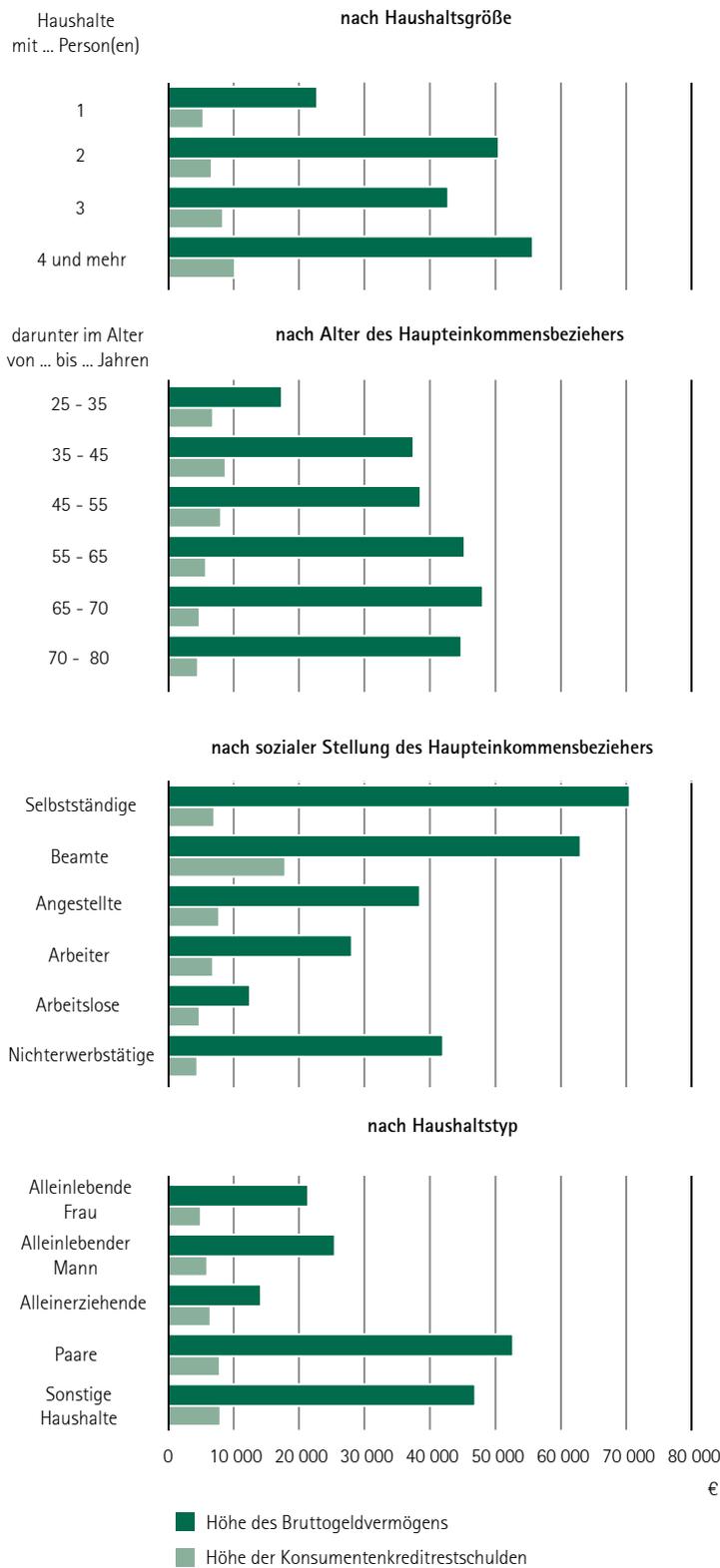
3) Lebens-, private Renten-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr

**Tab. 1 Geldvermögensbestände privater Haushalte in Sachsen 2013 nach ausgewählten Anlageformen (in €)**

Merkmal	Lebensversicherungen	Bausparguthaben	Sparguthaben	Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	Wertpapiere
<b>Insgesamt</b>	<b>15 400</b>	<b>7 500</b>	<b>10 200</b>	<b>26 300</b>	<b>27 700</b>
<b>Haushalte mit ... Person(en)</b>					
1	8 800	5 200	8 000	18 500	18 100
2	19 500	8 200	13 200	32 900	31 900
3	17 500	9 400	8 700	26 100	21 900
4	15 800	10 300	9 400	25 100	17 900
5 und mehr	(25 300)	(10 000)	(8 900)	(25 600)	(137 300)
<b>Alter des Haupteinkommensbeziehers</b>					
18 - 25	(4 100)	2 900	(2 000)	(5 800)	/
25 - 35	6 000	5 100	4 900	13 200	12 800
35 - 45	13 200	8 300	5 900	22 900	43 800
45 - 55	17 000	8 600	8 700	22 700	23 800
55 - 65	22 700	8 600	10 600	28 600	23 000
65 - 70	13 800	7 500	16 200	33 600	(28 500)
70 - 80	8 500	6 800	15 100	33 700	32 400
80 und mehr	(7 300)	(6 000)	(15 000)	(26 100)	(48 000)
<b>soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers</b>					
Selbstständige	34 300	(11 300)	(9 900)	(35 000)	(66 200)
Beamte	22 100	(10 700)	(11 500)	(26 200)	(28 400)
Angestellte	15 300	7 800	9 100	23 500	23 800
Arbeiter	14 300	7 500	7 700	16 400	10 700
Arbeitslose	8 600	(5 700)	(2 600)	(12 100)	/
Nichterwerbstätige	11 200	6 600	13 600	31 900	32 200
darunter Rentner	11 300	6 700	14 100	32 600	30 700
<b>monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... €<sup>1)</sup></b>					
unter 900	6 300	(5 100)	3 700	(8 400)	(6 600)
900 - 1 300	7 900	4 500	6 800	16 900	15 400
1 300 - 1 500	10 100	5 100	11 500	(19 500)	(15 300)
1 500 - 2 000	13 700	6 700	11 900	24 500	23 300
2 000 - 2 600	15 200	6 800	10 600	30 600	25 200
2 600 - 3 600	20 800	10 300	14 200	29 000	23 900
3 600 - 5 000	25 200	10 700	14 000	37 500	66 400
5 000 - 18 000	(49 000)	(18 200)	(15 500)	(67 100)	(62 900)

1) Selbsteinschätzung der Haushalte am 1. Januar 2013, ohne Haushalte von Landwirten

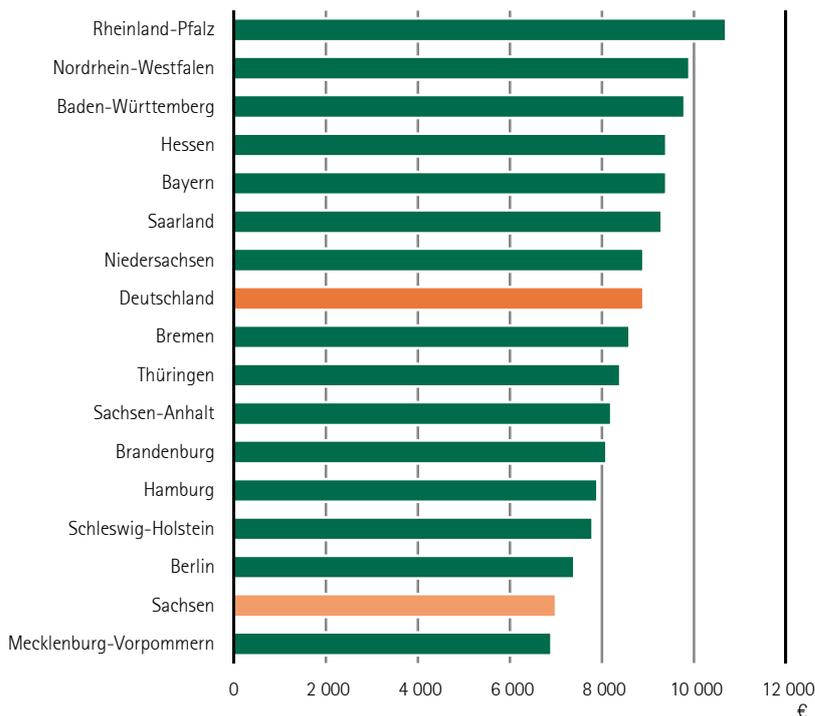
**Abb. 5 Bruttogeldvermögen und Konsumentenkreditrestschulden privater Haushalte<sup>1)2)</sup> in Sachsen am 1. Januar 2013 nach ausgewählten Merkmalen**



1) Haushalte mit Angaben zur Höhe des Bruttogeldvermögens und der Konsumentenkreditrestschulden  
 2) Durchschnittswert je Haushalte mit Angaben zur Höhe des Bruttogeldvermögens bzw. der Konsumentenkreditrestschulden

Durchschnittlich hatten diese 15 400 € in den Verträgen angespart. Gegenüber 2008 stiegen die Versicherungsguthaben um 2 000 €. Seit 2003 erhöhten sich die Versicherungsguthaben sogar um 5 400 € bzw. um mehr als die Hälfte. Der Anteil der Haushalte mit Lebensversicherungen u. Ä. war allerdings in den letzten zehn Jahren leicht rückläufig (-1,4 Prozentpunkte). Bei Betrachtung der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers zeigte sich, dass Haushalte von Selbstständigen mit durchschnittlich 34 300 € über die höchsten Versicherungsguthaben verfügten. Ein Grund dafür könnte sein, dass Selbstständige nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung abgesichert sein müssen und durch die Lebensversicherungen eine (zusätzliche) Vorsorge für ihren Ruhestand treffen. Lebensversicherungen u. Ä. bieten auch eine Absicherungsmöglichkeit für Familien. Während nur die Hälfte der Einpersonenhaushalte über eine Lebensversicherung verfügte, waren es bei den Dreipersonenhaushalten bereits mehr als drei Viertel und bei den Vierpersonenhaushalten acht von zehn. Das konventionelle Sparguthaben dient trotz niedriger Zinssätze nach wie vor als beliebte Geldanlage, um eine Rücklage für unerwartete Ausgaben zu bilden oder auch zum Ansparen für größere Anschaffungen. Mehr als die Hälfte der Haushalte (56,1 Prozent) verfügte 2013 über ein Sparguthaben von durchschnittlich 10 200 €. Fünf Jahre zuvor betrug das angesparte Guthaben noch 8 100 €. Haushalte mit Rentnern als Haupteinkommensbezieher wiesen im Januar 2013 mit 14 100 € die höchsten Sparguthaben auf. Wie zu erwarten, stieg die Sparguthabenhöhe kontinuierlich mit dem Alter der Haupteinkommensbezieher. Haushalte mit Haupteinkommensbezieher im Alter von 25 Jahren bis unter 35 Jahren hatten im Durchschnitt 4 900 € auf ihren Sparguthaben angelegt. Über die höchsten Sparguthaben von durchschnittlich 16 200 € verfügten Haushalte mit Haupteinkommensbezieher im Alter von 65 Jahren bis unter 70 Jahren, die am Ende ihres Erwerbslebens standen bzw. bereits ausgeschieden waren. Eine weitverbreitete Form der Geldanlage ist auch das Bausparen. Dabei handelt es sich um ein Zwecksparen, um den Erwerb von Wohneigentum oder dessen Instandhaltung zu finanzieren. [vgl. 6] Zum Jahresbeginn 2013 hatten 45,9 Prozent der Privathaushalte im Freistaat durchschnittlich 7 500 € in Bausparverträgen angelegt. Mit zunehmender Haushaltsgröße stieg der Anteil der Haushalte im Freistaat, die über mindestens einen Bausparvertrag verfügten. Fast vier von zehn Einpersonenhaushalten

**Abb. 6 Konsumentkreditrestschulden privater Haushalte<sup>1)</sup> am 1. Januar 2013 im Ländervergleich**



Haushalte von Selbstständigen wiesen die höchsten Guthaben bei Lebensversicherungen u. Ä. auf

1) bezogen auf Haushalte mit Angaben zur Höhe der Konsumentkreditrestschulden

(38,6 Prozent) hatten Geld in einem Bausparvertrag angelegt. Bei Zweipersonenhaushalten waren es bereits knapp die Hälfte (47,6 Prozent) und bei Haushalten mit drei und mehr Personen 56,9 Prozent.

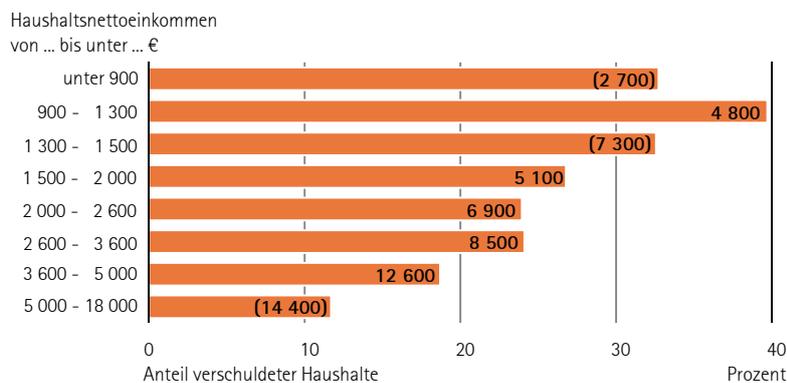
Der Besitz von Bausparverträgen ist auch von der Höhe der monatlichen Haushaltsnettoeinkommen abhängig. So verfügten in der Einkommensgruppe von durchschnittlich 900 € bis unter 1 300 € im Monat vier von zehn Haushalten über einen Bausparvertrag. Danach stieg der Anteil der Haushalte die Bausparen kontinuierlich an. Der größte Anteil war mit zwei Dritteln

in der Einkommensgruppe von 3 600 € bis unter 5 000 € zu verzeichnen.

**Weitere Anlageformen**

- Knapp die Hälfte der sächsischen Haushalte (45,1 Prozent) hatte Geld in Höhe von durchschnittlich 26 300 € in sonstigen Anlagen bei Banken/Sparkassen angelegt.
- Auch in risikoreichere Geldanlagen wurde investiert: 9,3 Prozent der Haushalte hatten im Durchschnitt 12 000 € in Aktien ange

**Abb. 7 Private Haushalte in Sachsen am 1. Januar 2013 mit Konsumentkreditrestschulden und durchschnittlicher Restverschuldung<sup>1)</sup> nach Haushaltsnettoeinkommen**



1) bezogen auf Haushalte mit Angaben zur Höhe der Konsumentkreditrestschulden

legt und jeder fünfte Haushalt 20 500 € in Investmentfonds.

- 6,0 Prozent der Haushalte im Freistaat hatten durchschnittlich 23 500 € in sonstigen Wertpapieren und Vermögensbeteiligungen angelegt, also zum Beispiel in Anteilen an Unternehmen, soweit diese keine Aktiengesellschaft sind (Anteile an Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw.)

### Schulden: Kredite der sächsischen Privathaushalte

Mehr als jeder zweite Haushalt mit Angaben zum Bruttogeldvermögen hatte Schulden aus Konsumenten- bzw. Ausbildungskrediten sowie für Hypotheken.

Zum Jahresbeginn 2013 waren knapp ein Viertel (23,5 Prozent) aller Privathaushalte mit Restschulden aus Konsumentenkrediten belastet. Gegenüber 2008 stieg der Anteil der Haushalte mit Konsumentenkreditrestschulden um 3,1 Prozentpunkte und rückblickend auf 2003 sogar um 6,5 Prozentpunkte. Die Höhe der Restschulden aus Konsumentenkrediten stieg von 5 600 € im Jahr 2003 auf 7 300 € in 2008 an, im Januar 2013 wurde ein leichter Rückgang der Schuldenhöhe um 300 € registriert.

Ein Vergleich der Kreditverpflichtungen nach dem Alter des Haupteinkommensbeziehers zeigt, dass drei von zehn Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern im Alter bis unter 35 Jahren im Freistaat Konsumentenkredite aufgenommen hatten. Mit einem Drittel waren zum Jahresanfang 2013 Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern in der Altersgruppe von 35 Jahren bis unter 45 Jahren am häufigsten verschuldet. Danach sank der Anteil der Haushalte mit Konsumentenkreditrestschulden kontinuierlich ab.

Konsumentenkreditrestschulden gegenüber 2008 leicht rückläufig

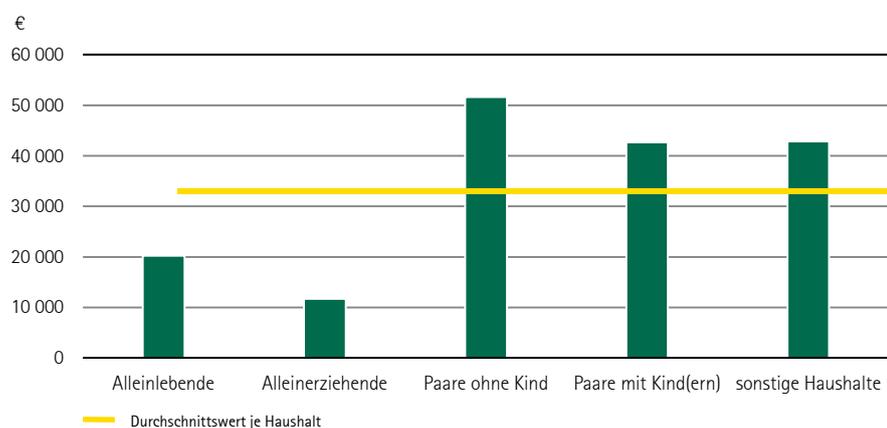
Tab. 2 Durchschnittliches Nettogeldvermögen privater Haushalte am 1. Januar 2013 im Ländervergleich (in €)

Merkmal	Nettogeldvermögen
Hessen	66 500
Bayern	66 300
Baden-Württemberg	65 200
Rheinland-Pfalz	59 900
<b>Deutschland</b>	<b>49 400</b>
Nordrhein-Westfalen	47 200
Hamburg	47 000
Saarland	42 500
Niedersachsen	42 500
Schleswig-Holstein	40 800
Thüringen	37 800
<b>Sachsen</b>	<b>35 500</b>
Berlin	33 400
Bremen	32 900
Brandenburg	30 300
Sachsen-Anhalt	27 700
Mecklenburg-Vorpommern	25 100

Tab. 3 Durchschnittliches Nettogeldvermögen privater Haushalte in Sachsen, Deutschland und Regionen am 1. Januar 2013 (in €)

Merkmal	Nettogeldvermögen
Sachsen	35 500
Deutschland	49 400
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West	54 200
Neue Länder und Berlin	32 000

Abb. 8 Nettogeldvermögen privater Haushalte in Sachsen am 1. Januar 2013 nach Haushaltstyp



Bei Betrachtung der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers wird deutlich, dass Konsumentenkredite am häufigsten von Arbeiter- (34,0 Prozent) und Angestelltenhaushalten (30,8 Prozent) in Anspruch genommen wurden. Der Anteil der Haushalte mit Konsumentenkreditrestschulden steigt mit der Haushaltsgröße an. Mussten knapp ein Fünftel der Einpersonenhaushalte diese Kredite tilgen, waren es bei Dreipersonenhaushalten bereits mehr als ein Drittel. Unter den Haushaltstypen lag der Anteil der Haushalte mit Restschulden aus Konsumentenkrediten bei Paaren mit Kind(ern) am höchsten (41,5 Prozent).

Der Bundesländervergleich macht erkennbar, dass die höchsten Konsumentenkreditrestschulden mit durchschnittlich 10 700 € von den Haushalten in Rheinland-Pfalz zu tilgen waren, gefolgt von den Haushalten in Nordrhein-Westfalen mit 9 900 €. Dagegen lag in Mecklenburg-Vorpommern mit 6 900 € und in Sachsen mit 7 000 € die Höhe der Restschulden aus Konsumentenkrediten deutschlandweit am niedrigsten (vgl. Abb. 6).

5,4 Prozent der sächsischen Haushalte waren 2013 mit Ausbildungskreditrestschulden belastet. Die durchschnittliche Höhe der Ausbildungskreditrestschuld betrug 6 900 €. Bei Haushalten mit Haupteinkommensbeziehern in der Altersgruppe von 25 Jahren bis unter 35 Jahren lag der Anteil mit Restschulden aus Ausbildungskrediten mit 22,2 Prozent am höchsten.

### Wieviel Geld bleibt den Haushalten „unterm Strich“?

Um diese Frage zu beantworten, muss das Nettogeldvermögen betrachtet werden. Es errechnet sich aus dem Bruttogeldvermögen abzüglich der Konsumenten- und Ausbildungskreditrestschulden (siehe auch Berechnungsschema auf Seite 2).

Die Privathaushalte im Freistaat verfügten zum Jahresanfang 2013 über durchschnittlich 35 500 € Nettogeldvermögen. Gegenüber 2008 stieg das Nettogeldvermögen um 4 200 €. Wie schon beim Bruttogeldvermögen auffällig lag auch das Nettogeldvermögen der Alleinerziehenden noch unter dem der Alleinlebenden. Paarhaushalte ohne Kinder verfügten gegenüber Alleinerziehenden im Durchschnitt über knapp das viereinhalbfache Nettogeldvermögen (vgl. Abb. 8).

Die Nettogeldvermögen der sächsischen Haushalte lagen im Ländervergleich, analog zum Bruttogeldvermögen, im unteren Drittel. Die höchsten Nettogeldvermögen wiesen die Privathaushalte in Hessen mit 66 500 € auf, ge-

folgt von Bayern mit 66 300 €. Das niedrigste Nettogeldvermögen besaßen die Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern mit durchschnittlich 25 100 €. (vgl. Tab. 2, 3)

Das Nettogeldvermögen der Privathaushalte in Sachsen war um mehr als ein Drittel kleiner als der Durchschnittswert für das Frühere Bundesgebiet ohne Berlin-West (54 200 €). (vgl. 7)

### Im Blickpunkt: Grundvermögen

Das Bruttogesamtvermögen der privaten Haushalte setzt sich zusammen aus dem Geldvermögen sowie dem Immobilienvermögen (Grundvermögen). An dieser Stelle werden daher auch die wichtigsten Ergebnisse der EVS zum Grundvermögen in zusammengefasster Form dargestellt.

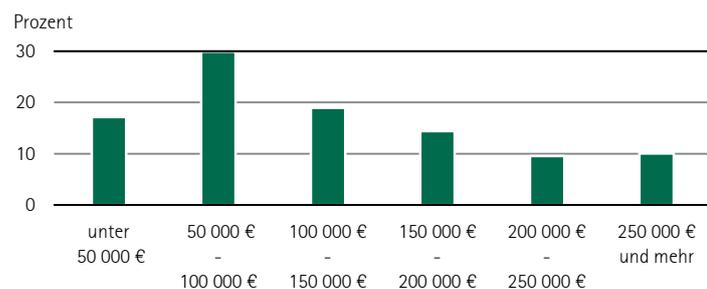
40,8 Prozent der privaten Haushalte im Freistaat verfügten im Januar 2013 über Haus- und Grundbesitz. Dabei wurden Gebäude (Ein- und Zweifamilienhäuser, Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen, Eigentumswohnungen sowie sonstige Gebäude) und unbebaute Grundstücke erfasst.

Unter den Haushalten, die über Haus- und Grundbesitz verfügen und Angaben zu dessen Art gemacht haben (Mehrfachnennungen möglich), besaßen mehr als drei Viertel (75,9 Prozent) Ein- und Zweifamilienhäuser. 14,9 Prozent der Haushalte verfügten über eine Eigentumswohnung. Unbebaute Grundstücke befanden sich im Besitz von 10,8 Prozent der Privathaushalte.

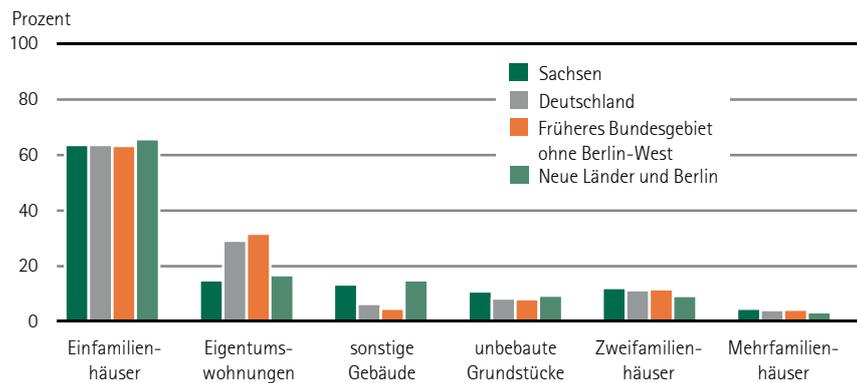
Der durchschnittliche Verkehrswert des Immobilienvermögens sächsischer Haushalte lag im Januar 2013 bei 129 800 €. Zehn Jahre zuvor betrug der Verkehrswert noch 131 900 € und sank 2008 auf 125 300 €. Bei drei von zehn Haushalten im Freistaat betrug der Verkehrswert des Haus- und Grundbesitzes zwischen 50 000 € und 100 000 €. Jeder fünfte Haushalt besaß Immobilienvermögen in Höhe

**Konsumentenkredite werden am häufigsten von Haushalten mit Arbeitern als Haupteinkommensbeziehern in Anspruch genommen**

**Abb. 9 Private Haushalte mit Grundvermögen in Sachsen am 1. Januar 2013 nach Höhe des Verkehrswerts**



**Abb. 10 Haus- und Grundbesitz privater Haushalte<sup>1)</sup> in Sachsen, Deutschland und Regionen am 1. Januar 2013 nach Art des Grundvermögens**



1) Haushalte mit Angaben zum Haus- und Grundbesitz

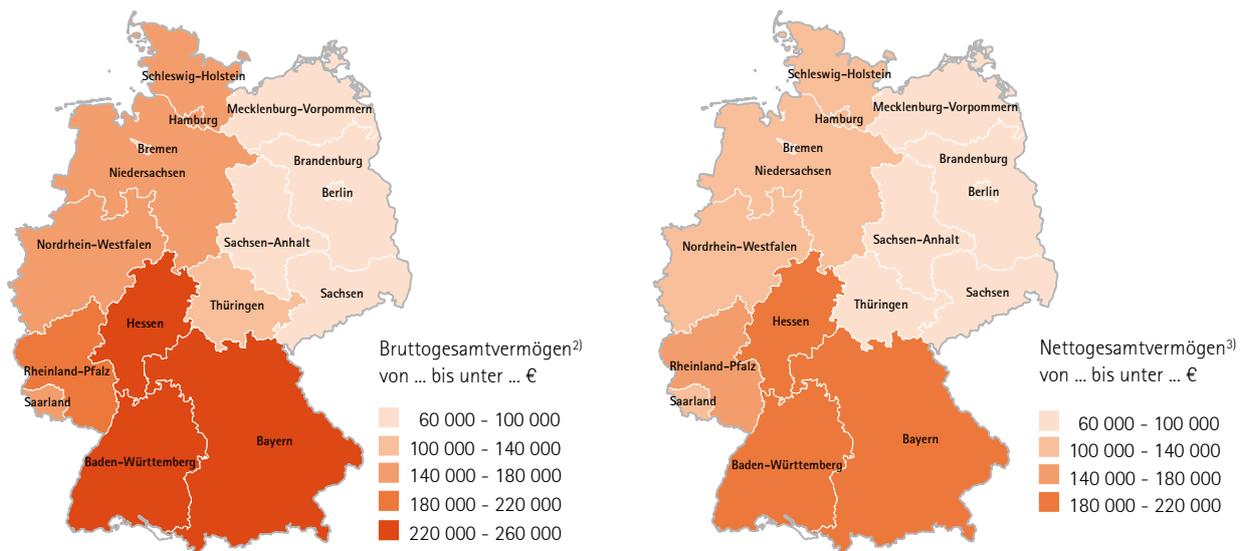
von 100 000 € bis unter 150 000 €. Bei jedem zehnten Haushalt betrug der Verkehrswert im Durchschnitt mehr als 250 000 €. Die durchschnittliche Restschuld von Hypotheken, Bardarlehen und allen sonstigen Krediten zum Erwerb bzw. Instandsetzung von Haus- und Grundvermögen belief sich im Januar 2013 auf 67 400 €, das waren 600 € weniger als 2008 und 10 400 € weniger als noch 2003. Haushalte mit hohem Nettoeinkommen hatten höhere Hypothekenrestschulden zu tilgen als Haushalte mit niedrigem. Bei Haushalten mit einem monatlichem Nettoeinkommen von 3 600 € bis unter 5 000 € betrugen die Restschulden bereits 99 600 €, fast die Hälfte mehr als der sächsische Durchschnitt. [vgl. 5, 7]

Zur Ermittlung des Nettoimmobilienvermögens der privaten Haushalte wird vom Bruttoimmobilienvermögen die Hypothekenrestschuld abgezogen (siehe auch Abb. 1). Im Gegensatz zu den vorherigen Angaben, die sich auf Haushalte mit Angaben zur jeweiligen Art und Höhe der Vermögensbestände sowie Schulden bezogen, wird das Nettoimmobilienvermögen nur als Durchschnittswert für **alle** sächsischen Haushalte (38 600 €) veröffentlicht.

### Zusammenfassung und Ausblick

In diesem Artikel wurden Ergebnisse aus dem zweiten Erhebungsteil der EVS 2013 dem „Geld- und Sachvermögen“ vorgestellt.

**Abb. 11 Durchschnittliches Brutto- und Nettogesamtvermögen privater Haushalte in Deutschland am 1. Januar 2013<sup>1)</sup>**



1) Ergebnisse der Länderhochrechnung 2) Summe aus Bruttogeldvermögen und Verkehrswert 3) Bruttogesamtvermögen abzüglich Gesamtschulden

Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG [2015]

Bei Betrachtung der Haushaltsstrukturen wurden deutliche Unterschiede in der Vermögenssituation erkennbar. So wiesen Haushalte mit selbstständigen Haupteinkommensbeziehern die höchsten Bruttogeldvermögen (70 500 €) auf, Arbeitslosenhaushalte die geringsten (12 500 €). Erwartungsgemäß stiegen die Bruttogeldvermögen mit der Höhe des Haushaltsnettoeinkommens. Im Bezug zum Alter verfügten Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern im Alter von 65 Jahren bis unter 70 Jahren über das höchste Bruttogeldvermögen.

Die geringsten finanziellen Rücklagen wiesen unter den Haushaltstypen die Alleinerziehenden auf. Die größten Rücklagen besaßen dagegen Paare ohne Kinder.

Lebensversicherungen u. Ä. stellten die verbreitetste Form der Geldanlage dar. Die höchsten Versicherungsguthaben waren wiederum bei Haushalten mit selbstständigen Haupteinkommensbeziehern zu verzeichnen.

Knapp ein Viertel der privaten Haushalte war mit Konsumentenkreditrestschulden belastet. Der Anteil der Haushalte mit Restschulden aus Konsumentenkrediten stieg in den letzten zehn Jahren, die Restschuldenhöhe war dagegen seit 2008 leicht rückläufig.

Wie schon beim Bruttogeldvermögen, war auch das Nettogeldvermögen bei den Alleinerziehenden am niedrigsten (11 700 €) und bei Paaren ohne Kinder am höchsten (51 700 €).

40,8 Prozent der sächsischen Privathaushalte besaßen im Januar 2013 Grundvermögen, reichlich drei Viertel von ihnen in Form von Ein- und Zweifamilienhäusern. Fast jeder fünfte Haushalt mit Grundvermögen war mit Hypothekenrestschulden belastet.

Für 2016 ist die Veröffentlichung der Ergebnisse der Haushaltsbücher, des komplexesten Erhebungsteils der EVS, sowie der Feinaufzeichnungshefte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren geplant. Diese werden u.a. in drei Statistischen Berichten (Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum, Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren) sowie in dieser Zeitschrift publiziert. Parallel dazu wird die nächste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 vorbereitet.

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Bundesamt: Wirtschaftsrechnungen – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe – Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte, Fachserie 15 Heft 2, Wiesbaden 2014.
- [2] Goldmann, M; Koreng, B.: Struktur und Ausstattung der sächsischen Privathaushalte – erste Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2013. In: Statistik in Sachsen 1/2014, S. 32 – 42.
- [3] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte im Freistaat Sachsen 2013, Statistischer Bericht O II 2 - 5j/13, Kamenz 2015.
- [4] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Statistisch betrachtet: Private Haushalte in Sachsen, Kamenz 2015.
- [5] Dr. Voß, M.: Wer hat wie viel? – Zur Vermögenssituation privater Haushalte in Baden-Württemberg 2003. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 9/2004, S. 38 – 44.
- [6] Halle, G.: Vermögen und Kredite privater Haushalte in Thüringen 1993. In: Statistisches Monatsheft Thüringen Juli 1996, S. 12 – 18.
- [7] Globisch, C.: Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte in Bayern 2013. In: Bayern in Zahlen 2/2015, S. 72 – 77.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:



# Erhebung in Aquakulturbetrieben – eine neue Aufgabe im Fachbereich Landwirtschaft

Bereits heute ist Fisch weltweit der wichtigste Proteinlieferant für die menschliche Ernährung und die Nachfrage wird sich in Zukunft weiter verstärken. Jedoch sind große Teile der Weltmeere schon jetzt überfischt, weshalb die Erzeugung in Aquakulturen mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Bislang wurde dieser Bereich der Nahrungsmittelproduktion nur im Rahmen der in 10-jährigem Abstand stattfindenden Landwirtschaftszählung als Binnenfischereierhebung erfasst. Mit der gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung des Sektors geht ein wachsender Bedarf sowohl bezüglich Datenmenge als auch Datenqualität einher. Dem wurde auf europäischer Ebene mit einer neuen Verordnung Rechnung getragen. Die daraus resultierende Aquakulturstatistik und ihre Ergebnisse für Sachsen werden in nachfolgendem Beitrag dargestellt.

## Vorbemerkungen

Unter **Aquakultur** versteht man die Produktion von Gewässerlebewesen (aquatische Organismen) wie Fische, Krebs- und Weichtiere sowie Algen, unter kontrollierten Haltungs- und Aufzuchtbedingungen. Es liegt eine unternehmerische Tätigkeit mit dem Ziel der Produktionssteigerung, z. B. durch Zufütterung, Teichdüngung oder Schutz vor natürlichen Feinden, vor. Die Wasserorganismen sind Eigentum des Betriebsinhabers.

Die Aquakultur spielt eine bedeutende Rolle für die Versorgung der Weltbevölkerung. Nach Einschätzung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) stammen ca. 38 Prozent der Gesamtproduktion im Fischereisektor aus der Aquakultur (55,1 Millionen Tonnen).

„Da das Wachstum der Weltbevölkerung in den kommenden Jahrzehnten weiter anhalten wird, ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Fisch weiter wächst. Weil jedoch die meisten Fanggebiete bereits voll genutzt werden, wird ein Großteil dieser wachsenden Nachfrage von der Aquakultur befriedigt werden müssen. Vor dem Hintergrund der Überfischung der Gewässer leistet die Aquakultur einen wertvollen und ökologischen Beitrag, um die Nachfrage nach Fischen, Krebs- und Weichtieren sowie Algen zu decken.“ [1]

## Einleitung

### Zur Geschichte der Fischerei in Sachsen

„Fischerei zählt zu den ältesten Handwerken und Landnutzungsformen der Menschheit. Ihre Ausübung auf dem Gebiet Sachsens erfolgte seit Urzeiten. Noch zu Beginn der deutschen Ostkolonisation stand die Fischerei in den Fließgewässern allen freien Dorfbewohnern offen. Dies änderte sich mit der Landnahme und dem Landesausbau durch die deutschen Kolonisten vor rund 800 Jahren. Fischerei wurde zum herrschaftlichen Recht und bedurfte der Privilegierung. Städte, Klöster und Grundherren erhielten das Recht der Fischereiausübung verbrieft. Aus dem Hochmittelalter stammen so die ersten schriftlichen Nachweise von Fischerei und Fischerhandwerk. In dieser Zeit organisierten sich die Handwerker der Städte in Zünften oder Innungen. Sie ließen sich von den Räten ihre Rechte konfirmieren und hielten diese in Ordnungen fest. Das einsetzende Bevölkerungswachstum und die damit rasch ansteigende Nachfrage zu Beginn der Neuzeit führten nicht nur zu größerem Druck auf die Fische durch Fang und Entnahme, sondern auch zu Ausplünderungen und Verödungen des natürlichen Fischbestandes. Es wurde notwendig, Regelwerke zur Siche-

rung der Fischereiausübung aufzustellen. Das 16. Jahrhundert brachte eine ganze Reihe von Ordnungen des Fischerhandwerks und Fischordnungen zur Reglementierung der Fischerei und Schonung der Fischbestände hervor. Die Fischereieinnungen befischten die Bäche, Flüsse und Ströme im Weichbild der Städte. Große und bedeutende Fischereieinnungen bestanden in Leipzig, Torgau, Belgern, Mühlberg, Meißen, Dresden und Pirna aber auch an den kleineren Fließgewässern existierten solche, wie beispielsweise in Bautzen, Löbau oder Görlitz. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung wuchs auch der Markt für den Absatz von Fischen, die nicht nur eine wichtige Fastenspeise in katholischer Zeit waren, sondern auch eine notwendige Eiweißquelle für die Ernährung darstellten. Folgerichtig rückte die Erzeugung von Fischen in Teichen ins Blickfeld der Grundbesitzer. Die Anlage erster Teiche zur gezielten Produktion von Karpfen reicht 750 Jahre zurück. Dabei bildeten sich in Sachsen bedeutende Teichgebiete um Wermisdorf und Torgau sowie Moritzburg, deren Ausbau besonders durch die Wettiner vorangetrieben wurde. In der Oberlausitz entstand eines der größten Teichgebiete Deutschlands, das von den örtlichen Grundbesitzern, in der Hauptsache den Städten und Rittergutsbesitzern, ausgebaut und bewirtschaftet wurde. Klöster spielten bei der Anlage von Karpfenteichen im Gegensatz zu Süddeutschland in Sachsen eher eine untergeordnete Rolle. Erst vor ungefähr hundert Jahren ist der bis dahin althergebrachte und gezüchtete Schuppenkarpfen durch den Galizischen Spiegelkarpfen abgelöst worden, mit dem die Produktionszeit auf drei Sommer verkürzt werden konnte. Ebenso hielt zu dieser Zeit die Fütterung der Karpfen Einzug in die Wirtschaftsweise und die Erträge konnten beträchtlich gesteigert werden, so dass die Produktion den Eigenverbrauch erheblich übertraf. Mit den ersten Eisenbahntransporten von Karpfen um 1870 weitete sich der Handel sprunghaft aus. Karpfen aus Sachsen wurden so schon frühzeitig bis nach Hamburg geliefert. Auch heute noch ist die sächsische Karpfenteichwirtschaft einer der wichtigsten Karpfenerzeuger in Deutschland." [2]

#### **Ausgangssituation und Problemstellung**

Die Förderung der Aquakulturproduktion über Mittel aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EFF) sowie über EU-Forschungsprogramme bildet einen Schwerpunkt der gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union (EU). Die genaue Analyse des Fischereisektors ist Grundvoraussetzung für eine zielge-

richtete Förderung. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür wurden mit Inkraftsetzung der Verordnung (EG) Nr. 762/2008 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedsstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 788/96 geschaffen. Danach sind der Kommission von den Mitgliedsstaaten jährlich Statistiken über alle Aquakulturtätigkeiten in Süß- und Salzwasser in ihrem Hoheitsgebiet vorzulegen. Mehreren Mitgliedsstaaten - u. a. Deutschland - wurde eine dreijährige Übergangsfrist gewährt, in welcher die Möglichkeit einer Schätzung der Aquakulturproduktion eingeräumt wurde. Diese Expertenschätzung wurde in Deutschland durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) vorgenommen. Jedoch konnten hiermit die Anforderungen an die Datenqualität und die nach der EU-Verordnung neu zu liefernden Merkmale nicht erfüllt werden. Deshalb fand in Deutschland 2012 erstmals eine statistische Erhebung über die Aquakulturproduktion im Berichtsjahr 2011 statt.

#### **Aquakulturstatistik ersetzt Binnenfischereierhebung**

Die Binnenfischereierhebung wurde bisher als Nacherhebung der etwa alle 10 Jahre stattfindenden Landwirtschaftszählung durchgeführt (letztmalig 2004 als Nacherhebung der Landwirtschaftszählung 1999). Es wurden hier Ergebnisse zur Betriebsstruktur sowie zur Erzeugung bzw. zum Fang von Fischen in Betrieben mit Fischzucht, Fischhaltung sowie zur Fluss- und Seenfischerei ermittelt. Die Vergleichbarkeit beider Erhebungen ist jedoch nur eingeschränkt möglich, insbesondere weil

- in Aquakulturen die Wasserorganismen immer Eigentum des Betriebsinhabers sind,
- der Merkmalskatalog der Aquakulturstatistik deutlich über den der Binnenfischereierhebung hinausgeht,
- sich die erhobenen Anlagenarten unterscheiden,
- in der Binnenfischereierhebung nur ausgewählte Fischarten abgefragt wurden,
- in der Aquakulturstatistik neben Fischen und Krebstieren auch Weichtiere, Algen und andere aquatische Organismen erfasst werden,
- in der Binnenfischereierhebung nicht nach Gebiet (Binnenland oder Nord-/Ostsee) und Wasserart unterschieden wurde.

### Erhebungsmethodik, Merkmale

Die Aquakulturstatistik ist als jährliche Befragung mit Auskunftspflicht konzipiert. Dazu sind zwei getrennte dezentrale Erhebungen durchzuführen und folgende Merkmale zu erfassen:

1. Erzeugungs- und Strukturhebung (AQE):
  - a) jährlich:
    - █ Gewicht der erzeugten aquatischen Organismen nach biologischer Art und Aufzuchtform, Haltungsverfahren, geografischem Gebiet und Salzgehalt des Wassers,
    - █ Anteil der ökologisch produzierten Menge an der Gesamterzeugung,
    - █ Zahl oder Gewicht der jährlichen Zuführung zur Aquakultur auf der Grundlage von Fängen nach biologischer Art,
    - █ Zahl oder Gewicht von erzeugtem Laich und erzeugten Jungtieren in Brut- und Aufzuchtanlagen nach biologischer Art.
  - b) dreijährlich:
    - █ Haltungsverfahren für Fische, Krebstiere, Weichtiere und Algen nach Anlagengröße, geografischem Gebiet und Salzgehalt des Wassers,
    - █ Vermarktungswege für weiterverarbeitete und nicht weiterverarbeitete Erzeugnisse.
2. Preiserhebung in Aquakulturbetrieben (AQP):
  - █ repräsentative Nacherhebung zur Erzeugungs- und Strukturhebung bei maximal 500 Betrieben in Deutschland,
  - █ jährlich: Preise der Aquakulturerzeugnisse und der Zuführungen zur Aquakultur auf der Grundlage von Fängen nach biologischer Art, Aufzuchtform und Vermarktungswegen,
  - █ Durchführung als Stichprobenerhebung.

### Ermittlung der Grundgesamtheit

Zur Bestimmung der Grundgesamtheit gemäß Agrarstatistikgesetz § 68a wurde eine gesetzliche Bestimmung zum Fischseuchenrecht, die Fischseuchenverordnung (FischseuchV 2008) vom 24. November 2008, herangezogen. Diese schreibt die Registrierung bzw. Genehmigung für alle Betriebe vor, die Fische in Verkehr bringen. Das sind diejenigen Betriebe, die

1. in dem nach § 4 Absatz 2 Satz 2 oder § 6 Absatz 3 Satz 1 der Fischseuchenverordnung zu führenden Register erfasst sind,
2. eine Anzeige zur Registrierung nach § 6 Absatz 2 der Fischseuchenverordnung abgegeben haben oder
3. einen Antrag auf Genehmigung nach § 4 Absatz 1 der Fischseuchenverordnung gestellt haben; dieser Antrag darf nicht unanfechtbar abgelehnt worden sein.

1) EMSy: Erhebungsmanagement-System, Betreiber: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Eine 1:1-Übernahme der nach dieser Verordnung erfassten Betriebe zur Bestimmung der Erhebungsgesamtheit war jedoch aus verschiedenen Gründen nicht möglich:

- █ Es stellte sich heraus, dass der Adressbestand des Fischseuchenregisters den Anforderungen nicht genügte. Teilweise waren Erhebungseinheiten durch das Vorhandensein mehrerer Produktionsstätten mehrfach enthalten. Zudem waren die Adressen häufig postalisch nicht korrekt und damit für die Verarbeitung im EMSy<sup>1)</sup> nicht geeignet.
- █ Der Genehmigungs- und Registrierungspflicht gemäß Fischseuchenverordnung unterliegen auch Betriebe, die nicht zur Erhebungsgesamtheit der Aquakulturerhebung zählen. Dies sind zum Beispiel Betreiber von Angelteichen/Angelparks ohne eigene Aufzucht, Fischhändler, Spediteure oder Zierfischzüchter.
- █ Teilweise war die Datei nicht aktuell (Produktion war zwischenzeitlich eingestellt worden).

Da andererseits davon ausgegangen werden musste, dass noch nicht alle Einheiten in dem damals noch im Aufbau befindlichen im Register erfasst waren, wurde zur Adressergänzung die in Sachsen zuständige Fischereibehörde, die Landesanstalt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG), Referat Fischerei, kontaktiert. Auch hier war eine Adressdatei vorhanden, deren Notwendigkeit sich vornehmlich auf Grund von Antragsverfahren auf Fördermittel ergab. Mit Hilfe dieser Datei konnten Adressen ergänzt, korrigiert und aktualisiert werden.

### Rechtsgrundlagen

- █ Agrarstatistikgesetz (AgrStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2009 (BGBl. I S. 3886), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Dezember 2014 (BGBl. I S. 1975),
- █ Verordnung (EG) Nr. 762/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 788/96 des Rates (ABl. L 218 vom 13.8.2008, S. 1),
- █ Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

## Erläuterungen

### Teiche

Das sind verhältnismäßig seichte, stehende Gewässer, die zumeist künstlich angelegt sind. Die Bezeichnung kann sich aber auch auf natürliche Teiche oder Weiher beziehen. Ein möglicher Wasseraustausch beschränkt sich im Wesentlichen auf die Zeiträume zur Anlagenfüllung und auf den Abfischvorgang. Anzugeben war nur die reine Gewässerfläche; Dämme bei Teichen oder sonstige Uferflächen zählten nicht dazu.

### Becken und Fließkanäle einschließlich Forellenteiche

- Anlagen ohne Kreislaufführung, die vom Wasser kontinuierlich durchflossen werden (Durchflussanlagen),
- Anlagen mit einer Frischwasserzufuhr von mehr als 20 Prozent des für die Tierhaltung verwendeten Anlagenvolumens (Teilkreislaufanlagen).

### Kreislaufanlagen

Aquakulturanlagen mit Kreislaufführung und einer täglichen Frischwasserzufuhr von weniger als 20 Prozent des für die Tierhaltung verwendeten Anlagenvolumens.

### Netzgehege

Diese bestehen aus Netzen oder ähnlichen durchlässigen Materialien. Sie sind in freien Gewässern an einem an der Wasseroberfläche schwimmenden Trägersystem aufgehängt oder am Gewässerboden verankert, lassen aber in allen Fällen einen Wasseraustausch von unten zu.

### Gehege

Ein- oder Umzäunung größerer Areale in freien Gewässern durch Netze oder andere wasserundurchlässige Barrieren, die von der Wasseroberfläche bis zum Gewässerboden reichen. Abgegrenzt sind im Allgemeinen große Wassermengen, wie beispielsweise bei Absperrung eines Teils eines Sees oder von Meeresbuchten zur Nutzung für die Aquakultur.

### Ökologische Erzeugung

Betrieb ist gekennzeichnet nach den Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (ABl. L 189 vom 20.7.2007, S. 1).

### Erzeugungsmenge

Verkaufte Gesamtmenge der im Berichtsjahr der Aquakultur zugeführten (gekauften oder gefangenen) und in Aquakultur erzeugten Arten. Dabei ist für die erzeugte Menge das Endgewicht, nicht jedoch der Zuwachs ausschlaggebend. Für Fische, Weichtiere, Krebstiere und andere aquatische Organismen ist dabei das Lebendgewichtäquivalent des Produkts (inkl. Schalen bei Schalentieren) anzugeben, für Wasserpflanzen das Nassgewicht.

### Erhebungsdurchführung

Für die Jahre 2012 bis 2014 wurde die Erhebung als Totalerhebung ohne Abschneidegrenze durchgeführt. Ab dem Berichtsjahr 2015 ist vorgesehen, zur Entlastung der Auskunftspflichtigen Erfassungsgrenzen in Abhängigkeit von der Gewässerfläche und Anlagengröße einzuführen, wobei zu deren Festlegung die Antworten der zurückliegenden Erhebungen herangezogen werden.

Für die Entwicklung des Fragebogens wurde dieser im Rahmen eines Pre-Tests auf Korrektheit, Verständlichkeit und Funktionalität geprüft. Im Vorfeld der Erhebung führte das Statistische Bundesamt eine zentrale Schulung der Mitarbeiter durch. Hier wurden fachliche Hintergründe vermittelt und es erfolgte eine Einweisung in die Arbeit mit dem Plausibilisierungsprogramm. Die Datenerfassung, -verarbeitung und -plausibilisierung erfolgte mit dem ZPD<sup>2)</sup>-Verfahren AGRA2010<sup>3)</sup>, welches durch das Statistikamt Nord bereitgestellt wurde. Die Erhebungsdaten wurden entweder in Form einer aus den Online-Daten erzeugten Textdatei eingespielt oder durch die Bearbeiter manuell aus dem Erhebungsbogen in das Programm eingegeben. Mit Inkrafttreten des E-Government-Gesetzes am 1. August 2012 waren die Auskunftspflichtigen grundsätzlich zur Nutzung des Online-Meldeweges verpflichtet. Damit stieg der Anteil der auf diesem Weg eingegangenen Meldungen an der Gesamtzahl der Eingänge von 16 Prozent 2011 auf 86 Prozent 2014 an.

Wegen ihrer Komplexität durchlaufen die Daten ein Plausibilisierungsprogramm, welches mehr als 100 verschiedene Fehlerschlüssel umfasst. Die hierbei festgestellten Unplausibilitäten führten zu einer Vielzahl von Rückfragen bei den Auskunftspflichtigen. Nach Fehlerbereinigung und Abschluss der Plausibilitätskontrollen wurden die Ergebnistabellen im Fachbereich selbst erzeugt. Dazu waren das plausibilisierte Einzelmateriale in das ZPD-Verfahren AMT<sup>4)</sup> zu laden, Aggregate zu erstellen und hieraus Ergebnistabellen zu erzeugen. Nach Kennzeichnung geheim zu haltender Werte auf Landes-

2) ZPD: Zentrale IT-Produktion und Datenhaltung

3) AGRA2010: ZPD-Aufbereitungs- und Plausibilisierungsverfahren für Agrarstatistiken, Betreiber: Statistikamt Nord

4) AMT: AGRATAB-Management-Tool, ZPD-Verfahren zur Erstellung von Aggregaten und Tabellen und zur Koordinierung der Geheimhaltung, Betreiber: Landesamt für Statistik Niedersachsen

ebene wurden die Daten an das Statistische Bundesamt zur länderübergreifenden Koordination der Geheimhaltung und Erstellung des Bundesergebnisses geliefert.

### Ergebnisse

In den sächsischen Betrieben mit Aquakulturproduktion werden neben Fischen und in sehr geringem Umfang Krebsen keine weiteren Aqua-

kulturprodukte erzeugt. Deshalb beschränkt sich dieser Artikel nur auf die Erzeugung von Speisefischen.

### Sachsen 2014 deutschlandweit auf Rang 4

11,2 Prozent der in Aquakultur erzeugten Speisefischmenge kamen 2014 aus Sachsen. Unter den deutschen Bundesländern belegte der Freistaat mit einer Gesamterzeugungsmenge von 2 351 Tonnen Rang 4 hinter Bayern (6 359 Ton-

**Tab. 1 Erzeugung von Fischen in Aquakultur 2011 bis 2014 nach Bundesländern**  
(in Tonnen)

Bundesland Deutschland	Jahr			
	2011	2012	2013	2014
Baden-Württemberg	3 097	3 187	3 455	3 445
Bayern	4 730	6 012	6 359	6 238
Brandenburg	1 122	1 145	1 073	1 039
Hessen	578	709	691	601
Mecklenburg-Vorpommern	997	727	908	1 053
Niedersachsen	2 199	2 248	2 159	2 650
Nordrhein-Westfalen	1 510	1 347	1 447	1 520
Rheinland-Pfalz	367	307	298	376
Saarland	5	4	.	76
<b>Sachsen</b>	<b>2 333</b>	<b>2 419</b>	<b>2 480</b>	<b>2 351</b>
Sachsen-Anhalt	422	421	411	488
Schleswig-Holstein	179	178	.	262
Thüringen	732	890	908	838
<b>Deutschland</b>	<b>18 269</b>	<b>19 595</b>	<b>20 410</b>	<b>20 936</b>

**Tab. 2 Erzeugung von Fischen in Aquakultur<sup>1)</sup> in Sachsen 2011 bis 2014 nach Fischarten**  
(in Tonnen)

Fischart	Jahr			
	2011	2012	2013	2014
Bachforelle	.	0	1	.
Regenbogenforelle (ohne Lachsforelle)	216	156	166	153
Lachsforelle	9	15	.	11
Bachsaibling	3	5	.	11
Elsässer Saibling <sup>2)</sup>	.	.	3	2
Gemeiner Karpfen	1 760	1 873	1 877	1 776
Schleie	49	39	52	48
Zander	2	3	2	5
Hecht	19	16	16	18
Europäischer Aal	.	.	.	.
Europäischer Wels	22	16	10	8
Afrikanischer Raubwels	.	159	196	176
Sibirischer Stör <sup>2)</sup>	.	39	43	70
Sonstige Fische	180	96	100	73
<b>Fische insgesamt</b>	<b>2 333</b>	<b>2 419</b>	<b>2 480</b>	<b>2 351</b>

1) ohne Brut- und Aufzuchtanlagen

2) 2011 nicht separat erfasst

nen), Baden-Württemberg (3 455 Tonnen) und Niedersachsen (2 650 Tonnen). Während jedoch in Baden-Württemberg (98 Prozent), Bayern (57 Prozent) und Niedersachsen (55 Prozent) überwiegen Salmoniden (Lachsfische) produziert wurden, waren es in Sachsen hauptsächlich Karpfen (76 Prozent).

### Karpfen in Sachsen bedeutendste Fischart

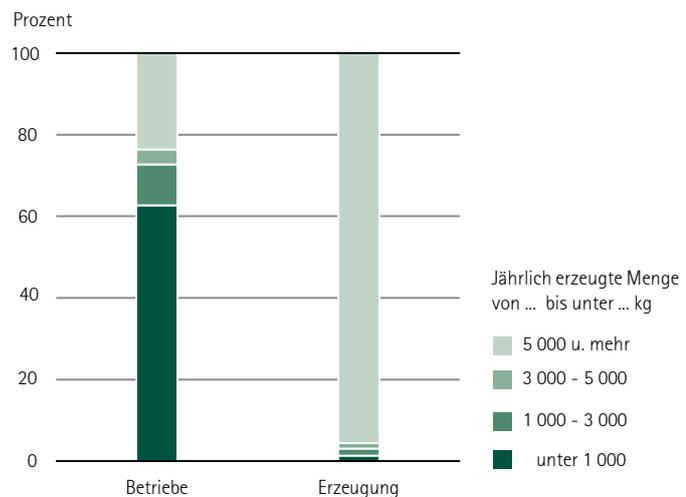
Karpfenartige Fische, die Cypriniden, machen den größten Teil der sächsischen Aquakulturproduktion aus. Hierzu zählen neben dem Gemeinen Karpfen beispielsweise Schleie, Karausche oder Weißfische wie Plötze oder Rotfeder. Dagegen spielen Salmoniden, also Lachsfische wie Forelle oder Saibling, in Sachsen im Vergleich zu den meisten anderen Bundesländern nur eine eher geringe Rolle. Salmoniden werden sowohl in Teichen (Kaltteiche mit erhöhtem Wasseraustausch) als auch in Netzgehegen, Becken oder Fließkanälen gehalten. Unter den Salmoniden besitzt die Regenbogenforelle wirtschaftlich die größte Bedeutung. 86 Prozent der in Sachsen erzeugten Salmoniden waren Regenbogenforellen. Neben diesen „etablierten“ Fischarten werden in Sachsen zunehmend auch eher „exotische“ Arten, beispielsweise Större, Buntbarsche (Tilapia) oder der Afrikanische Raubwels, produziert. Insbesondere letzterer konnte seine Bedeutung weiter ausbauen. Nach der Inbetriebnahme einer zweiten großen Kreislaufanlage im Jahr 2014 steht diese Fischart von der Produktionsmenge her in Sachsen noch vor der Regenbogenforelle an zweiter Stelle.

### Wenige Großbetriebe, hauptsächlich Teichwirtschaften

Die sächsische Aquakulturproduktion wird maßgeblich bestimmt durch einige wenige Großbetriebe, die den wesentlichen Anteil der Erzeugung erbringen. 2014 konnten 52 Betriebe, das sind weniger als ein Viertel aller erfassten Erhebungseinheiten, eine Jahresproduktion von fünf Tonnen oder mehr aufweisen. Die dabei erzeugte Speisefischmenge von 2 246 Tonnen machte 96 Prozent der sächsischen Aquakulturproduktion aus.

Da in Sachsen hauptsächlich Karpfen produziert werden, sind klassische Teichwirtschaften auch das bestimmende Erzeugungsverfahren. 2014 wurden hier 84 Prozent der gesamten Speisefischmenge Sachsens produziert. Im Gegensatz zur Produktion in technischen Anlagen ist die Fischerzeugung in Teichen stark von natürlichen und klimatischen Bedingungen wie Temperatur oder Niederschlagsmenge, abhängig. Dies kann im Jahresvergleich zu schwankenden Produktionsmengen führen.

**Abb. 1 Erzeugung von Fischen in Aquakultur in Sachsen 2014 nach Größenklassen der Erzeugungsmenge**

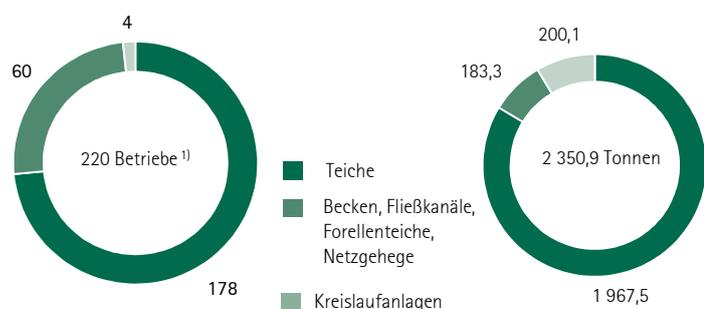


Neun Prozent der Fische wurden in Kreislaufanlagen sowie sieben Prozent in Becken, Fließkanälen, Forellenteichen oder in Netzgehegen produziert.

### Landkreise Bautzen und Görlitz mit größter Produktionsmenge

Mit 1 456 Tonnen kamen 2014 mehr als 60 Prozent der Speisefische aus den Landkreisen Bautzen und Görlitz. Hier erstreckt sich mit einer Fläche von mehr als 30 000 Hektar die Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft, die größte zusammenhängende Teichlandschaft Deutschlands. Die natürlichen Gegebenheiten bieten günstige Bedingungen vor allem für die Karpfenproduktion. Jedoch schränkt die Lage der Teiche im UNESCO-Biosphärenreservat die mögliche Intensität der Bewirtschaftung ein. Ein weiterer wichtiger Standort der Karpfenproduktion ist die Gegend um Wermsdorf und Torgau im Landkreis Nordsachsen. Zwar wurden hier insgesamt nur knapp halb so viele Speise-

**Abb. 2 Betriebe mit Erzeugung von Fischen in Aquakultur in Sachsen 2014 nach Haltungsformen**



1) Ein Betrieb kann mehrere verschiedene Haltungsformen anwenden.

fische produziert wie in den Landkreisen Bautzen und Görlitz, jedoch ist die durchschnittliche Produktionsmenge je Betrieb deutlich höher. Über eine große Zahl an Betrieben mit Aquakulturproduktion (2014: 33 Betriebe) verfügt auch der Landkreis Zwickau. Jedoch gibt es hier im Gegensatz zu den zuvor genannten Landkreisen vor allem Gewässer geringer Größe und Produktion.

**Direktvermarktung weit verbreitet, aber größte Menge geht an den Großhandel**

Fast drei Viertel der Aquakulturbetriebe nutzten 2014 die Direktvermarktung, um zumindest einen Teil ihrer Ware zu verkaufen (z. B. ab Teich, ab Hof, auf Wochenmärkten). Dabei wurden aber nur 18 Prozent der insgesamt vermarkteten Speisefischmenge abgesetzt. Der überwiegende Teil der Produktion (54 Prozent) ging an den Großhandel. Elf Prozent der Erzeugungsmenge wurden an „Sonstige“ (Gastronomie, Angelparks, andere Aquakulturbetriebe, weiterverarbeitende Betriebe) abgegeben und sieben Prozent an Einzelhändler. Zehn Prozent der Erzeugungsmenge sind im eigenen Betrieb weiterverarbeitet worden bzw. dienen der Deckung des Eigenbedarfes.

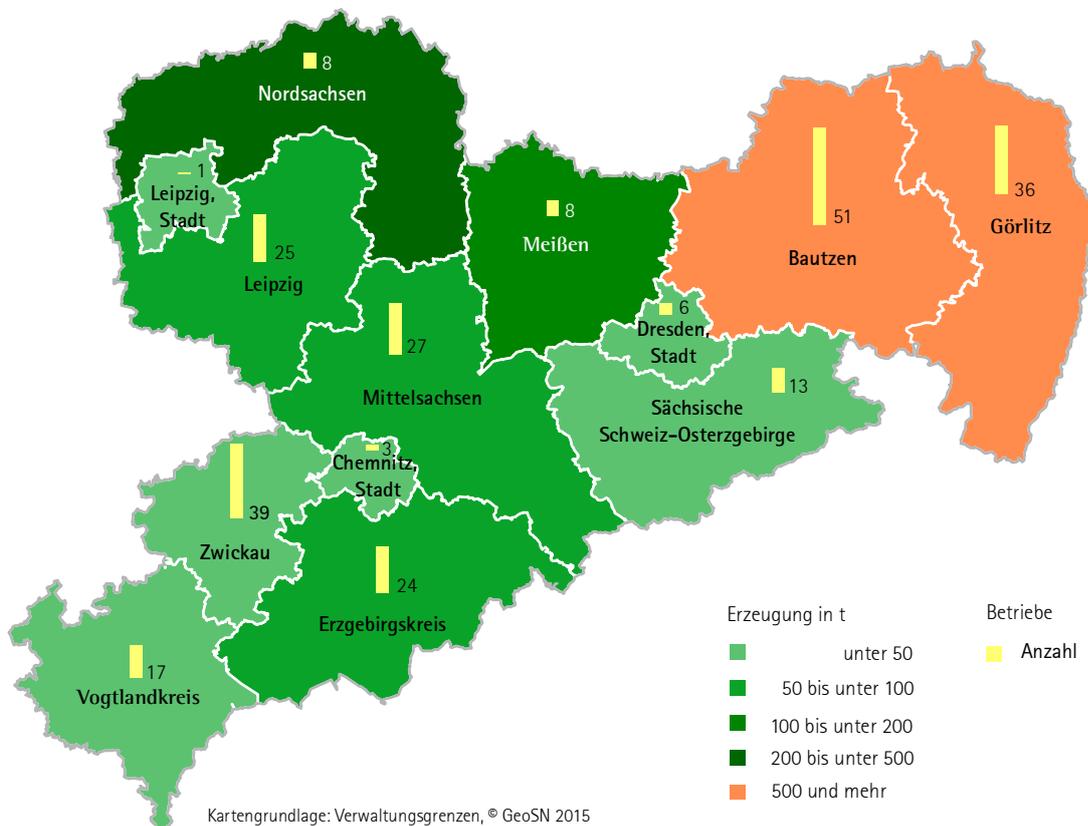
**Schäden und Fressfeinde**

Ergänzend zu den eigentlichen Erhebungsmerkmalen gaben rund zehn Prozent der Betriebe Bemerkungen über z. T. große Schäden und erhebliche Verluste an. Bei den s. g. Fressfeinden wurden neben Kormoran, Reiher und Fischotter auch zunehmend Mink (Amerikanischer Nerz) und Waschbär genannt. Außerdem kam es teilweise zu Überflutungsschäden durch Hochwasser, aber andererseits auch zu Ausfällen wegen Wassermangels. Die Schädigungen führten in einigen Fällen zu Totalverlusten.

**Preiserhebung in Aquakulturbetrieben**

Neben der Erhebung über die Erzeugung in Aquakulturbetrieben wurde in Sachsen bei einer Stichprobe von rund 50 Betrieben die Erhebung zu den Preisen für Aquakulturprodukte durchgeführt. Ziel dieser Erhebung ist die Gewinnung umfassender, aktueller, wirklichkeitsgetreuer und zuverlässiger statistischer Informationen über die Wertschöpfung in Aquakulturbetrieben. Mit den Ergebnissen sollen insbesondere die statistischen Anforderungen der Europäischen Union abgedeckt werden. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht eine Internettabelle zu den Preisen der wichtigsten

**Abb. 3 Betriebe mit Erzeugung von Fischen in Aquakultur in Sachsen 2014 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**  
Gebietsstand: 1. Januar 2015



Aquakulturprodukte für Deutschland, eine Veröffentlichung von Landesergebnissen ist nicht vorgesehen.

### Fazit

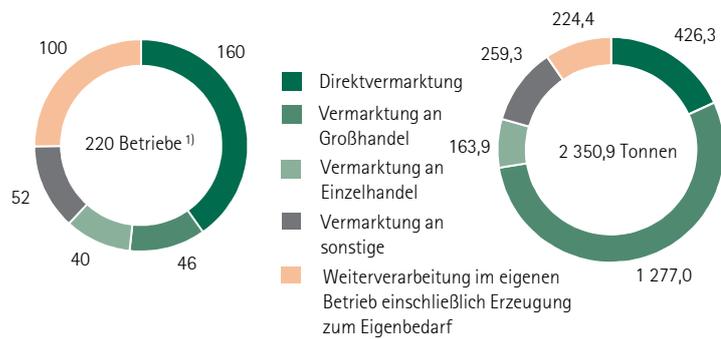
Mit dem weiteren Wachstum der Weltbevölkerung wird der Bedarf an Fischerzeugnissen auch in Zukunft steigen. Da die Weltmeere jedoch bereits heute in vielen Regionen überfischt sind, kommt der Aquakultur eine immer größere Bedeutung zu. Deshalb bildet die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen und umweltschonenden Aquakultur einen wichtigen Schwerpunkt in der gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union.

Die 2012 erstmals durchgeführte Aquakulturstatistik setzt die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 762/2008 um und stellt aktuelle und verlässliche statistische Informationen über die Erzeugung in Aquakulturbetrieben sowie über deren Struktur bereit. Die Erhebung wurde bisher jährlich als Totalerhebung ohne Abschneidegrenzen durchgeführt. Für künftige Erhebungen ist die Einführung einer Erfassungsgrenze geplant, um kleine Betriebe möglichst von der Auskunftspflicht zu befreien.

Die Ergebnisse zeigen, dass Sachsen neben Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen zu den wichtigsten Fischerzeugern Deutschlands zählt. Wichtige Standorte der Speisefischproduktion in Sachsen sind die Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft sowie die Gegend um Wermisdorf und Torgau. Traditionell dominiert der in den sächsischen Teichwirtschaften gehaltene Gemeiner Karpfen. Aber auch in technischen Anlagen produzierte Arten wie der Afrikanische Raubwels oder Tilapia-Buntbarsche gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Die Beobachtung der weiteren Entwicklung des Wirtschaftszweiges Aquakultur ist eine Herausforderung für die amtliche Agrarstatistik. Interessant ist insbesondere die Frage, wie sich die traditionellen Produktionsmethoden, die neben der Erzeugung von Speisefischen auch einen bedeutenden Beitrag zum Erhalt der Naturvielfalt leisten, im Vergleich zu den neuen Verfahren entwickeln werden.

**Abb. 4 Betriebe mit Erzeugung von Fischen in Aquakultur in Sachsen 2014 nach Vermarktungswegen Anzahl bzw. Tonnen**



1) Ein Betrieb kann mehrere verschiedene Vermarktungswege nutzen.

**Tab. 3 Erzeugung von Fischen in Aquakultur 2014 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen (in Tonnen)**

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Betriebe	Erzeugung insgesamt	Darunter	
			Gemeiner Karpfen	Regenbogenforelle <sup>1)</sup>
			kg	
Chemnitz, Stadt	3	.	.	.
Erzgebirgskreis	23	76 879	2 587	61 682
Mittelsachsen	17	76 755	43 461	.
Vogtlandkreis	14	25 957	24 925	.
Zwickau	33	37 340	30 642	5 870
Dresden, Stadt	6	.	.	877
Bautzen	43	697 534	528 267	6 580
Görlitz	31	758 835	662 448	1 315
Meißen	8	156 390	152 360	.
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	11	34 041	6 003	21 475
Leipzig, Stadt	1	.	.	.
Leipzig	22	83 528	65 057	.
Nordsachsen	8	334 934	.	.
<b>Sachsen</b>	<b>220</b>	<b>2 350 924</b>	<b>1 776 113</b>	<b>152 698</b>

1) ohne Lachsforelle

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Erhebung über die Erzeugung in Aquakulturbetrieben 2011 und Preiserhebung in Aquakulturbetrieben 2011 – Anleitung – Statistisches Bundesamt
- [2] Zur Geschichte der Fischerei in Sachsen: Sächsischer Landesfischereiverband e.V. [http://www.saechsischer-fischereiverband.de/index.php?article\\_id=17](http://www.saechsischer-fischereiverband.de/index.php?article_id=17)

# Schätzung der Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030

Die vielfältigen Auswirkungen des demografischen Wandels und der damit verbundenen Alterung der Gesellschaft sind immer wieder in aller Munde. Besonders interessant erscheint die Entwicklung der Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen. Im Rahmen einer Zusammenarbeit des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen mit der TU Dresden wurden die Beschäftigungspotenziale im Bereich der ambulanten und stationären Einrichtungen vorausberechnet.

Julia Okon ist Studentin der Soziologie an der TU Dresden. Im April/Mai 2015 war Sie Praktikantin im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen.

## Vorbemerkungen

Im Rahmen eines Projektes des Statistischen Landesamtes mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der Technischen Universität Dresden, welches 2011 startete, wurden Schätzungen der Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen für die Jahre 2020, 2025 und 2030 vorgenommen.

Ziel des Projektes war es zu ermitteln, inwieweit der demografische Wandel in den nächsten Jahren eine verstärkte Inanspruchnahme der Einrichtungen des Gesundheitswesens zur Folge haben wird, welche einen erhöhten Bedarf an Personal nach sich ziehen wird. Entsprechend sollte der Bedarf an Personal in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens in Sachsen ermittelt werden. Die Einzelheiten zu Projektaufbau und -organisation wurden an anderer Stelle bereits veröffentlicht. [1]

Das Gesundheitswesen wird in verschiedenen Zusammenhängen und Rechenwerken unterschiedlich abgegrenzt und gegliedert. Im Rahmen dieses Projektes wurden die ambulanten und stationären Einrichtungen zur Gesundheitsversorgung betrachtet. Das sind im stationären Bereich die Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und die Einrichtungen der stationären Pflege.<sup>1)</sup> Der Bereich der ambulanten Einrichtungen wiederum

umfasst Arztpraxen, Apotheken, Zahnarztpraxen, Praxen sonstiger medizinischer Berufe, Einrichtungen des Einzelhandels, wie Augenoptiker, Hörgeräteakustiker, Orthopädieschuhtechniker usw., die ambulante Pflege und sonstige ambulante Einrichtungen, darunter Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen und Hospizdienste. Diese verschiedenen Bereiche wurden bei der Realisierung des Projektes betrachtet. Für die stationäre medizinische Betreuung in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- oder Rehabilitationsreinrichtungen wurden die Beschäftigungspotenziale im Rahmen von Diplomarbeiten bereits ermittelt (vgl. [2] und [3]).

Für den Bereich der ambulanten und stationären Pflege erfolgten die methodischen Vorarbeiten ebenfalls im Rahmen einer Diplomarbeit, die vor Beginn des hier beschriebenen Projektes im Jahre 2009 angefertigt und 2010 verteidigt wurde. [4] Entsprechend sind diese Ergebnisse nicht mehr aktuell und mit den später ermittelten für andere Bereiche des Gesundheitswesens nicht vergleichbar. Aus diesem Grund erfolgte für den Pflegebereich eine Aktualisierung, deren Ergebnisse in diesem Beitrag vorgestellt werden.

Für die ambulante medizinische Betreuung liegen nur wenige Informationen im Rahmen der amtlichen Statistik vor. Deshalb erfolgte dafür

1) Der Bereich der teilstationären Behandlung wird hier im Rahmen der stationären Behandlung betrachtet und in der Regel nicht explizit erwähnt.

eine Schätzung anhand der Gesundheitspersonalrechnung. Die Ergebnisse werden hier ebenfalls vorgestellt.

Auf der Grundlage der nun für alle betrachteten Bereiche des Gesundheitswesens vorliegenden Berechnungen erfolgte in diesem Beitrag eine zusammenfassende Betrachtung der zukünftigen Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen. Dabei liegt der Fokus auf dem Bereich der stationären und ambulanten Pflege, da dies einerseits das Hauptthema des Praktikums der Autorin im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen war, andererseits im Pflegebereich die wesentlichen zukünftigen Beschäftigungspotenziale des Gesundheitswesens angesiedelt sind.

### Methodik

Die Ermittlung der Erwerbspotenziale in den oben genannten Bereichen des sächsischen Gesundheitswesens basiert auf der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen [5], den Ergebnissen der Krankenhausstatistik [6], der Pflegestatistik [7] und den Ergebnissen aus der Gesundheitspersonalrechnung. [8] Die Bevölkerungsprognose für die Jahre 2020, 2025 und 2030 liefert Informationen über die Entwicklung der Bevölkerung in Sachsen, untergliedert nach Altersjahren und Geschlecht. Die zwei Varianten der Bevölkerungsprognose V1 und V2 markieren die Grenzen eines Korridors, in welchem sich die zu erwartende Bevölkerungszahl voraussichtlich bewegen wird.<sup>2)</sup>

Auf der Basis dieser Angaben und der heutigen Situation der Inanspruchnahme der Dienst-

leistungen des Gesundheitswesens wird der zukünftige Bedarf an diesen Dienstleistungen berechnet und daraus der dafür erforderliche Bedarf an Beschäftigten in den hier betrachteten Einrichtungen des Gesundheitswesens abgeleitet. Unter Beschäftigten werden Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden.

Für die stationäre medizinische Betreuung in den Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen basieren die Informationen für die Berechnungen auf der Krankenhausstatistik und wurden an anderer Stelle bereits dargestellt.<sup>3)</sup>

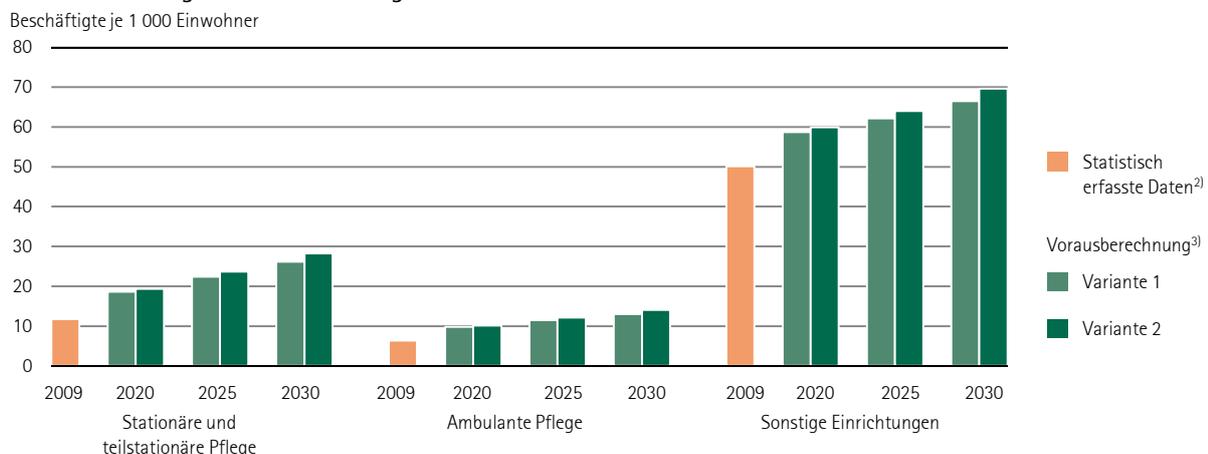
Informationen für den Bereich der ambulanten und stationären Betreuung durch Pflegeeinrichtungen liefert die Pflegestatistik. Diese Statistik, die die Anzahl der Pflegebedürftigen nach ambulantem und stationärem Bereich, nach Geschlecht und Altersjahren beinhaltet, wird in zweijährigem Turnus durchgeführt.

Die hier zur Erhebung der Beschäftigungspotenziale im Pflegebereich verwandten Berechnungen basieren, wie auch für die anderen betrachteten Bereiche des Gesundheitswesens, auf dem Status-Quo-Ansatz.<sup>4)</sup> Diesem Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass im Zeitverlauf bis 2030 konstante alters- und geschlechtsspezifische Pflegewahrscheinlichkeiten eintreten werden. Zur Ermittlung der relativen Pflegebedürftigkeit, auch Pflegewahrscheinlichkeit genannt, dienen die Pflegestatistik aus dem Jahr 2009 und die Bevölkerungszahlen zum 31. Dezember 2009.<sup>5)</sup>

Im Folgenden wurden die ermittelten Pflegewahrscheinlichkeiten auf die Ergebnisse der Be-

- 2) Für die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen wurden zwei Annahmen-Szenarien - Variante 1 (V 1) und Variante 2 (V 2) - entwickelt, welche sich hinsichtlich der zusammengefassten Geburtenziffer, dem Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt sowie dem Wanderungssaldo unterscheiden. Das Landesergebnis für Sachsen aus der Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2010 wurde als eine eigenständige Variante übernommen und regionalisiert (Basis: Variante V1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung). Der zweiten Variante liegen überwiegend landesspezifische Annahmen zugrunde. Es werden Unterschiede für den zeitlichen Verlauf und die Intensität der Veränderung der jeweiligen Parameter abgebildet.
- 3) Neben den bereits erwähnten Diplomarbeiten (vgl. [2] und [3]) wurde auch je eine zusammenfassende Darstellung publiziert (vgl. [9] und [10]).
- 4) Für weitere Informationen zur allgemeinen Methodik des Projektes vgl. [1].
- 5) Dieses Basisjahr wurde gewählt, da die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen auf den Bevölkerungsdaten für 2009 aufsetzt.

**Abb. 1 Beschäftigte je 1 000 Einwohner im erwerbsfähigen Alter<sup>1)</sup> in Sachsen 2009, 2020, 2025 und 2030 nach ausgewählten Einrichtungen des Gesundheitswesens**



1) 15 bis unter 65 Jahre

2) Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Registerdaten vom 3.10.1990

3) Die Vorausberechnung der Beschäftigtenzahlen ausgewählter Einrichtungsarten des Gesundheitswesens basiert auf den zwei Varianten der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose. Diese markieren die Grenzen für einen Korridor, in dem sich die zu erwartenden Beschäftigtenzahlen voraussichtlich bewegen werden.

Tab.1 Beschäftigungspotenziale in ausgewählten Bereichen des sächsischen Gesundheitswesens 2020, 2025 und 2030

Art der Einrichtung	Beschäftigte <sup>1) 2)</sup>						
	Basisjahr 2009	Variante 1			Variante 2		
		2020	2025	2030	2020	2025	2030
<b>Insgesamt</b>							
<b>Insgesamt</b>	<b>182 464</b>	<b>203 445</b>	<b>209 977</b>	<b>213 537</b>	<b>202 270</b>	<b>208 056</b>	<b>210 839</b>
Stationäre und teilstationäre Pflege	31 302	43 559	49 003	52 832	43 833	49 307	53 206
Ambulante Pflege	17 048	22 871	25 126	26 302	22 975	25 246	26 451
Sonstige Einrichtungen	134 114	137 015	135 848	134 403	135 461	133 503	131 181
davon							
Krankenhäuser	46 831	47 876	47 500	47 004	47 323	46 670	45 870
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	6 048	6 090	5 952	5 863	6 051	5 877	5 742
Arztpraxen	27 508	28 122	27 901	27 610	27 797	27 414	26 944
Zahnarztpraxen	15 577	15 925	15 800	15 635	15 741	15 524	15 258
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	20 845	21 310	21 143	20 922	21 064	20 773	20 417
Apotheken	10 832	11 074	10 987	10 872	10 946	10 795	10 610
Einzelhandel	4 505	4 606	4 570	4 522	4 553	4 490	4 413
sonstige ambulante Einrichtungen	1 968	2 011	1 996	1 975	1 988	1 961	1 927
<b>zusätzlich benötigte Beschäftigte im Vergleich zu 2009</b>							
<b>Stationäre und teilstationäre Pflege</b>	<b>-</b>	<b>12 257</b>	<b>17 701</b>	<b>21 530</b>	<b>12 531</b>	<b>18 005</b>	<b>21 904</b>
<b>Ambulante Pflege</b>	<b>-</b>	<b>5 823</b>	<b>8 078</b>	<b>9 254</b>	<b>5 927</b>	<b>8 198</b>	<b>9 403</b>
<b>Sonstige Einrichtungen</b>	<b>-</b>	<b>2 901</b>	<b>1 734</b>	<b>288</b>	<b>1 347</b>	<b>-611</b>	<b>-2 933</b>
davon							
Krankenhäuser	-	1 045	669	173	492	-161	-961
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	-	42	-96	-185	3	-171	-306
Arztpraxen	-	614	393	102	289	-94	-564
Zahnarztpraxen	-	348	222	58	163	-54	-320
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	-	465	298	77	219	-72	-428
Apotheken	-	242	155	40	114	-37	-222
Einzelhandel	-	101	64	17	47	-15	-92
sonstige ambulante Einrichtungen	-	44	28	7	21	-7	-40

1) Die Vorausberechnung der Beschäftigtenzahlen bzw. Vollzeitäquivalente ausgewählter Einrichtungsarten des Gesundheitswesens basiert auf den zwei Varianten der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose. Diese markieren die Grenzen für einen Korridor, in dem sich die zu erwartenden Beschäftigtenzahlen voraussichtlich bewegen werden.

2) Unter Beschäftigten werden Beschäftigungsverhältnisse verstanden, sodass Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen auch mehrfach gezählt werden.

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

völkerungsprognose für 2020, 2025 und 2030 angewandt und somit die zukünftig entstehenden Beschäftigungspotenziale ermittelt. Entsprechend der berechneten Beschäftigungspotenziale wurden auch die Vollzeitäquivalente kalkuliert.<sup>6)</sup> Sie ermöglichen eine bessere Sichtbarkeit des tatsächlich benötigten Personals in der Pflege. Die Vorausberechnung der Beschäftigungspotenziale der weiteren ambulanten Einrichtungen außerhalb der Pflege erfolgte nach einem anderen Ansatz, da Informationen zur Inanspruchnahme der ambulanten medizinischen Einrichtungen nicht in dem Maße verfügbar sind, wie für den stationären Bereich. Es wurde deshalb angenom-

men, dass die zukünftige Entwicklung der Inanspruchnahme der Kapazitäten im ambulanten Bereich sich nicht von der zukünftigen Entwicklung im stationären Bereich, hier speziell bei der stationären medizinischen Betreuung in Krankenhäusern, unterscheidet. Entsprechend wurden die errechneten relativen Beschäftigungszuwächse bzw. -rückgänge für das Personal insgesamt in den Krankenhäusern auf den ambulanten Bereich übertragen. Grundlage hierfür waren die Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung 2012. [11] Die dort ermittelten Angaben zu den Beschäftigten wurden anhand dieser Veränderungsdaten für den ambulanten Bereich hochgerechnet.

6) Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an.

7) Die Schätzwerte für Beschäftigte, Pflegebedürftige und Patienten wurden im Text auf volle Hundert gerundet. In Tabelle 1 sind die exakten Rechenergebnisse angegeben. Die Berechnungen von relativen Veränderungen und Anteilswerten setzen auf den exakten Werten auf.

Noch: Tab.1 Beschäftigungspotenziale in ausgewählten Bereichen des sächsischen Gesundheitswesens 2020, 2025 und 2030

Art der Einrichtung	Vollzeitäquivalente <sup>3)</sup>						
	Basisjahr 2009	Variante 1			Variante 2		
		2020	2025	2030	2020	2025	2030
Insgesamt							
<b>Insgesamt</b>	152 435	168 745	173 617	176 191	167 697	171 923	173 818
Stationäre und teilstationäre Pflege	23 780	33 091	37 227	40 136	33 300	37 458	40 421
Ambulante Pflege	13 183	17 687	19 430	20 340	17 767	19 523	20 455
Sonstige Einrichtungen	115 472	117 967	116 960	115 715	116 630	114 942	112 942
davon							
Krankenhäuser	40 267	41 166	40 842	40 416	40 690	40 129	39 441
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	5 355	5 392	5 270	5 190	5 357	5 203	5 084
Arztpraxen	23 653	24 181	23 991	23 740	23 901	23 572	23 168
Zahnarztpraxen	13 394	13 693	13 585	13 443	13 534	13 348	13 119
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	17 923	18 324	18 179	17 990	18 112	17 862	17 556
Apotheken	9 314	9 522	9 447	9 348	9 412	9 282	9 123
Einzelhandel	3 874	3 960	3 929	3 888	3 915	3 861	3 794
sonstige ambulante Einrichtungen	1 692	1 730	1 716	1 698	1 710	1 686	1 657
zusätzlich benötigte Vollkräfte im Vergleich zu 2009							
<b>Stationäre und teilstationäre Pflege</b>	-	9 311	13 447	16 356	9 520	13 678	16 641
<b>Ambulante Pflege</b>	-	4 503	6 247	7 156	4 584	6 340	7 272
<b>Sonstige Einrichtungen</b>	-	2 496	1 488	243	1 158	-530	-2 529
davon							
Krankenhäuser	-	899	575	149	423	-138	-826
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	-	37	-85	-164	2	-152	-271
Arztpraxen	-	528	338	88	248	-81	-485
Zahnarztpraxen	-	299	191	50	141	-46	-275
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	-	400	256	66	188	-62	-368
Apotheken	-	208	133	34	98	-32	-191
Einzelhandel	-	86	55	14	41	-13	-79
sonstige ambulante Einrichtungen	-	38	24	6	18	-6	-35

3) Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an.

Anmerkung: Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen

### Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030

Im Jahr 2009 waren 182 464 Beschäftigte in den betrachteten Bereichen des sächsischen Gesundheitswesens tätig. 2030 werden es zwischen 210 800 (V2) und 213 500 (V1) Berufstätige sein.<sup>7)</sup> Das entspricht einem Anstieg von 15,6 Prozent (V2) bzw. 17,0 Prozent (V1) im Vergleich zu 2009. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren an den Beschäftigten im sächsischen Gesundheitswesen lag 2009 bei 6,8 Prozent. 2030 wird dieser Anteil auf eine Größenordnung zwischen 10,6 Prozent und 11,2 Prozent gestiegen sein.<sup>8)</sup>

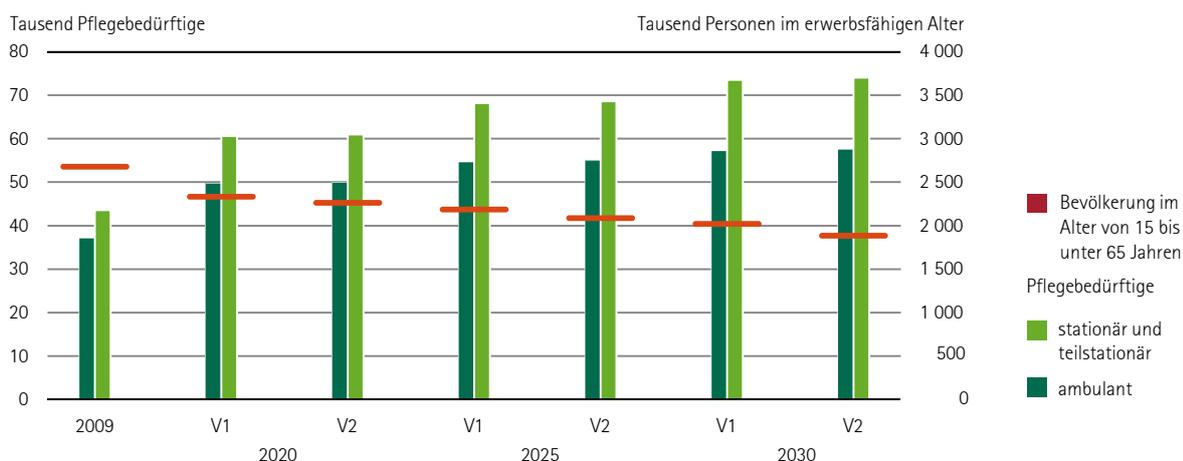
Diese Entwicklung bezieht sich auf das Gesundheitswesen insgesamt. Im Folgenden wird darauf eingegangen, in welchen Bereichen des Gesundheitswesens sich diese Beschäftigungspotenziale hauptsächlich ergeben.

#### Wachsende Beschäftigungspotenziale im Pflegebereich Sachsens bis 2030

Besonders auffällig sind die Entwicklungen des benötigten Personals im Bereich der Pflege. Dieser Bereich ist in einen ambulanten und stationären Bereich untergliedert. Die **ambulante Pflege** beinhaltet ambulante Pflegedienste als selbstständig wirtschaftende Einrichtungen,

8) Diese und folgende Angaben von einem unteren und einem oberen Wert sind das Ergebnis der Berechnungen unter Nutzung der beiden Varianten der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen. Es ist davon auszugehen, dass der zukünftige Wert jeweils innerhalb der angegebenen Intervalle liegt. Bezieht sich die Angabe der Intervallwerte nicht auf Beschäftigungspotenziale, wird aus Gründen der Übersichtlichkeit teilweise auf die Nennung beider Werte verzichtet und der Mittelwert angegeben.

**Abb. 2 Pflegebedürftige in ambulanten sowie stationären und teilstationären Einrichtungen des sächsischen Gesundheitswesens sowie Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter<sup>1)</sup> 2009<sup>2)</sup>, 2020, 2025 und 2030**



1) 15 bis unter 65 Jahre

2) Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Registerdaten vom 3.10.1990

die unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegefachkraft Pflegebedürftige in deren Wohnung pflegen und hauswirtschaftlich versorgen (vgl. [12]). Die **stationäre Pflege** beinhaltet alle Pflegeeinrichtungen, in denen Pflegebedürftige unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegefachkraft gepflegt und verpflegt werden und ganztätig untergebracht sind. Hier ist auch die teilstationäre Pflege integriert, welche alle stationären Pflegeeinrichtungen mit zeitlich begrenzter Zuwendung umfasst. [12, S. 81ff.]

Im Jahr 2009 waren in Sachsen 80 651 Personen pflegebedürftig. Infolge des demografischen Wandels und der damit verbundenen Alterung der Bevölkerung wird die Anzahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um gut 60 Prozent ansteigen. Voraussichtlich werden 2030 rund 131 000 Personen einer ambulanten oder stationären Pflege bedürfen. 2009 kamen auf 1 000 Einwohner<sup>9)</sup> noch 19 Pflegebedürftige, 2030 werden es zwischen 36 und 38 je 1 000 Einwohner sein. Um die Versorgung der steigenden Anzahl Pflegebedürftiger sicher zu stellen, werden demnach mehr Pflegekräfte in den Folgejahren benötigt.

In der ambulanten Pflege kamen 2009 auf eine Pflegekraft 2,2 Pflegebedürftige, während in der stationären Pflege nur 1,4 Personen durch eine Pflegekraft versorgt wurden. Dieser Unterschied von fast einer Person weniger ist mit der arbeitsintensiveren Betreuung im stationären Bereich zu begründen und erfordert im Folgenden eine methodisch getrennte Betrachtung der beiden Bereiche.

Im Jahr 2009 wurden 37 087 Personen von **ambulanten** Pflegediensten versorgt und betreut.

Dabei kamen 17 048 Beschäftigte zum Einsatz. Im Jahr 2020 werden es laut Berechnungen nach Prognosevariante 1 reichlich 5 800 Beschäftigte mehr sein. Diese Tendenz setzt sich auch für die Jahre 2025 mit rund 8 100 und 2030 mit rund 9 300 mehr Pflegebeschäftigten fort. Die Berechnungen für Variante 2 liefern Werte, die jeweils um rund 100 Beschäftigte höher liegen. Bis 2030 ist mit einem Anstieg der benötigten Beschäftigten in der ambulanten Pflege Sachsens zwischen 54,3 Prozent (V1) und 55,2 Prozent (V2) zu rechnen. Waren 2009 noch 6 von 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter in der ambulanten Pflege tätig, so wird sich die Anzahl 2030 auf 13 bis 14 Pflegebeschäftigte je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) erhöhen. Damit wird sich der Anteil der in der ambulanten Pflege Beschäftigten an allen Personen im erwerbsfähigen Alter mehr als verdoppeln.

Im Bereich der **stationären** Pflege sind ähnliche Trends erkennbar. Im Basisjahr 2009 wurden 43 564 Pflegebedürftige von 31 302 Beschäftigten in der stationären Pflege versorgt. Somit kamen auf einen Pflegebedürftigen 0,72 Pflegekräfte.

Unter der Annahme, dass sich die Pflegequote bis 2030 nicht ändert, wurde für 2030 eine Anzahl von rund 73 800 Pflegebedürftigen ermittelt. Demnach steigt die Zahl der Personen bis 2030, welche stationärer Pflege bedürfen, um knapp 70 Prozent an. Dies hat zur Folge, dass bis dahin zwischen 52 800 und 53 200 Beschäftigte in diesem Bereich tätig sein werden. Damit wird sich bis 2030 das Beschäftigungspotenzial im Bereich der stationären Pflege auf einen Wert zwischen rund 21 500 und 21 900 Be-

9) Dieser und die folgenden Angaben zur Bevölkerung beziehen sich auf folgende Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Registerdaten vom 3.10.1990.

**Abb. 3 Beschäftigte im sächsischen Gesundheitswesen 2009, 2020, 2025 und 2030 nach ausgewählten Einrichtungsarten**



schäftigten erhöhen. 2009 waren 12 von 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter im erwerbsfähigen Alter von 15 von unter 65 Jahren auf diesem Gebiet tätig, 2030 werden es zwischen 26 und 28 Personen sein.

Der gesamte Bereich der Pflege wird folglich einem Wandel unterliegen. Ein besonders wichtiger Aspekt ist die Erhöhung der Pflegekapazitäten auf einer räumlichen aber auch auf der personellen Ebene. Es wird eine gesellschaftliche und politische Aufgabe sein, die Berufe im Bereich der Pflege attraktiver zu gestalten, um ausreichend Personal für den entstehenden Pflegekräftebedarf gewinnen zu können.

#### Kaum Veränderungen in den anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens

Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigungspotenziale in den anderen hier betrachteten Bereichen des sächsischen Gesundheitswesens - ohne die Pflege, so zeigen die Berechnungen, dass hier keine gravierenden Veränderungen eintreten werden.

In den anderen hier betrachteten ambulanten und stationären Einrichtungen waren 2009 insgesamt 134 114 Personen tätig. Bis 2020 wurden für diese Bereiche zwischen 1 300 (V2) und 2 900 (V1) zusätzliche Beschäftigte ermittelt. Das ist ein Anstieg zwischen 1,0 Prozent (V2) und 2,2 Prozent (V1).

Die Berechnungen für 2030 ergeben einen Intervall von 2 900 Beschäftigten weniger (V2) bis 300 Beschäftigten mehr (V1), so dass es keine wesentlichen Änderungen der Zahl der Beschäftigten in diesen Bereichen des Gesundheitswesens - ohne die Pflege - zum Basisjahr geben wird. 2009 waren 50 von 1 000 Personen

im erwerbsfähigen Alter in den ambulanten und stationären Einrichtungen ohne Pflege tätig, 2030 werden es zwischen 66 und 70 von 1 000 Beschäftigten sein. Die Zunahme dieses Indikators ergibt sich damit im Wesentlichen aus der sinkenden Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter.

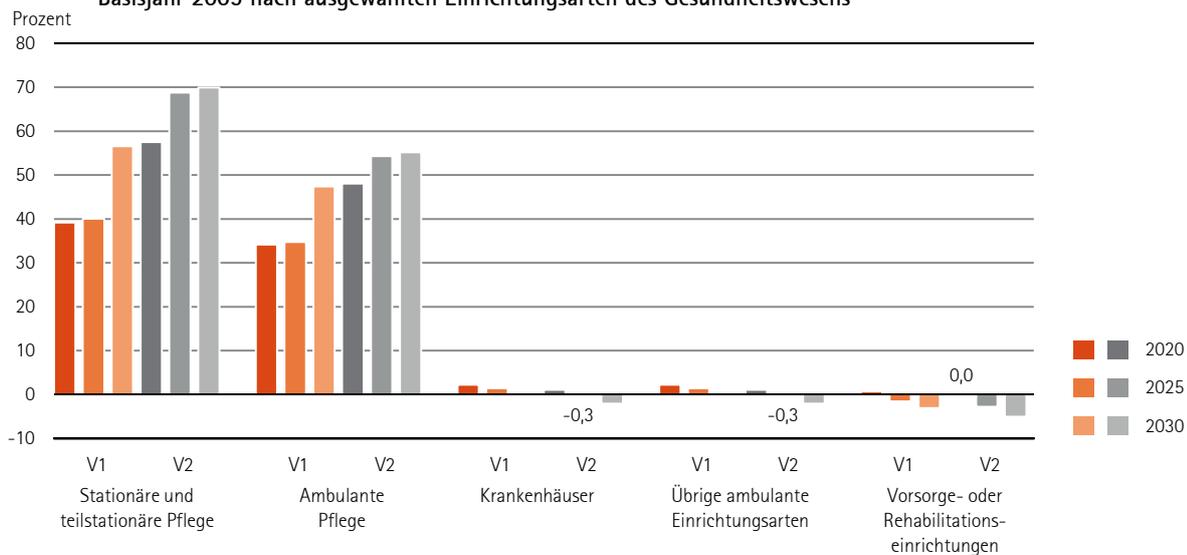
Betrachtet man den ambulanten und stationären Bereich bei diesen sonstigen Einrichtungen (d.h. ohne Pflegeeinrichtungen) separat, zeigt sich, dass die Tendenzen hier ähnlich sind.

2009 waren im Bereich der **ambulanten Einrichtungen** 81 235 Beschäftigte tätig, für 2030 werden Zahlen zwischen 79 600 (V2) und 81 500 Beschäftigten (V1) prognostiziert. Langfristig werden die Beschäftigtenzahlen demnach auf einem ähnlichen Niveau bleiben oder geringfügig fallen. Bis 2020 wird aber zwischenzeitlich mit einem gewissen Anstieg des benötigten Personals zu rechnen sein. So ergaben die Vorausberechnungen für 2020 ein zusätzliches Beschäftigungspotenzial für den ambulanten Bereich der medizinischen Versorgung ohne die Pflege zwischen 900 (V2) und 1 800 Beschäftigten (V1).

Zu den **stationären Einrichtungen** zählen die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und die Krankenhäuser. 2009 wurden in diesem Bereich 52 879 Beschäftigte festgestellt. Für 2030 werden zwischen 51 600 (V2) und 52 900 Beschäftigte (V1) prognostiziert. Insgesamt ist hier ein leichter Rückgang zwischen 0,02 Prozent und 2,4 Prozent zu erwarten. Analog zum ambulanten Bereich ist auch hier bis 2020 noch mit einem leichten Zuwachs des benötigten Personals zu rechnen, der kaum höher als 1 000 Beschäftigte sein wird. Die Berechnungen erga-

#### Beschäftigtenzuwachs in der ambulanten und stationären Pflege, kaum Änderungen in den anderen Bereichen des sächsischen Gesundheitswesens

**Abb. 4** Veränderung der Beschäftigtenzahl im Gesundheitswesen 2020, 2025 und 2030 im Vergleich zum Basisjahr 2009 nach ausgewählten Einrichtungsarten des Gesundheitswesens



Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:



ben hier ein Intervall von 500 bis 1100 Beschäftigten.

Parallel zu den hier ausgeführten Betrachtungen für Beschäftigte erfolgten die Berechnungen auch für Vollzeitäquivalente. Damit wird dem Fakt Rechnung getragen, dass ein Teil der Beschäftigten nicht in Vollzeit tätig ist und die Schätzung wird entsprechend verfeinert.

Tendenziell sind dieselben Entwicklungen sichtbar, wie bei Betrachtung der Beschäftigten. Deshalb wird auf eine Darstellung an dieser Stelle verzichtet. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 verfügbar.

#### Ausblick

Die Modellrechnungen zu den zukünftigen Beschäftigungspotenzialen im sächsischen Gesundheitswesen zeigen zwei unterschiedliche Entwicklungstendenzen. Während im ambulanten und stationären Pflegebereich von einem starken Anstieg auszugehen ist, wird sich die Anzahl des benötigten Personals in den anderen hier betrachteten Bereichen nur wenig verändern.

Diese Ergebnisse wurden unter der Annahme ermittelt, dass sich die relative Häufigkeit der Inanspruchnahme der angebotenen medizinischen Leistungen und der Personalschlüssel nicht ändern. Hieraus ergibt sich ein Ansatz für eine Modifizierung der Zielstellung sowie der Berechnungsmethodik. An Hand von zeitlichen Entwicklungen kann hinterfragt werden, inwieweit der Status-quo-Ansatz durch andere Annahmen verfeinert werden kann.

Weiterhin steht die Aufgabe, die Berechnungen nach Vorliegen der 6. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für Sachsen sowie der dann aktuellen Ergebnisse der Krankenhaus- und Pflegestatistiken sowie der Gesundheitspersonalrechnung zu aktualisieren.

## Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richter, B., K. Richter: Konzeptionelle Ausrichtung von Forschungen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen bis 2015. In: Statistik in Sachsen, 3/2012, S. 64 – 67.
- [2] Andrä, S.: Analysen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030: Beschäftigungspotenziale in der stationären medizinischen Versorgung infolge des demografischen Wandels. Diplomarbeit, eingereicht am 24. Oktober 2011 am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden.
- [3] Wolf, D.: Demografischer Wandel: Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030 – Eine Analyse für die medizinischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Diplomarbeit, eingereicht im Juni 2012 am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden.
- [4] Brenker, I.: Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Beschäftigungspotenziale für Pflegeberufe in Sachsen bis zum Jahre 2020. Diplomarbeit, eingereicht am 28. Januar 2010 am Lehrstuhl für Statistik des Institutes für empirische Wirtschaftsforschung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig.
- [5] 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2011.
- [6] Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (Krankenhausstatistik-Verordnung – KHStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 534, 548) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749).
- [7] Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege (Pflegestatistik-Verordnung – PflegeStatV) vom 24. November 1999 (BGBl. I S. 2282), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. Juli 2013 (BGBl. I S. 2581) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749).
- [8] Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) im Auftrag der Statistischen Ämter der Länder: Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene nach Einrichtungen (Berechnungsstand Februar 2014), Herausgabe und Redaktion: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2014.
- [9] Karmann, A., S. Andrä, K. Richter: Die Folgen des demografischen Wandels im stationären medizinischen Bereich – Beschäftigungspotenziale in sächsischen Krankenhäusern bis zum Jahr 2030. In: Statistik in Sachsen, 2/2012, S. 64 – 67.
- [10] Karmann, A., D. Wolf: Demografischer Wandel: Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen – Eine Analyse für die Vorsorge- und Rehabilitationsreinrichtungen. In: Statistik in Sachsen, 4/2013, S. 47 – 50.
- [11] [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de) → Wirtschaft → Gesamtrechnungen → Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen → Gesundheitspersonalrechnung. Aufgerufen am 11.09.2015
- [12] Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) im Auftrag der Statistischen Ämter der Länder: Gesundheitspersonalrechnung auf Länderebene nach Einrichtungen (Berechnungsstand Februar 2014), Herausgabe und Redaktion: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2014, S. 59ff.

# Analyse der Bürgermeisterwahlen in Sachsen

Alexandra Klein hat mit ihrem Buch „Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg. Wahlbeteiligung, Wahltypen und Sozialprofil“ (Stuttgart 2014) eine umfassende Analyse dieser Wahlen für ein Bundesland geliefert. Im Rahmen einer Projektarbeit von zwei Studentinnen am Fachbereich Allgemeine Verwaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen wurden daraufhin die Bürgermeisterwahlen in Sachsen im Zeitraum von 2008 bis 2014 einer Untersuchung unterzogen. In diesem Aufsatz werden ausgewählte Ergebnisse kurz vorgestellt (die vielen Wahlen 2015 sind somit nicht Bestandteil dieser Abhandlung).

## Einführung

- 1) Darunter befindet sich auch ein Wahlgang in Thalheim, welcher nachträglich annulliert wurde; in dieser Gemeinde waren insgesamt drei Wahlgänge erforderlich, um zu einer Entscheidung zu kommen: zweimal ein erster Wahlgang und einmal ein zweiter Wahlgang. Der annullierte Wahlgang wird im Weiteren jedoch als erfolgreicher erster Wahlgang gewertet (das Wahlergebnis hat ja zu einem Wahlsieger geführt). Bei allen drei Wahlen handelt es sich um „Neuwahlen“ nach Übersicht 2.
- 2) Die größte Differenz zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang betrug 30,7 Prozentpunkte.
- 3) Besonders erwähnenswert ist die Wahl 2013 in Hoyerswerda: Betrug die Wahlbeteiligung bei der ersten Wahl 38,7 %, stieg sie bei der zweiten Wahl auf 58,3 % an.
- 4) Dieser Anstieg mag überraschen, weil erfahrungsgemäß beim zweiten Wahlgang Kandidaten „abspringen“, lässt sich aber wie folgt erklären: Bei vielen ersten Wahlen tritt nur ein Kandidat an; alle diese Wahlen werden im ersten Wahlgang entschieden. Diese Ein-Personen-Kandidaturen drücken den Durchschnittswert deutlich nach unten. Vergleicht man hingegen nur diejenigen Wahlen, bei denen mehr als ein Kandidat antrat und bei denen es im ersten Wahlgang nicht zu einer Entscheidung gekommen ist (N = 74), so hat sich die durchschnittliche Kandidatenzahl erwartungsgemäß von 4,38 auf 3,00 verringert.

In 555 Fällen musste ein Bürgermeister gewählt werden, insgesamt betraf es 494 verschiedene Gemeinden (manche Gemeinde ist doppelt vertreten, weil z. B. der Amtsinhaber innerhalb seiner Amtsperiode ausgeschieden ist; zwei Gemeinden sind sogar dreimal vertreten). Insgesamt wurden 632 Wahlen ausgewertet.<sup>1)</sup> Dabei handelt es sich sowohl um die erste Wahl als auch ggf. um die zweite Wahl, weil im ersten Wahlgang kein Bewerber die erforderliche absolute Mehrheit erreicht hat. Eine Gemeinde kann somit mit einer Wahl oder zwei Wahlen pro Fall in diese Untersuchung eingehen; für jede Gemeinde gibt es aber immer nur eine „entscheidende Wahl“. In 86,1 Prozent der Fälle wurde die Wahl im ersten Anlauf entschieden. In den 77 Fällen, in denen es zur zweiten Wahl gekommen war, siegte im Regelfall derjenige Kandidat, der auch bereits bei der ersten Wahl vorne lag; diese Konstellation traf zu 71,4 Prozent zu. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei der ersten Wahl betrug 55,1 Prozent (Median: 55,7 Prozent), bei der zweiten Wahl sank die Quote auf 51,3 Prozent (Median: 51,2 Prozent),<sup>2)</sup> nur bei 13 von den 77 Wahlen (= 16,9 Prozent) erhöhte sich die Wahlbeteiligung beim zweiten Wahlgang.<sup>3)</sup> Bei allen ersten Wahl traten durchschnittlich 2,2 Kandidaten an, bei allen zweiten 2,9 Personen.<sup>4)</sup> Der durchschnittliche Anteil an ungültigen Stimmen bei der ersten Wahl betrug 4,5 Prozent, bei der zweiten Wahl: 1,1 Prozent.

Das sächsische Kommunalverfassungsrecht kennt zwei kommunale Organe, die durch das Volk direkt gewählt werden: die Vertretungskörperschaft und den Hauptverwaltungsbeamten.

Innerhalb der Politikwissenschaft nimmt die Wahlforschung einen breiten Raum ein. Das Hauptaugenmerk wird dabei jedoch auf die staatlichen Wahlen gerichtet: Bundes- und Landtagswahlen. Die Wahlen auf der kommunalen Ebene erfahren im Vergleich hierzu generell weniger Beachtung. Zugleich zeigt sich bei den Kommunalwahlen selbst wiederum ein Aufmerksamkeitsgefälle: Wahlen in größeren Städten finden nicht nur in der Presse einen größeren Niederschlag, sondern dort stehen auch eher repräsentative Umfragen (z. B. im Auftrag der örtlichen Presse) zur Verfügung, was es dann ermöglicht, empirisch abgesicherte Angaben über das Wahlverhalten zu treffen. Zudem weisen Großstadtverwaltungen kompetente und mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattete statistische Stellen auf, die ebenfalls entsprechende Veröffentlichungen anbieten. Erkenntnisse, die in Städten mit großer Einwohnerzahl gewonnen wurden, können jedoch nicht ohne Weiteres auf kleinere Gemeinden übertragen werden. Außerdem ist zu beachten, dass – wie Übersicht 1 verdeutlicht – zwei vollständig unterschiedliche Wahlen auf kommunaler Ebene vorliegen, so dass Erkenntnisse, die bspw. im Hinblick auf die kommunalen „Parlaments“wahlen gewonnen wurden,

## Übersicht 1: Organe von Landkreisen und Gemeinden

	Vertretungskörperschaft (Kollegialorgan)	Hauptverwaltungsbeamter (monokratisches Organ)
Bezeichnung	Kreistag / Stadt- bzw. Gemeinderat	Landrat / (Ober-)Bürgermeister
Amtsperiode	5 Jahre	7 Jahre
Wahltermin	landeseinheitlich	kreis-/gemeindeindividuell <sup>1)</sup>
Wählerstimmen	3 (mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens)	1
Wahlsystem	Verhältnisswahl	Mehrheitswahl

Quelle: Eigene Darstellung

1) Die zehn Landratswahlen haben 2015 einheitlich an einem Tag stattgefunden. Von den 632 Wahlen der Untersuchung fanden 381

wiederum nicht automatisch auf die Landrats-/Bürgermeisterwahlen transformiert werden können und umgekehrt.

### Erklärungsansätze für das Wahlverhalten

Unabhängig von solchen Schwierigkeiten können generell folgende drei Erklärungsansätze für das Wahlverhalten genannt werden, wobei die Aufzählung eine sehr verkürzte Darstellung bedeutet:<sup>5)</sup>

Bei den soziologischen Ansätzen steht die Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Gruppen im Vordergrund.

In der mikrosoziologischen Richtung ist das Wahlverhalten ein Gruppenverhalten, wobei entscheidend ist, wie stark der Einzelne in die Gruppe integriert ist bzw. sich den dort vorherrschenden Einstellungen, Verhaltensweisen und Normen verbunden fühlt. Der Wähler passt sich dann seiner Bezugsgruppe (z. B. sichtbar in einem Milieu) an und wählt, was diese mehrheitlich wählt. Probleme kann es für jene Wähler geben, die sich unterschiedlichen Gruppen zugehörig fühlen.

Mit den soziologischen Ansätzen kann nicht nur erklärt werden, was (wahrscheinlich) gewählt wird, sondern ob überhaupt zur Wahl gegangen wird: Hohe Gruppenverbundenheit verstärkt den Anreiz zur Wahlteilnahme.

Bei der makrosoziologischen Variante stehen weniger die Gruppeneinbindungen im Interesse, als vielmehr die dauerhaften gesellschaftlichen Konfliktlinien (cleavages), die durch bestimmte Gruppen repräsentiert werden. Die Parteien vertreten die Interessen entlang dieser Konfliktlinien (z. B. Arbeit-Kapital, Staat-Kirche).

Während sich im obigen Ansatz das Wahlverhalten als abhängige Variable auf eine unabhängige Variable zurückführen lässt, geht der Ann-Arbor- bzw. Michigan-Ansatz von drei Faktoren aus, die dem Wahlverhalten

zugrunde liegen: der längerfristig wirkenden Parteiidentifikation (was in Teilen zu einem „Brückenschlag“ zum oberen Punkt führt) und den beiden kurzfristig wirkenden (von Wahl zu Wahl unterschiedlichen) Faktoren der Themen- und Kandidatenorientierung. Auch hier können Aussagen zur Wahlteilnahme und zur konkreten Wahlentscheidung gemacht werden: Eine hohe Parteiidentifikation begünstigt im Regelfall die Wahlteilnahme. Da bei Bürgermeisterwahlen die thematischen Differenzen der Kandidaten häufig gar nicht so unterschiedlich ausfallen, fällt der Kandidatenorientierung eine größere Bedeutung zu.

Der Rational-Choice-Ansatz<sup>6)</sup> geht vom rational abwägenden Wähler aus, der dasjenige Wahlangebot auswählt, das seinen Nutzen – was immer dieser konkret bedeutet – maximiert. Der Nutzen ergibt sich aus dem Parteidifferential (Nutzen dieser Partei ist größer als Nutzen jener Partei), welches mit der Wahrscheinlichkeit zu multiplizieren ist, dass die eigene Stimme für den Wahlausgang entscheidend ist. Der Wähler agiert somit zweckorientiert und damit liegt eine Entscheidungsregel vor. Diesem Nutzen stehen Kosten gegenüber, die im Vorfeld der Wahl und bei ihrer konkreten Wahrnehmung entstehen (z. B. Informationsbeschaffungs- und Informationsverarbeitungskosten sowie Wahlteilnahmekosten). Die Wahlteilnahme lässt sich dann aus einem Saldo von Nutzen und Kosten erklären. Bei einem großen Elektorat liegt die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme wahlentscheidend ist, jedoch nahezu bei null, so dass im Regelfall die Kosten deutlich über dem Nutzen liegen. Dass trotzdem viele Menschen zur Wahl gehen (Wahlparadoxon), wird damit erklärt, dass viele Wähler eine (Bürger-)Pflicht zur Wahlteilnahme empfinden<sup>7)</sup>, dass Wahlen Freude bereiten oder dass mit dem Wahlgang ganz

5) Umfassend siehe Klein 2014: S. 83 ff.

6) Vgl. auch Thorsten Faas: Wahlbeteiligung. In Jan W. van Deth und Markus Tausendpfund (Hrsg.): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Wiesbaden 2013. S. 413-440.

bewusst die Demokratie oder das Gemeinwesen unterstützt wird: Die eigene Stimme wahrt das Kollektivgut Demokratie (= gesellschaftlicher Nutzen), auch wenn es für den konkreten Wahlausgang nicht auf die eigene Stimme ankommt (= individueller Nutzen). Personen können ihre Informationsbeschaffungs- und -verarbeitungskosten durch eine feste Ideologie und durch die Einbindung in Gruppen/Netzwerke reduzieren. Informationskosten werden auch gesenkt, wenn die Kandidaten im Wahlkampf sehr aktiv sind und hohe Mobilisierungsanstrengungen unternehmen, so dass der Bürger selbst keinen großen Aufwand hat, sich zu informieren.

### Typen von Bürgermeisterwahlen

Klein hat unterschiedliche Typen von Bürgermeisterwahlen herausgearbeitet (2014: S. 182 ff.). Grundlegendes Unterscheidungskriterium ist hierbei, ob der Amtsinhaber wieder antritt oder nicht. Dies ist deshalb gerechtfertigt, weil zum einen Amtsinhaber im Regelfall mit einem Amtsbonus in die Wahl gehen (was in einzelnen Fällen natürlich einen Amtsmalus nicht ausschließt) und zum anderen mehrheitlich die Amtsinhaber dann auch wiedergewählt werden.<sup>8)</sup>

Somit können formal vier Typen differenziert werden: Bestätigungs-, Wieder-, Nicht-Wieder- und Neuwahl.<sup>9)</sup> Die Typisierung dient nicht nur der Strukturierung, sondern mit ihrer Hilfe können auch Aussagen zur Wahl(-beteiligung) getroffen werden.

7) Die Wahlnorm führt dazu, dass die Wahlteilnahme frei vom Kosten-Nutzen-Denken ist; dieses wirkt dann erst bei der Entscheidung für die konkrete Partei. Die Verletzung der Wahlnorm kann – insbesondere wenn die soziale Kontrolle sehr groß ist – wiederum zu Diskriminierungskosten führen, denen man durch die Wahlteilnahme entgehen möchte (hier kommt das Kosten-Nutzen-Kalkül wieder zum Tragen).

8) Eine umfassende Analyse, warum Amtsinhaber nicht mehr wiedergewählt werden, liegt für Baden-Württemberg vor: Timm Kern: Warum werden Bürgermeister abgewählt? Stuttgart 2007.

9) Es wird somit teilweise eine andere Terminologie als bei Klein gewählt, diese unterscheidet: Bestätigungswahl, Wiederwahl mit Herausforderer, Abwahl und neue Kandidatenrunde. Die Verwendung des Begriffs „Abwahl“ als Synonym für Nicht-Wiederwahl ist in Sachsen problematisch bzw. missverständlich: Während in Baden-Württemberg Amtsinhaber während ihrer Amtsperiode nicht abgewählt werden können, ist diese Option in Sachsen – wenn auch mit hohen Hürden versehen – rechtlich möglich (§ 51 Abs. 7 ff. SächsGemO).

Da in größeren Gemeinden das Amt des Bürgermeisters (auch finanziell) attraktiver ist als in kleineren Gemeinden, ist zu erwarten, dass Bestätigungswahlen hauptsächlich ein Phänomen in den kleineren Gemeinden ist, was Tabelle 1a bestätigt: 76,3 Prozent der Bestätigungswahlen fanden in Gemeinden bis zu 5 000 Einwohner statt.

Wenn es nur zu einem Wahlgang gekommen ist, dann stellten die Bestätigungswahlen mit 38,9 Prozent den größten Anteil; gefolgt von Wiederwahlen mit 30,8 Prozent und Neuwahlen mit 26,4 Prozent. Bedurfte es nur eines Wahlgangs, so führte dies in rund 70 Prozent der Wahlen dazu, dass der alte Amtsinhaber zugleich der neue war. Betrachtet man nur die Wahlen mit Amtsinhabern, so steigt die Quote auf 94,6 Prozent.

Kommt es zu einem zweiten Wahlgang, dann handelt es sich hauptsächlich um eine Neuwahl. Muss sich ein Amtsinhaber einem zweiten Wahlgang stellen, dann wird er mehrheitlich nicht wiedergewählt. Zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang kann es, was die Amtsinhaber betrifft, zu wahlentscheidenden Veränderungen kommen: So traten vereinzelt sowohl Fälle auf, in denen die Amtsinhaber im ersten Wahlgang am besten abschnitten, sie aber dann im zweiten Wahlgang verloren (achtmal), als auch die umgekehrte Abfolge: Im ersten Wahlgang lagen sie zurück, konnten dann aber den zweiten Wahlgang gewinnen (zweimal). Ebenso zeigten sich folgende Konstellationen jeweils zweimal:

### Übersicht 2: Typen von Bürgermeisterwahlen

Amtierender Bürgermeister <sup>1)</sup>		
	tritt zur Wahl an	tritt zur Wahl nicht an
Amtsinhaber wird nicht herausgefordert	Amtsinhaber wird herausgefordert mit - ernsthaften/aussichtsreichen oder - wenig ernsthaften/aussichtsreichen <sup>2)</sup> Herausforderern	<b>Neuwahl</b> Differenzierung in: - nur ein Kandidat tritt an - mehrere Kandidaten treten an (Auch hier kann eine Unterscheidung vorgenommen werden, wie ernsthaft/aussichtsreich die Kandidaten sind/erscheinen.)
Amtsinhaber wird wieder gewählt	Amtsinhaber wird wieder gewählt	Amtsinhaber wird nicht gewählt
<b>Bestätigungswahl</b> (= Wiederwahl ohne Herausforderer)	<b>Wiederwahl</b>	<b>Nicht-Wiederwahl</b>

1) David Gehne differenziert bspw. bei den Kandidatentypen in Platzhirsch, Verwaltungsprofi, Manager, Parteisoldat, Schützenkönig und Einzelkämpfer (Bürgermeister. Führungskraft zwischen Bürgerschaft, Rat und Verwaltung. Stuttgart u. a. 2012: S. 50 ff.).

2) Diese Personen entsprechen nicht dem Bürgermeisterprofil (= Präferenzen der Wähler beim Sozialprofil für diesen Posten).

„Nicht-Wiederwahl“ wurde zur „Neuwahl“ (das heißt, der Amtsinhaber ist bei der zweiten Wahl nicht mehr angetreten) und „Neuwahl“ wurde zur „Nicht-Wiederwahl“ (das heißt, der Amtsinhaber ist erst im zweiten Wahlgang eingestiegen, hat aber dann keinen Sieg erringen können).

**Tab. 1a: Verteilung der Wahltypen auf die Größenklassen (N = 478, Anzahl der erfolgreichen ersten Wahlen)**

Einwohnerzahl von ... bis unter ...	Amtsinhaber tritt wieder an:						Amtsinhaber tritt nicht wieder an (Neuwahl)	
	Ohne Gegenkandidat (Bestätigungswahl)		Mit mindestens einem Gegenkandidaten und er					
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
0 - 5 000	142	29,7	82	17,2	13	2,7	95	19,9
5 000 - 10 000	35	7,3	28	5,9	4	0,8	23	4,8
10 000 - 20 000	7	1,5	27	5,6	0	0,0	5	1,0
20 000 - 40 000	2	0,4	9	1,9	1	0,2	3	0,6
40 000 und mehr	0	0,0	1	0,2	1	0,2	0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>186</b>	<b>38,9</b>	<b>147</b>	<b>30,8</b>	<b>19</b>	<b>4,0</b>	<b>126</b>	<b>26,4</b>

Quelle: Eigene Berechnung.

**Tab. 1b: Verteilung der Wahltypen auf die Größenklassen (N = 77, Anzahl der zweiten Wahlen)**

Einwohnerzahl von ... bis unter ...	Amtsinhaber tritt wieder an:						Amtsinhaber tritt nicht wieder an (Neuwahl)	
	Ohne Gegenkandidat (Bestätigungswahl)		Mit mindestens einem Gegenkandidaten und er					
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
0 - 5 000	0	0,0	3	3,9	6	7,8	27	35,1
5 000 - 10 000	0	0,0	4	5,2	5	6,5	11	14,3
10 000 - 20 000	0	0,0	2	2,6	3	3,9	2	2,6
20 000 - 40 000	0	0,0	1	1,3	2	2,6	5	6,5
40 000 und mehr	0	0,0	3	3,9	1	1,3	2	2,6
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>13</b>	<b>16,9</b>	<b>17</b>	<b>22,1</b>	<b>47</b>	<b>61,0</b>

Quelle: Eigene Berechnung.

**Tab. 1c: Verteilung der Wahltypen auf die Größenklassen (N = 77, Anzahl der nicht-erfolgreichen ersten Wahlen)**

Einwohnerzahl von ... bis unter ...	Amtsinhaber tritt wieder an:						Amtsinhaber tritt nicht wieder an (Neuwahl)	
	Ohne Gegenkandidat (Bestätigungswahl)		Mit mindestens einem Gegenkandidaten und der					
			absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
0 - 5 000	0	0,0	6	7,8	4	5,2	25	32,5
5 000 - 10 000	0	0,0	5	6,4	3	3,9	13	16,9
10 000 - 20 000	0	0,0	3	3,9	2	2,6	2	2,6
20 000 - 40 000	0	0,0	2	2,6	1	1,3	5	6,4
40 000 und mehr	0	0,0	3	3,9	1	1,3	2	2,6
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>19</b>	<b>24,7</b>	<b>11</b>	<b>14,3</b>	<b>47</b>	<b>61,0</b>

Quelle: Eigene Berechnung.

Die noch mögliche Konstellation „Neuwahl“ wird zur „Wiederwahl“ ist nicht aufgetreten. Jenseits der beschriebenen Wahltypen können Wahlen generell danach unterschieden werden, wie viele Kandidaten zur Auswahl stehen. Dass sich nur ein Kandidat zur Wahl stellte, traf auf 224 Wahlen zu, dies entspricht 35,4 Prozent. 174 Wahlen (= 77,7 Prozent) fanden sich in der Größenklasse von 0 bis 5 000 Einwohner, 38 Wahlen (= 20,0 Prozent) in der nächst größeren (5 000 bis 10 000 Einwohner) und 10 Wahlen (= 4,5 Prozent) in Gemeinden zwischen 10 000 und 20 000 Einwohner; die verbleibenden zwei Wahlen fanden sich in der nächsten Größenklasse.<sup>10)</sup> In den größeren Städten ab 40 000 Einwohner gab es keine Ein-Kandidat-Wahlen.

10) Von den 174 Wahlen handelt es sich um 142 Bestätigungswahlen (= 81,6 %), die Quoten für 5 000 bis 10 000 Einwohner: 92,1 %, für 10 000 bis 20 000 Einwohner: 70 % und für 20 000 bis 40 000 Einwohner: 100 %.

11) Allerdings ist zu beachten, dass, wenn sich Kandidaten zur Wahl stellen, dies nicht immer mit der Absicht erfolgt, die Wahl auch (tatsächlich) zu gewinnen. Freund konnte in ihrer Untersuchung feststellen, dass man bspw. auch kandidiert, um mehr Aufmerksamkeit für die Inhalte der Partei/Wählervereinigung zu generieren (Charlotte Freund: Professionalität in Bürgermeisterwahlkämpfen. Baden-Baden 2014: S. 239 f.).

12) Der Wert von 69,1 % liegt auch leicht über dem durchschnittlichen Wahlergebnis, wenn sich der Amtsinhaber nicht zur Wiederwahl stellt (= Neuwahl): Bei dieser Konstellation liegt das durchschnittliche Wahlergebnis bei 67,3 % (Basis: 1. Wahl oder, wenn diese noch zu keiner abschließenden Entscheidung führte, 2. Wahl, N = 173).

13) Entsprechend können sich Amtsinhaber erlauben, einen weniger professionellen Wahlkampf zu führen; sie müssen „vergleichsweise weniger Wahlkampfanstrengungen unternehmen ... als ihre Herausforderer bzw. als Kandidaten, die keine Amtsinhaber sind“ (Freund 2014: S. 241). Klein weist zurecht darauf hin, dass „mit Blick auf die Partizipation ... es jedoch wünschenswert [wäre], dass auch der Amtsinhaber sich den Wahlberechtigten mit einem Programm auf einer öffentlichen Veranstaltung vorstellen kann, der nicht durch Konkurrenten herausgefordert ist“ (2014: S. 229). Wahlen dienen nicht nur der Legitimation von Herrschaft, sondern bspw. auch der verstärkten Kommunikation zwischen Politikern und Bürgerschaft; selbst wenn die Wahlbeteiligung gering ausfällt, was den Legitimationsaspekt berührt, können andere Wahlfunktionen uneingeschränkt erbracht werden.

### Hypothesen zur Kandidatenanzahl

#### Kandidatenanzahl und Wahltyp

Entscheidend ist die Frage, ob der Amtsinhaber antritt oder nicht. Tritt dieser wieder an (und ist von einem Amtsbonus auszugehen), so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich nicht allzu viele Gegenkandidaten finden, die in den eher aussichtslosen Kampf einsteigen. Tritt der Amtsinhaber hingegen nicht an, so liegt eine offene Situation vor, was für Kandidaten eine attraktive(re) Ausgangslage bedeutet.<sup>11)</sup> Entsprechend sollte die Zahl der Kandidaten im zweiten Fall höher sein als im ersten. Dies bestätigt sich, siehe Tab. 2.

Wenn der Amtsinhaber wieder antrat, dann hatte er in 186 Wahlen, dies entspricht 45,1 Prozent, keinen Gegenkandidaten (= Bestätigungswahlen); die weitere Verteilung: 1 Gegenkandidat: 27,2 Prozent, 2 Gegenkandidaten: 17,7 Prozent, 3 Gegenkandidaten: 6,3 Prozent, mehr als 3 Gegenkandidaten: 3,6 Prozent.

Wenn der Amtsinhaber nicht antritt, dann zeigte sich folgende Verteilung: 1 Kandidat: 17,3 Prozent, 2 Kandidaten: 26,4 Prozent, 3 Kandidaten: 30,0 Prozent, 4 Kandidaten: 12,3 Prozent, 5 Kandidaten: 8,6 Prozent, mehr als 5 Kandidaten: 4,5 Prozent. Bei zwei Wahlen trat kein Kandidat an.

#### Exkurs Amtsbonus

Man kann den Amtsbonus individuell prüfen (er liegt bspw. immer dann vor, wenn der Amtsinhaber keine „Angriffsflächen“ bietet). Es ist aber auch möglich, Amtsinhabern generell einen Amtsbonus zu unterstellen. Dies könnte dann der Fall sein, wenn sie mehrheitlich wiedergewählt werden und dabei durchschnittlich ein sehr hohes Wahlergebnis erzielen. Untersucht werden soll dies in folgender Konstellation: wieder antretender Amtsinhaber mit mindestens einem Herausforderer (N= 196 Gemeinden). Er wurde in 81,6 Prozent der Fälle (= 160 Gemeinden) wiedergewählt. Bei seiner Wiederwahl lag sein durchschnittliches Wahlergebnis bei 69,1 Prozent (Basis: 1. Wahl oder, wenn diese noch zu keiner abschließenden Entscheidung führte, 2. Wahl).<sup>12)</sup> Erfolgte die Wiederwahl des Amtsinhabers nicht, so lag das Wahlergebnis für den Gewinner lediglich bei 56,7 Prozent (Basis: 1. Wahl oder, wenn diese noch zu keiner abschließenden Entscheidung führte, 2. Wahl; N = 36 Gemeinden). Die hohe Wiederwahlwahrscheinlichkeit und das hohe durchschnittliche Wahlergebnis rechtfertigen es, von einem pauschalen Amtsbonus zu sprechen.<sup>13)</sup>

#### Parteibezogene Wahlvorschläge und Einwohnergröße

Je größer die Gemeinde, desto attraktiver ist der Posten des Bürgermeisters, was sich nicht zuletzt an seiner Bezahlung zeigt. Je größer die Gemeinde, desto wichtiger ist das Amt auch in Bezug zur Landesebene. Es ist daher zu erwarten, dass die Parteien bemüht sind, – nicht zuletzt um eine Präsenz vor Ort zu dokumentieren – den Wählern eigene Wahlvorschläge/Kandidaten zu präsentieren. Dieses Bemühen dürfte eine positive Korrelation zur Gemeindegröße aufweisen, was sich so auch zeigt (siehe Tab. 3): Wenn auch von Parteien im Plural geschrieben ist, so darf nicht übersehen werden, dass in vielen Fällen dann doch nur wenige Parteien aktiv sind (siehe Tab. 4).

Bei der Analyse der Parteienaktivitäten muss beachtet werden, dass Parteien (zunehmend) die

Tab. 2: Anzahl der Wahlvorschläge (Amtsinhaber tritt an/tritt nicht wieder an)

	Amtsinhaber	
	tritt an (N = 412)	tritt nicht an (N = 220)
Mittelwert/Median	0,98/1 <sup>1)</sup>	2,82/3

Quelle: Eigene Berechnung.

1) Die angegebenen Zahlen entsprechen der Anzahl der Kandidaten neben dem Amtsinhaber.

Ohne Bestätigungswahlen (N = 226) ergibt sich ein Mittelwert von 1,78 und der Median liegt bei 2.

Möglichkeit nutzen, zwar einen Kandidaten aktiv zu unterstützen, jedoch selbst keinen eigenen Wahlvorschlag einreichen. Prominentestes Beispiel hierfür war die Oberbürgermeisterwahl 2015 in Dresden, wo die Kandidatin Dr. Eva-Maria Stange zwar von drei Parteien aktiv unterstützt wurde (Grüne, Linke, SPD); der offizielle Wahlvorschlag wurde jedoch von „Gemeinsam für Dresden“ eingereicht und würde nicht in den Tabellen 3 und 4 aufgenommen werden, weil es sich um eine Wählervereinigung handelt (siehe: <http://www.gemeinsam-fuer-dresden.de/waehlervereinigung/>) – ein Beispiel, was auch die Grenzen der amtlichen Wahlstatistik bzw. der rein formalen Analyse aufzeigt.

### Hypothesen zur Wahlbeteiligung

#### Wahlbeteiligung und Gemeindegröße

Die Wahlbeteiligung kann gut mit dem Kosten-Nutzen-Modell erklärt werden. Vereinfacht

Tab. 4: Anzahl der Wahlvorschläge von Parteien

CDU	Linke	SPD	FDP	Grüne	Sonstige Parteien
382	103	88	84	14	21

Quelle: Eigene Berechnung (N = 632), Partei-Partei- und Partei-Wählervereinigungs-Verbindungen sind nicht berücksichtigt, sondern nur Ein-Parteien-Vorschläge. Bei den sonstigen Parteien kommt die DSU auf 11.

muss der Nutzen größer sein als die Kosten. Hierzu sind folgende Annahmen im Hinblick auf die Größe der Gemeinde sinnvoll (vgl. Klein 2014: S. 106 ff.):

- Durch eine Nichtwahl können Kosten in Form der Diskriminierungskosten entstehen: Wer nicht zur Wahl geht, erfährt vielleicht eine Missbilligung, muss sich ggf. sogar erklären.<sup>14</sup> Diese soziale Kontrolle ist in kleineren Einheiten ausgeprägter als in größeren, anonymen.<sup>15</sup> Daher ist eine höhere Wahlbeteiligung in kleineren Gemeinden eher zu erwarten als in größeren. Zusätzlich kann die stärkere Einbindung in ein eher homogenes soziales Umfeld – unabhängig von Sanktionsmöglichkeiten – bereits für sich eine verstärkte Motivation zur Wahlteilnahme bewirken.
- In kleineren Einheiten ist die Bedeutung der eigenen Stimme größer als in einem großen Elektorat, so dass das oben genannte Wahlparadoxon hier nicht bzw. weniger ausgeprägt zum Tragen kommt.<sup>16</sup>

Tab. 3: Anzahl der Wahlvorschläge von Parteien (insgesamt)

Einwohnerzahl von ... bis unter ...	Anzahl der Wahlvorschläge von Parteien (Mittelwert)
0 - 2 000 (N = 135)	0,59
2 000 - 4 000 (N = 206)	0,85
4 000 - 6 000 (N = 108)	1,18
6 000 - 8 000 (N = 55)	1,33
8 000 - 10 000 (N = 30)	1,37
10 000 - 15 000 (N = 29)	1,62
15 000 - 20 000 (N = 24)	1,58
20 000 - 25 000 (N = 17)	2,59
25 000 - 30 000 (N = 5)	3,20
30 000 - 35 000 (N = 5)	2,00
35 000 - 40 000 (N = 4)	2,50
40 000 - 100 000 (N = 8)	2,25
100 000 und mehr (N = 6)	4,50

Quelle: Eigene Berechnung.

- Für kleinere Einheiten wird konstatiert, dass generell eher ein persönlicher Kontakt zwischen dem Wähler und einem Amtsinhaber bzw. Kandidaten möglich ist als in größeren. Die sich zur Wahl Stellenden können so die Wahlberechtigten direkter ansprechen und motivieren „Die Bürger haben dann einen höheren teilnahmebezogenen konsumtiven Nutzen aus einer Wahl, da es ihnen wichtig erscheint, ihre Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Politik des Amtsinhabers auszudrücken“ (Klein 2014: S. 107).

- In größeren Städten (insb. in Großstädten) ist die Aufgabenpalette breiter als in Mittel- und Kleinstädten. Der Gestaltungsspielraum der politisch Verantwortlichen ist größer; das Amt des (Ober-)Bürgermeisters wird als wichtiger angesehen. Insofern bringt es hier für einen Wähler einen größeren Nutzen wählen zu gehen als in kleineren Einheiten, in denen es keinen so entscheidenden Unterschied macht, wer als Bürgermeister die „Regierungsgeschäfte“ wahrnimmt.

14) Dies gilt so lange, wie die Wahlteilnahme als solche positiv bewertet wird z. B. aufgrund einer moralischen (oder rechtlich-normativen) Wahlpflicht.

15) Bei ausländischen Studien hat sich gezeigt, „dass sich normative Appelle in Verbindung mit der Nachprüfbarkeit der Normeinhaltung positiv auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung auswirken“ (Faas 2013: S. 415)

16) Geringere Wahlergebnisse in größeren Wahlkreisen oder Gemeinden werden jedoch anders begründet: Die empirischen Ergebnisse sprechen dafür, „dass die Zusammensetzung der Wählerschaft umso heterogener ist, desto größer sie ist (...). Die Stärke, mit der das einzelne Individuum die Wahlnorm integriert hat, die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, und damit einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten, und die Notwendigkeit, eigene Präferenzen zum Ausdruck zu bringen, sind in heterogenen Gemeinschaften geringer als in homogenen Gemeinschaften“ (Klein 2014: S. 94).

- Bürgermeisterwahlen in Großstädten stellen ein landes-, eventuell sogar ein bundesweites Politikum dar. Sowohl die Medien als auch die Parteien bringen diesen Wahlen eine besondere Aufmerksamkeit entgegen. Gerade für Parteien kann es sich auch um eine Prestigeentscheidung handeln, wer in dieser Stadt „der erste Bürger“ ist.<sup>17)</sup> Wähler mit einer hohen Parteiidentifikation werden in dieser Situation eher zur Wahl schreiten und den Kandidaten ihrer Partei unterstützen als wenn diese besondere Aufmerksamkeit nicht gegeben ist. In der Kosten-Nutzen-Abwägung: Aus parteipolitischer Sicht ist es nicht gleichgültig, wer gewinnt, insofern ist für diese Wähler eine höhere Nutzenfunktion gegeben.
- Unabhängig vom Aspekt der Parteiidentifikation sind in größeren Einheiten diejenigen Faktoren stärker ausgeprägt, die im Wahlkampf stärker in Erscheinung treten und somit auf den Wähler wirken: Parteien, Verbände, Medienberichterstattung, Wahlkampf (Plakate). Diese externen Faktoren (mobilizing agencies) wirken auf den Wähler, der somit eher zur Wahlteilnahme motiviert wird.

Die Einwohnerzahl wirkt somit auf zwei unterschiedliche Arten: Bei steigender Einwohnerzahl sinkt die Wahlbeteiligung, ab einer gewissen Größenordnung steigt sie aber (wieder) an. Einfache Gesetzmäßigkeiten liegen somit nicht vor. Problematisch für die Untersuchung war, dass Sachsen nur drei Großstädte aufweist. Dadurch ist N für große Städte sehr gering. Betrachtet man die Gemeinden bis 50 000 Einwohner (N = 621), so zeigt sich ein negativer Korrelationskoeffizient

von 0,40 ( $p = 0,01$ )<sup>18)</sup>, was das Absinken der Wahlbeteiligung bestätigt. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung in den drei Großstädten lag bei 37,3 Prozent (N = 6),<sup>19)</sup> in den Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohner bei 43,1 Prozent (N = 33). Die für die Großstädte angenommenen Wahl aktivierenden Faktoren haben somit nicht ihre Wirkung entfaltet.

### Wahlbeteiligung und Wahltyp sowie Anzahl der Kandidaten

Anders als beim obigen Aspekt ist hier eine einfachere Hypothesenbildung möglich: Bei Bestätigungswahlen wird die Wahlbeteiligung geringer als bei den anderen Wahltypen ausfallen, weil keine Alternativen vorliegen und somit die eigene Wahlbeteiligung ohne Relevanz für den Wahlausgang ist. Der Nutzen, an der Wahl teilzunehmen, fällt sehr gering aus.<sup>20)</sup> Die Daten sprechen für diese Hypothese (siehe Tab. 5). Tritt der Amtsinhaber wieder an und unterstellt man einen pauschalen Amtsbonus, dann zeigt sich für potenzielle Gegenkandidaten eine nicht sehr attraktive Konstellation, was zur Folge haben könnte, dass sich nicht unbedingt die besten bewerben (wer möchte sich schon einer eher aussichtslosen Wahl stellen) und/oder dass ein Wahlkampf „mit angezogener Handbremse“ betrieben wird (wer möchte schon allzu viel Ressourcen in ein eher aussichtsloses Unterfangen investieren). Alles in Allem werden viele Wähler den recht sicheren Wiedereinzug des Amtsinhabers in das Rathaus antizipieren, so dass die Bedeutung ihrer Stimme recht bescheiden ist; der Nutzen zum Wählen fällt eher gering aus, weil ja die Wahl schon gelaufen zu sein scheint. Tritt hingegen der Amtsinhaber nicht wieder an, ist die Situation offener, es bewerben sich ggf.

17) In größeren Städten kann generell von einer höheren Parteipolitisation ausgegangen werden: „Der Wahlkampf ist dann möglicherweise durch heftigere Auseinandersetzungen geprägt, was wiederum das Interesse der Wahlberechtigten heben könnte (...) Eine stärkere Parteipolitisation kann auch dazu beitragen, dass die Unterschiede zwischen den Bewerbern stärker wahrgenommen werden. Der instrumentelle Nutzen aus der Wahlteilnahme wäre folglich höher“ (Klein 2014: S. 108).

18) Insbesondere für den zweiten Wahlgang ist er hoch ausgeprägt:  $r = -0,56$  (N = 72); für den ersten Wahlgang:  $r = -0,37$  (N = 549).

19) Erster Wahlgang: 41,2 %, zweiter Wahlgang 33,3 %.

20) Konkret: In solch einem Fall existiert kein alternativenbezogener instrumenteller Nutzen, jedoch ein teilhabebezogener instrumenteller Nutzen (ergibt sich aus den erwarteten negativen und positiven Sanktionen der Wahl(nicht)teilnahme) sowie ein konsumptiver Nutzen, sowohl teilhabebezogen (Befolgung einer Wahlnorm, Bekundung der eigenen Loyalität gegenüber dem politischen System oder der eigenen Gemeinde) als auch alternativenbezogen (Bekundung der Präferenz für den Amtsinhaber = Kandidaten), vgl. Klein 2014: S. 101 f.

Tab. 5: Wahlbeteiligung (Amtsinhaber ohne Gegenkandidat/mit mindestens einem Gegenkandidaten)

	Erneute Kandidatur des Amtsinhabers	
	ohne Gegenkandidaten (N = 186)	mit Gegenkandidat(en) (N = 226)
Mittelwert/Median	49,8 %/50,4 %	56,1 %/56,9 %

Quelle: Eigene Berechnung.

Tab. 6: Wahlbeteiligung (Amtsinhaber tritt an/tritt nicht wieder an)

	Amtsinhaber	
	tritt an (N = 412)	tritt nicht an (N = 220)
Mittelwert/Median	53,2 %/53,8 %	57,2 %/57,3 %

Quelle: Eigene Berechnung.

attraktivere Kandidaten. Weil der Wahlausgang unvorhersehbarer ist, wird mehr in den Wahlkampf investiert. Somit wird auch der Wähler stärker angesprochen und dann auch zur Wahlteilnahme motiviert. Die Wahlbeteiligung müsste daher in Konstellationen, in denen der Amtsinhaber nicht antritt, einen größeren Wert annehmen als in den anderen Konstellationen. Dies bestätigt sich nach Tab. 6.

In Tabelle 6 sind bei N = 412 auch die 186 Bestätigungswahlen aus Tabelle 5 enthalten. Diese Wahlen drücken die Wahlbeteiligungsquote nach unten. Eliminiert man sie, so sind die Unterschiede zwischen erneuter Kandidatur des Amtsinhabers mit Gegenkandidaten (Tab. 5, rechte Spalte) und Amtsinhaber tritt nicht an (Tab. 6, rechte Spalte) ebenfalls nahezu eliminiert.

Nimmt man die vier Wahltypen (siehe oben) als Grundlage und setzt diese mit den Einwohnergrößenklassen in Verbindung, so kommt es zu Verteilungen, wie in den Tab. 7a und 7b dargestellt.

Bei jedem Wahltypen zeigt sich, dass in den kleinen Gemeinden die Wahlbeteiligung doch recht deutlich über denjenigen Werten in den größeren Gemeinden liegt. Wenn diese Deutlichkeit nicht hervortritt (siehe Tab. 7b bei Wiederwahl über 20 000 Einwohner), dann ist dies mit der geringen Anzahl von N zu erklären: Hier wirkt die außergewöhnliche Situation einer Stadt, die in der Fußnote 3 erwähnt wurde und nicht repräsentativ ist.

**Tab. 7a: Wahlbeteiligung nach Wahltypen und Größenklassen (N = 555, erste Wahl)**

Einwohnerzahl von ... bis unter ...	Amtsinhaber tritt wieder an:						Amtsinhaber tritt nicht wieder an (Neuwahl)	
	Ohne Gegenkandidat (Bestätigungswahl)		Mit mindestens einem Gegenkandidaten und er					
			gewinnt die Wahl bzw. liegt vorn		verliert die Wahl bzw. liegt nicht vorn			
	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent
0 - 5 000	142	52,1	88	62,2	17	62,7	120	61,3
5 000 - 10 000	35	43,0	33	55,6	7	58,6	36	56,0
10 000 - 20 000	7	38,3	30	48,2	2	47,9	7	45,7
20 000 - 40 000	2	43,2	11	42,6	2	47,5	8	46,6
40 000 und mehr	-	0,0	4	41,2	2	50,7	2	38,8

**Tab. 7b: Wahlbeteiligung nach Wahltypen und Größenklassen (N = 77, zweite Wahl)**

Einwohnerzahl von ... bis unter ...	Amtsinhaber tritt wieder an:						Amtsinhaber tritt nicht wieder an (Neuwahl)	
	Ohne Gegenkandidat (Bestätigungswahl)		Mit mindestens einem Gegenkandidaten und er					
			gewinnt die Wahl bzw. liegt vorn		verliert die Wahl bzw. liegt nicht vorn			
	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent	Anzahl der Wahlen in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse	Wahlbeteiligung in Prozent
0 - 5 000			3	60,9	6	63,7	27	56,7
5 000 - 10 000			4	46,3	5	52,0	11	52,3
10 000 - 20 000			2	41,4	3	49,9	2	48,1
20 000 - 40 000			1	58,3	2	41,0	5	34,6
40 000 und mehr			3	32,8	1	35,7	2	30,2

Quelle: Eigene Berechnung.

Bestätigungswahlen weisen (bis auf eine Ausnahme)<sup>21)</sup> die niedrigste Wahlbeteiligungsquote auf.

Wahlen lassen sich auch nach der Anzahl der Kandidaten typisieren. Unterschieden werden können (lässt man die Besonderheit, dass kein Kandidat zur Auswahl steht, außer Betracht) zwei Fälle: nur ein Kandidat steht auf dem Wahlzettel oder mehr als einer. Aufgrund der obigen Aussage zur Bestätigungswahl (in Tab. 5) dürfte die Wahlbeteiligung, wenn sich nur ein Bewerber zur Wahl stellt, bei der 50 Prozentmarke liegen. Dies bestätigte sich mit 50,2 Prozent (N = 224); bei mindestens zwei Bewerbern liegt die Wahlbeteiligung bei 57,1 Prozent (N = 406).

Es liegt aber keine Gesetzmäßigkeit in dem Sinne vor: je mehr Bewerber, umso höher die Wahlbeteiligung. Zu viele Kandidaten könnten die Unübersichtlichkeit eher erhöhen und somit dem Wähler die Wahlentscheidung erschweren, worauf dieser mit Abstinenz reagiert. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass nur ein bestimmter Anteil an Bewerbern dem erwarteten Sozialprofil eines Bürgermeisters entspricht (also als akzeptabel gilt).<sup>22)</sup> Wenn mehr als drei Bewerber zur Auswahl standen, was bei 97 Wahlen zutraf, haben bei 83 Wahlen (= 85,6 Prozent) die ersten drei Kandidaten zusammen mindestens 80 Prozent Zustimmung erreicht, dass sogar nur Erst- und Zweitplatzierte diese Marke erreichen, traf noch für 25,8 Prozent zu (25 Wahlen). Selbst wenn man die anspruchsvollere 90 Prozentmarke heranzieht, überspringen die drei Bestplatzierten diese Marke in 46,4 Prozent der Fälle (45 Wahlen); in 11 Wahlen (= 11,3 Prozent) haben diese Hürde zwei Personen gemeistert.

### Wahlbeteiligung und Hauptamtlichkeit des Amtes

Wird der extrinsischen Motivation des Wählers eine Wirkung auf seine Wahlbeteiligung zugestanden, dann ist zu erwarten, dass bei hauptamtlichen Bürgermeistern eine höhere Wahlbeteiligung vorliegt als wenn dieses Amt ehrenamtlich ausgeübt wird. Im Gegensatz zu den ehrenamtlichen kann davon ausgegangen

werden, dass Kandidaten für hauptamtliche Bürgermeisterposten grundsätzlich stärker werben, da diese Wahlen als wichtiger und verantwortungsvoller angesehen werden; zusätzlich stellt das in Aussicht genommene Amt keine Zusatzbelastung, sondern den Hauptberuf dar – ein wichtiger persönlicher Grund, sich als Kandidat „ins Zeug zu legen“.

Die Frage zwischen Ehren- und Hauptamtlichkeit berührt nur Gemeinden in einem relativ kleinen Einwohnerkorridor: Unterhalb von 2 000 Einwohner sind die Bürgermeister stets ehrenamtlich und oberhalb von 5 000 Einwohner stets hauptamtlich. Zwischen diesen beiden Grenzwerten sieht die Sächsische Gemeindeordnung zwar die Ehrenamtlichkeit vor, ermöglicht es den Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen jedoch, dass ihre Hauptsatzung die Hauptamtlichkeit normiert (§ 51 Abs. 2 SächsGemO). Diese Fälle wurden analysiert.

Die Wahlbeteiligung fällt bei den hauptamtlichen Bürgermeistern etwas höher aus (auch bei den Bestätigungswahlen), was auf einen stärkeren Wahlkampf schließen lassen könnte (siehe Tab. 8).

### Hypothese zu ungültigen Stimmen

Ungültige Stimmen sind in der Wahlstatistik ein Randphänomen. Grundsätzlich kann ein Wahlzettel versehentlich oder absichtlich ungültig gemacht werden. Ein kompliziertes Ankreuzverfahren kann zu vielen versehentlichen ungültigen Stimmen führen, z. B. wenn mehr als eine Stimme zu vergeben ist, aber eine höhere Höchstgrenze an Stimmen (wie z. B. in Baden-Württemberg) nicht überschritten werden darf; hier können leicht Additionsfehler auftreten. Bei der Wahl des Hauptverwaltungsbeamten ist diese Gefahr nahezu ausgeschlossen, weil der Wähler nur eine Stimme hat. Ungültige Stimmen dürften in solch einem Fall eher absichtlich herbeigeführt werden, z. B. aus Protest.

Eine derartige Protestkonstellation könnte vorliegen, wenn nur ein Kandidat zur Wahl auf dem Stimmzettel steht, dieser Kandidat aber nicht die Zustimmung des Wählers hat. Die für den Wähler mit den geringsten Kosten verbundene Handlungsweise ist dann das Nichtwählengehen. Seinen Unmut über fehlende Alternativen bzw. über den sich zur Wahl stellenden Kandidaten kann er aber auch mittels ungültiger Stimme zum Ausdruck bringen. Daher müsste die Anzahl ungültiger Stimmen bei Bestätigungswahlen höher ausfallen.

21) Eine Erklärung könnte – wie im obigen Absatz – die geringe Anzahl bei N darstellen (Tab. 7a: N = 2 bei 20 000 bis 40 000 Einwohner).

22) Auch Klein konnte keine entsprechende Gesetzmäßigkeit feststellen, neben der Zahl muss somit auch das Sozialprofil der Kandidaten berücksichtigt werden (vgl. 2014: S. 216). Bei einer Untersuchung in 28 hessischen Gemeinden hat sich gezeigt, dass dieser Punkt (Anzahl der Parteien) keinen Effekt auf die Wahlbeteiligung mit sich bringt (siehe Faas 2013: S. 428 f.).

Tab. 8: Wahlbeteiligung (ehrenamtliches/hauptamtliches Bürgermeisteramt)

Wahlbeteiligung: Mittelwert/Median	Ehrenamtl. BM	Hauptamtl. BM
- für alle Wahlen	54,5 %/55,4 % (N = 67)	59,3 %/60,0 % (N = 201)
- für Bestätigungswahlen	48,2 %/47,2 % (N = 25)	51,5 %/53,0 % (N = 56)

Quelle: Eigene Berechnung.

Tab. 9: Anteil der ungültigen Stimmen (Amtsinhaber ohne Gegenkandidat/mit mindestens einem Gegenkandidaten)

	Erneute Kandidatur des Amtsinhabers	
	ohne Gegenkandidaten (N = 186)	mit Gegenkandidat(en) (N = 226)
Mittelwert/Median	8,1 %/7,4 %	1,8 %/1,5 %

Quelle: Eigene Berechnung.

Es zeigte sich eine eindruckliche Bestätigung der Vermutung, dass hier Stimmen absichtlich als Reaktion auf das Fehlen einer (echten) Auswahl ungültig gemacht werden.<sup>23)</sup> Mithilfe dieser und der Daten aus Tabelle 5 kann vereinfachend konstruiert werden, wie viele Wähler so etwas wie eine Wahlpflicht empfinden: Rund 50 Prozent gingen bei Bestätigungswahlen bzw. bei Ein-Kandidat-Wahlen zur Wahl, davon haben 8 Prozent die Wahl genutzt, um ihren Unmut auszudrücken. Das heißt 42 Prozent sind zur Wahlurne geschritten, wohl wissend, dass der Amtsinhaber bzw. der neue eine Kandidat auch ohne ihr Zutun wiedergewählt wird. Sie können somit aus Pflichtgefühl gewählt haben. Die wirkliche Quote dürfte darunter liegen, weil ja durchaus auch das Motiv entscheidend sein konnte, mit der Stimmangabe eine ausdrückliche Zustimmung zur vorliegenden Kandidatur auszudrücken.<sup>24)</sup> Auch diejenigen, die nicht zur Wahl gegangen sind, können die Person befürworten, doch – weil deren Amtszeit ohnehin sicher ist – auf den Wahlgang (und damit auf Kosten) verzichten.

### Fazit

Die Analyse von Bürgermeisterwahlen stellt ein politikwissenschaftlich interessantes Untersuchungsfeld dar. Die hier sehr kurz vorgestellten wenigen Ergebnisse (ohne vertiefende Regressionsanalysen) zeigen die Vielfältigkeit möglicher Ausprägungen auf. Den Wahltypen bzw. der Angebotsseite (insb. wenn sich nur ein Kandidat zur Verfügung stellt) kommen für die Wahlbeteiligungsquote und den Anteil der ungültigen Stimmen eine hohe Erklärungskraft zu. Staatliche Wahlen weisen auf der Angebotsseite keine derartige Variationsbreite auf.

Die häufig beklagte Wahlmüdigkeit korreliert mit bestimmten Konstellationen: Der zweite Wahlgang mobilisiert im Regelfall weniger Wähler. Nur bei Wahlen des Hauptverwaltungsbeamten kann es zu einem zweiten Wahlgang kommen, nicht bei Wahlen zu den Volksvertretungen. Auch hier zeigt sich eine kommunale Besonderheit.

Die Einwohnergröße – eine für kommunalpolitische Untersuchungen ganz entscheidende

unabhängige Variable – wirkt nicht (erst) bei der Wahl, sondern bereits in ihrem Vorfeld: Die Bestätigungswahl (bzw. die Ein-Kandidat-Wahl generell), die das Wahlengagement wenig überraschend eher dämpft,<sup>25)</sup> findet sich in größeren Städten nicht (siehe Tab. 1a).

Weichen Ergebnisse (insb. im Hinblick auf die Wahlbeteiligung) zwischen etwa gleich großen Städten deutlich ab, so kann dies an ihrer Sozialstruktur liegen.<sup>26)</sup>

Kommt es im Zeitablauf innerhalb einer Gemeinde zu deutlich unterschiedlichen Wahlbeteiligungsquoten, so kann das mit den verschiedenen Wahltypen in Verbindung gebracht werden. Wenn größere Unterschiede bei gleichen Wahltypen vorliegen, so können lokale Spezifika dafür verantwortlich gemacht werden, die aber im Rahmen einer Aggregatanalyse nicht erfasst werden können. Hier ist es dann erforderlich, die Analyse einzelfall-/gemeindebezogen (qualitativ) durchzuführen. Ein solches Vorgehen bietet sich auch an, wenn Werte deutlich vom Landesdurchschnitt abweichen, z. B.: bei fünf der untersuchten Wahlen lag der Anteil der ungültigen Stimmen bei über 20 Prozent. Es ist lohnenswert, die Ursachen für solche „Ausreißer“wahlen zu erforschen. Auch dies gelingt nur mittels qualitativer Vorgehensweise. Innerhalb von Großstädten kann die Wahlbeteiligung zwischen den Stadtteilen erhebliche Differenzen aufweisen, was eine intrastädtische Analyse erfordert.

Wie in der Untersuchung zu Baden-Württemberg konnte auch für Sachsen festgestellt werden, dass der zweite Wahlgang im Vergleich zum ersten mehrheitlich zu gleichen Ergebnissen führt. Damit könnte sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Wahl stellen. Bei den Direktkandidaten für Bundes- und Landtag ist derjenige gewählt, der die meisten Stimmen erhält. Eine Regelung, die auch für Bürgermeisterwahlen überlegt werden sollte? Statistische Analysen können somit auch genutzt werden, rechtlich-normative Bestimmungen zu hinterfragen.

23) Das gleiche Ergebnis zeigt sich, wenn die Werte für Paar „nur ein Kandidat“ (N = 224) und „mehr als ein Kandidat“ (N = 406) errechnet werden.

24) Was aber auch wieder mit Pflichtmotiven in Verbindung gebracht werden kann: „Nach dem Ansatz des expressiven Wählers erfüllt der Wähler mit der Wahlteilnahme auch eine Pflicht gegenüber dem Bewerber, dem er sich verbunden fühlt“ (Klein 2014: S. 100).

25) Durch die Kopplung mit denjenigen Wahlen, die im Regelfall eine höhere Wahlbeteiligung erfahren, könnte speziell bei Wahlen mit nur einem Bewerber (aber auch generell) eine höhere Wahlbeteiligung generiert werden.

26) Chemnitz, Dresden und Leipzig können als eine Größenklasse betrachtet werden und doch zeigen sich bei Wahlen zu den Vertretungskörperschaften auf den verschiedenen Ebenen über die Jahre hinweg deutliche Unterschiede: Während Chemnitz und Leipzig bei der Wahlbeteiligung ähnliche Werte aufweisen, liegt diese Quote in Dresden fast durchgängig deutlich über den beiden Städten. Eine mögliche Erklärungsvariante könnte die unterschiedliche Sozialstruktur sein.

Prof. Dr. Manfred Schleier ist Dozent im Fachbereich Allgemeine Verwaltung an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen mit den thematischen Schwerpunkten Verwaltungsmanagement und Politikwissenschaft.

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Fass, Thorsten: Wahlbeteiligung. In: Jan W. van Deth, Markus Tausendpfand (Hrsg.): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Wiesbaden 2013. S. 413-440
- [2] Freund, Charlotte: Professionalität in Bürgermeisterwahlkämpfen. Baden-Baden 2014
- [3] Gehne, David: Bürgermeister. Führungskraft zwischen Bürgerschaft, Rat und Verwaltung. Stuttgart et al. 2012
- [4] Kern, Timm: Warum werden Bürgermeister abgewählt? Stuttgart 2007
- [5] Klein, Alexandra: Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg. Wahlbeteiligung, Wahltypen und Sozialprofil. Stuttgart 2014

Lena Haase

# Eine Ausbildung am Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen

Jedes Jahr werden im Statistischen Landesamt junge Menschen für den Beruf des/der Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung ausgebildet. Die Ausbildung erfolgt im dualen System. Dabei findet die praktische Ausbildung in den verschiedenen Referaten unseres Amtes statt, in denen unsere Auszubildenden während ihrer Lehrzeit unterschiedlich eingesetzt werden. Die theoretische Ausbildung erfolgt an der Kaufmännischen Berufsschule 4 in Nürnberg. Der Unterricht verteilt sich dabei auf ca. 12 Wochen pro Lehrjahr.

Auch in diesem Jahr wurde eine neue Auszubildende begrüßt. Sie arbeitet nun schon seit mehr als 6 Monaten im Amt und stellt sich im Folgenden kurz vor.

Mein Name ist Lena Haase, ich bin 17 Jahre alt und habe am 1. September 2015 meine Ausbildung am Statistischen Landesamt Sachsen begonnen.

Ich erfuhr durch Zufall von einer Ausbildung als Fachangestellte für Markt- und Sozialforschung, doch genau das war der Beruf, den ich mir für meine Zukunft sehr gut vorstellen konnte. Ich informierte mich viel über die Ausbildungsinhalte und das Berufsbild für sich. Das alles entsprach meinen Vorstellungen und Interessen.

Und letztendlich hatte ich das Glück, einen Ausbildungsplatz hier im Amt zu erhalten. Ich wurde sehr freundlich durch Frau Kießling empfangen und in den ersten Tagen gab es eine Einführung in das Amt und in die Abläufe. Ich wurde herumgeführt, der ersten Abteilung meiner Ausbildung zugeteilt und lernte unseren Amtspräsidenten Herrn Müller kennen.

Nach ersten Arbeiten in dem Bereich Marketing und Veröffentlichungen sowie Arbeit in der Gewerbeanzeigenstatistik, wartete dann auch schon der erste Besuch der Berufsschule in Nürnberg.

Auch dort sammelte ich bereits neue Erfahrungen und lernte erste Fachgebiete und Methoden der Markt- und Sozialforschung genauer kennen. Unterrichtet wird in den Fächern Wirtschafts- und Sozialkunde, Markt- und Sozialforschung, Englisch, Betriebswirtschaftliche Prozesse, Datenverarbeitung und noch ein paar andere. Viele interessante Inhalte werden vermittelt. Dazu gehören z. B. Erhebungsmethoden, Befragungsarten und Ziele der Markt- und Sozialforschung, aber auch die rechtlichen Grundlagen eines Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisses werden geklärt. Und auch der Erfahrungsaustausch mit meinen Mitschülern und den Lehrern gehört zum täglichen Unterricht dazu.



Der Präsident Burkhard Müller wünscht Lena Haase zum Beginn ihrer Ausbildung im September 2015 viel Erfolg.

Der Beruf der Fachangestellten für Markt- und Sozialforschung ist wirklich sehr interessant. Man kann Ergebnisse miteinander vergleichen und dadurch zu ganz neuen Erkenntnissen gelangen. Auch den Prozess zur Gewinnung dieser Ergebnisse mit zu verfolgen und sich an den dafür benötigten Arbeitsschritten zu beteiligen, macht mir persönlich sehr viel Spaß.

Ich bin wirklich froh, dass ich mich für genau diese Ausbildung entschieden habe. Der Beruf bringt viele verschiedene Aufgaben und Herausforderungen in den unterschiedlichsten Bereichen mit sich, welche mich fordern und die Arbeit für mich sehr interessant gestalten. Diesen Aufgaben stelle ich mich gern und ich bin gespannt, was die nächsten 3 Jahre noch mit sich bringen werden.



# Neuer Präsident im Statistischen Landesamt



Kurz vor dem Eintreffen - der Arbeitsplatz des neuen Präsidenten

Die Vakanzzeit ist beendet: 19 Monate war das Büro in der Macherstraße 63 unbesetzt. Am Montag, den 3. August 2015 nahm in Kamenz der neue Präsident des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen, Burkhard Müller seine Arbeit auf. Davor war er seit 1993 Bürgermeister und seit 2008 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Großenhain. Burkhard Müller, Jahrgang 1963, wurde in Großenhain geboren. Er studierte in den 80er Jahren an der Technischen Universität Dresden Maschinenbau und Ingenieurpädagogik. Anfang der 90er orientierte er sich neu und absolvierte erfolgreich das Magisterstudium der Verwaltungswissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Am 14. September 2015 fand im Ratssaal des Rathauses der Stadt Kamenz die offizielle und feierliche Amtseinführung statt. Mit seinen Erfahrungen aus der Praxis sei Burkhard Müller die hervorragende Besetzung, sagte Staatssekretär Dr. Michael Wilhelm bei der Feierstunde im Kamenzer Rathaus.



Dr. Michael Wilhelm, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium des Innern überbrachte die Grüße der Dienstaufsicht

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes Roderich Egeler begrüßte Burkhard Müller im Kreis der Amtsleiter im Statistischen Verbund. Mit einem kurzen Rückblick auf das vergangene Schaffen und guten Wünschen für die kommenden Jahre wurde der neue Präsident vom Oberbürgermeister Roland Dantz in Kamenz willkommen geheißen. Er überreichte Burkhard Müller eine Büste des großen deutschen Dichters und quasi Sohnes der Stadt Kamenz, Gotthold Ephraim Lessing. Weitere Grußworte kamen von Ursel Bechtel (SMI) und Personalratsvorsitzenden Tilo Börner, bevor der neue Präsident zu seinen Plänen und Wünschen im neuen Amt sprach. Im Anschluss an den offiziellen Teil der Amtseinführung wurde in lockerer Runde bei einem Imbiss der Nachmittag beendet.



Roland Dantz, Oberbürgermeister der Stadt Kamenz

Herr Müller bleibt seiner Heimatstadt Großenhain verbunden. Er wohnt dort mit seiner Familie. Nur sein Arbeitsweg hat sich erheblich verlängert. Er zählt jetzt zu den rund 350 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die innerhalb Sachsens über die Landkreisgrenze von ihrem Wohnort zum Arbeitsort pendeln (Stand 30. Juni 2015). Für Herrn Müller sind das gute 100 km bei einer täglichen Hin- und Rückfahrt. Hierfür allzeit gute und unfallfreie Fahrt und viel Erfolg in der neuen Wirkungsstätte.



Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes



Ursel Bechtel, Sächsisches Staatsministerium des Innern



Burkhard Müller, Präsident des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen

Weitere Impressionen der Amtseinführung am 14. September 2015



Personalratsvorsitzender im Statistischen Landesamt, Tilo Börner



Dr. Michael Wilhelm, Roderich Egeler und Burkard Müller (v. l. n. r.) im Gespräch



Blick in den Lichthof des Rathauses der Stadt Kamenz



Andreas Kühn von der Musikschule Kamenz spielte auf Wunsch des Präsidenten Jazz.





# Nachruf

## Jochen Teschner

Unser langjähriger Mitarbeiter, Herr Jochen Teschner, verstarb unerwartet nach kurzer, schwerer Krankheit Anfang Januar 2016 im Alter von 58 Jahren. Nicht zuletzt für die Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ hat er in beispielhafter Weise Redaktions- und Lektoratsaufgaben wahrgenommen.

Jochen Teschner studierte von 1978 bis 1982 an der damaligen Karl-Marx-Universität in Leipzig an der Sektion Wirtschaftswissenschaften in der Fachrichtung „Rechnungsführung und Statistik“. Dieser Studiengang sollte zukünftige Hauptbuchhalter für die Betriebe der DDR ausbilden, ein Teil der Absolventen nahm aber auch Tätigkeiten in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik auf. So begann er am 1. September 1982 seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Bezirksstelle für Statistik in Dresden. Hier war er von Anfang an auf dem Gebiet der Analyse tätig. Das heißt, seine Arbeitsaufgaben bestanden in der Zusammenführung von Ergebnissen unterschiedlicher Einzelstatistiken zu einem Gesamtbild. Da zur damaligen Zeit alle tabellarischen Auswertungen per Hand durch Übertragung aus anderen Tabellen oder Zahlenübersichten (z. B. Großrechnerausdrucken) zusammengestellt werden mussten, kam der exakten Arbeit beim Übertragen, der Kontrolle durch Verlesen sowie auch der rechnerischen Kontrolle größte Bedeutung zu. Hier hat Jochen Teschner vermutlich seine Fähigkeit entwickelt und gefestigt, oft Fehler oder Unkorrektheiten in Tabellen und Texten, später auch Grafiken, mit großer Sicherheit auf den ersten Blick zu erkennen. Er hatte auch ein untrügliches Gespür für statistische Zahlen, im Sinne von „das kann aber so nicht stimmen“. Der eine oder andere der Leser dieser Zeilen wird sich möglicherweise daran erinnern.

Nach der deutschen Wiedervereinigung vollzog sich die organisatorisch nicht ganz einfache Auflösung der Bezirksstelle für Statistik in Dresden und die Überführung der Aufgaben in das neu zu gründende Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen. In dieser Übergangszeit war er unter anderem für die Zusammenstellung und redaktionellen Bearbeitung der ab der 2. Hälfte des Jahres 1991 erscheinenden „Statistischen Monatshefte“ verantwortlich, außerdem wurde 1990 auch das erste Statistische Jahrbuch des Freistaates Sachsen veröffentlicht. Mit der offiziellen Gründung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen am 1. Januar 1992 wurde Jochen Teschner Sachgebietsleiter Redaktion im Referat Öffentlichkeitsarbeit. Es begann die Herausgabe der Statistischen Berichte, dem Publikationsorgan für alle Ergebnisse der Statistik. Hier leistete er Pionierarbeit in Sachsen. In den weiteren Jahren kamen immer wieder neue Publikationen hinzu, bestehende wechselten ihren Inhalt und vor allem ihr Layout, wodurch sich der Redaktion immer wieder neue Aufgaben stellten. Nach einer Phase, in der mehrere Kolleginnen und Kollegen die Arbeiten im Bereich Redaktion abdeckten, hatte er auch wieder den Hauptteil der Redaktionsarbeiten zu schultern.

Seine letzte Arbeit für die Zeitschrift Statistik in Sachsen war die redaktionelle Betreuung des vorliegenden Heftes. Über viele Jahre hinweg gaben die Autoren ihre Manuskripte mit der Gewissheit an die Redaktion, dass wenig glückliche Formulierungen oder gar Fehler dem wachsamen Auge von Jochen Teschner nicht entgehen würden.

Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen und die Schriftleitung und Redaktion von Statistik in Sachsen haben einen wichtigen Mitarbeiter verloren.

Im Auftrag  
Dr. Andreas Oettel

# Neues aus Sachsen

## Statistisches Jahrbuch 2015 erschienen

Das Statistische Jahrbuch 2015 des Freistaates Sachsen wurde am 14. Dezember in Dresden durch den Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Burkhard Müller der Öffentlichkeit vorgestellt. Es bietet auf 535 Seiten einen Überblick über wichtige Daten und Fakten aus allen Lebensbereichen für Sachsen in kompakter Form.

## 6 651 Kinder mehr in Sachsens

### Kindertageseinrichtungen

Insgesamt 288 284 Kinder wurden im Freistaat Sachsen am 1. März 2015 in Kindertageseinrichtungen betreut, 6 651 mehr als im Vorjahr. Das waren 148 080 Jungen und 140 204 Mädchen bzw. 173 084 Nichtschulkinder und 115 200 Schulkinder. Von den in Tageseinrichtungen betreuten Kindern waren 16,3 Prozent jünger als drei Jahre (2014: 16,1 Prozent). 43,8 Prozent waren drei Jahre und älter und gingen noch nicht in die Schule (2014: 44,2 Prozent) und 40,0 Prozent gingen neben der Schule noch in den Hort (2014: 39,7 Prozent). 2,4 Prozent der Kinder unter einem Jahr besuchten eine Kindertageseinrichtung, bei Kindern im Alter von einem bis unter drei Jahren waren es 65,0 Prozent und bei Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren lag dieser Anteil bei 96,5 Prozent. Für 99,9 Prozent aller Kinder war eine Betreuung an 5 Tagen pro Woche vereinbart. Für die Mehrzahl der Nichtschulkinder (83,3 Prozent) bestand ein Betreuungsvertrag für 36 und mehr Stunden pro Woche. An der Mittagsverpflegung in den Tageseinrichtungen nahmen 91,0 Prozent der Kinder teil (Nichtschulkinder 99,1 Prozent und Schulkinder 78,8 Prozent).

Heißer Sommer bescherte Sachsens Campingplätzen Besucherzustrom

Im Sommerhalbjahr 2015 (Mai bis Oktober) haben 4,42 Millionen Gäste insgesamt 11,23 Millionen Übernachtungen in sächsischen Beherbergungseinrichtungen mit zehn und mehr Betten bzw. Stellplätzen gebucht. Das entsprach etwa der Gästezahl des Vorjahreszeitraumes, die Zahl der Übernachtungen ging um ein Prozent zurück.

Eine positive Bilanz konnten die Campingplätze ziehen. Auf den 104 Plätzen mit knapp 6 800 Stellplätzen wurden fast 188 000 Camper begrüßt. Sie blieben durchschnittlich 3,2 Tage und buchten damit mehr als 595 000 Übernachtungen. Das bedeutet einen Zuwachs von 7,0 bzw.

7,4 Prozent im Vergleich zum Sommerhalbjahr 2014. Fast ein Drittel aller Campingplätze mit 2 100 Stellplätzen befindet sich im Reisegebiet Oberlausitz-Niederschlesien. Hier stieg die Zahl der Ankünfte um 14,1 Prozent auf ca. 50 500, die Übernachtungszahlen um 6,9 Prozent auf knapp 198 000. Auf den 23 Campingplätzen im Sächsischen Burgen- und Heidegebiet gab es im Sommerhalbjahr 2015 sogar einen Zuwachs bei der Zahl der Besucher und Übernachtungen um jeweils mehr als ein Drittel. Die Zahl der ausländischen Campinggäste stieg überdurchschnittlich um 8,4 Prozent auf mehr als 26 600, deren Übernachtungen um 14,8 Prozent auf etwas mehr als 81 000. Erwartungsgemäß kamen die meisten aus den Niederlanden (Anteil 43 Prozent) gefolgt von der Schweiz (Anteil neun Prozent).

## Jahreserhebungen 2015 zeigen gute

### wirtschaftliche Lage

#### im sächsischen Baugewerbe

Insgesamt 6 620 sächsische Betriebe waren in die im Juni 2015 durchgeführte „Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe“ einbezogen, 157 Betriebe bzw. 2,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Gesamtumsatz belief sich im Juni 2015 auf 596 Millionen € und lag damit 8,6 Prozent über dem Vorjahresmonatsergebnis. Im Hochbau wurde das Vorjahresergebnis um 5,5 Prozent und im Tiefbau um 13,2 Prozent übertroffen. Der Gesamtumsatz für das Jahr 2014 betrug 6 325 Millionen € und war um 0,4 Prozent höher als im Jahr 2013.

Ende Juni 2015 wurden im sächsischen Bauhauptgewerbe 56 543 tätige Personen gezählt, 1,5 Prozent weniger als Ende Juni 2014.

Wie das Statistische Landesamt weiter mitteilt, meldeten in der „Jahreserhebung im Ausbaugewerbe“ (10 und mehr tätigen Personen) 1295 Betriebe. Im Vorjahr waren es 64 Betriebe bzw. 3,5 Prozent mehr.

Im 2. Quartal 2015 wurde hier ein Gesamtumsatz von 781 Millionen € erwirtschaftet, 2,2 Prozent mehr als im 2. Quartal 2014. Der Gesamtumsatz für das Jahr 2014 betrug 3 277 Millionen € und stieg damit um 4,2 Prozent gegenüber dem Jahr 2013. Im Ausbaugewerbe erhöhte sich die Zahl der tätigen Personen um 1,8 Prozent auf 30 304.

### Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Sachsen und die Auswirkungen der neuen EU-Agrarreform

Nach den Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung 2015 bewirtschafteten die sächsischen Landwirte 903 200 Hektar (ha) landwirtschaftlich genutzte Fläche. Darunter waren 709 900 ha Ackerland, 188 000 ha Dauergrünland und 5 200 ha Dauerkulturen.

Mehr als die Hälfte der Ackerfläche (56,2 Prozent) wurden mit Getreide bestellt. Die wichtigsten Getreidearten waren Weizen (196 800 ha) und Gerste (118 800 ha). Neben dem Getreideanbau wurde das Ackerland außerdem zur Produktion von Handelsgewächsen (130 800 ha), Pflanzen zur Grünernte (119 500 ha), Hackfrüchten (17 300 ha), Hülsenfrüchten zur Körnergewinnung (14 100 ha) und Gartenbauerzeugnissen (4 500 ha) genutzt. Außerdem wurden 17 500 ha Ackerland stillgelegt.

Während die Getreidefläche gegenüber dem Vorjahr zunahm, gab es deutliche Rückgänge bei Handelsgewächsen, Pflanzen zur Grünernte und Hackfrüchten. Dagegen hat sich die Anbaufläche von Leguminosen (Hülsenfrüchten) mehr als verdoppelt und die Stilllegungsfläche annähernd vervierfacht.

Großen Einfluss auf die Bodennutzung haben die neuen Förderregelungen nach der GAP-Reform (1). Danach müssen Landwirte fünf Prozent ihrer Ackerfläche als ökologische Vorrangflächen zur Verfügung stellen, wenn sie Prämien für ihren Betrieb erhalten wollen. Durch diese Auflagen soll erreicht werden, dass beispielsweise Ackerland in Form von Stilllegungsflächen oder Landschaftselementen zur Förderung des Klima- und Artenschutzes beiträgt oder durch den Anbau von Leguminosen die Fähigkeit des Bodens zur biologischen Stickstoffbindung erhöht wird.

Wirtschaftswachstum in den Landkreisen Görlitz und Leipzig 2013 am höchsten 104,7 Milliarden € Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurden 2013 in Sachsen erwirtschaftet, 3,2 Prozent mehr als 2012 (in jeweiligen Preisen). Innerhalb des Freistaates reichten die Ergebnisse von einem Wirtschaftswachstum um 6,9 Prozent in den Landkreisen Görlitz bzw. 6,3 Prozent in Leipzig über geringfügige Zuwächse im Landkreis Zwickau und dem Vogtlandkreis bis zu einem Rückgang des BIP um 0,4 Prozent in Mittelsachsen. Rund 41 Prozent des BIP wurden in den Kreisfreien Städten Sachsens erwirtschaftet. Hier betrug der Anteil der Dienstleistungsbe- reiche an der gesamten Bruttowertschöpfung rund 78 Prozent. Die sächsischen Landkreise erreichten einen Anteil von reichlich 61 Prozent. In

der langfristigen Betrachtung seit 2000 konnten die Landkreise Görlitz und Leipzig sowie die Stadt Leipzig die größten Zuwächse des BIP erwirtschaften. Deutlich unter dem Durchschnitt lag das Wachstum im Vergleich zum Jahr 2000 im Vogtlandkreis und in Nordsachsen. 2013 erwirtschaftete ein Erwerbstätiger in Sachsen 52 108 € BIP. Bei den Regionalergebnissen lag hier der Landkreis Leipzig mit 59 307 € an der Spitze und der Erzgebirgskreis mit 45 852 € am Ende der Kreise. Damit repräsentierte der Landkreis Leipzig knapp 90 Prozent des gesamtdeutschen Wertes, während der Erzgebirgskreis rund 69 Prozent erzielte. Im Vergleich zum Jahr 2000 verzeichneten auch beim BIP je Erwerbstätigen die Landkreise Görlitz und Leipzig die höchste Dynamik. Am geringsten fielen die Anstiege im Landkreis Nordsachsen und in der Stadt Dresden aus. Alle Ergebnisse ab 2000 entsprechen den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 und werden zum aktuellen Gebietsstand veröffentlicht. Frühere Ergebnisse werden hiermit revidiert.

Verdienstzuwächse in Sachsen 2013 zwischen 4,1 Prozent im Landkreis Zwickau und 1,3 Prozent in Mittelsachsen

Der durchschnittliche Verdienst je Arbeitnehmer in Sachsen betrug 2013 brutto 25 138 € und stieg im Vergleich zu 2012 um 2,4 Prozent. Über dem sächsischen Pro-Kopf-Wert lagen die Verdienste der Arbeitnehmer in den Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie im Landkreis Zwickau. Am niedrigsten waren die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer 2013 im Erzgebirgskreis sowie im Landkreis Görlitz. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Pro-Kopf-Verdienste in allen sächsischen Kreisen, wobei der Landkreis Zwickau mit 4,1 Prozent das größte Plus verbuchte. Ihm folgten mit jeweils 2,8 Prozent der Landkreis Nordsachsen und die Stadt Leipzig. Im Gegensatz dazu verzeichneten Mittelsachsen und Meißen mit 1,3 bzw. 1,5 Prozent die geringsten Zuwächse. Der Abstand zum durchschnittlichen Pro-Kopf-Verdienst in Deutschland (30 755 €) betrug in Sachsen reichlich 18 Prozent. Im langfristigen Vergleich seit 2000 stiegen die Verdienste in Sachsen um rund 27 Prozent. Regional lagen die Pro-Kopf-Zuwächse zwischen 6 445 € im Landkreis Zwickau und 4 353 € im Vogtlandkreis. Insgesamt wurden 2013 Bruttolöhne und -gehälter in Höhe von 44,7 Milliarden € an Arbeitnehmer mit Arbeitsort in Sachsen gezahlt. Dies entsprach einer Erhöhung um 3,1 Prozent im Vergleich zu 2012. Auch hier erreichte der Zuwachs alle Kreise. Die Bruttolöhne und -gehälter sind neben den

Auch hier erreichte der Zuwachs alle Kreise. Die Bruttolöhne und -gehälter sind neben den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber Teil der Arbeitnehmerentgelte, für die ebenfalls Ergebnisse ermittelt wurden. Alle Daten ab 2000 entsprechen den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010.

Was machen die Sachsen im Internet?

Rund 2,7 Millionen Sachsen ab einem Alter von 10 Jahren nutzten im 1. Quartal 2014 das Internet. Am häufigsten wurde das Internet von den sächsischen Privatanwendern zum Senden und Empfangen von E-Mails (89 Prozent) sowie zur Informationssuche nach Waren und Dienstleistungen (87 Prozent) genutzt. Beliebte waren ebenfalls das Lesen von Online-Nachrichten, -Zeitung oder -Zeitschriften (63 Prozent). Hier lag Sachsen jedoch mit 5 Prozentpunkten am weitesten unter dem Bundesdurchschnitt. Sechs von zehn Anwendern nutzten Reisedienstleistungen im Internet (59 Prozent), wie zur Buchung von Fahrkarten und Unterkünften oder auch zur Routenplanung. Der Anteil der Nutzer von Internet- bzw. Online-Banking betrug 52 Prozent. Jeder zweite Anwender lud aus dem Internet Spiele, Bilder, Filme oder Musik herunter bzw. spielte online. In sozialen Netzwerken im Internet waren vier von zehn Anwendern (43 Prozent) aktiv (z. B. Erstellen von Nutzerprofilen, Einstellen von Mitteilungen/Beiträgen o. a.). Jeweils reichlich ein Viertel der Anwender telefonierte über das Internet (auch Videotelefonate mit Webcam) bzw. hörte Radio. Drei Viertel der sächsischen Internetanwender ab 10 Jahren, die das Internet im 1. Quartal 2014 nutzten, kauften bzw. bestellten in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung Waren oder Dienstleistungen im Netz. Besonders beliebt waren beim Online-shopping nach wie vor Kleidung und Sportartikel (66 Prozent). Stark nachgefragt wurden in diesem Zeitraum auch Gebrauchsgüter, wie z. B. Möbel, Spielzeug oder Geschirr (51 Prozent). An dritter Stelle folgten mit 50 Prozent Bücher (auch elektronische), Zeitungen, Zeitschriften sowie E-Learning-Material. Die Daten wurden im Rahmen der jährlichen Haushaltebefragung zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) 2014 erhoben.

elektronische), Zeitungen, Zeitschriften sowie E-Learning-Material. Die Daten wurden im Rahmen der jährlichen Haushaltebefragung zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) 2014 erhoben.

# Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Bevölkerung</b>										
Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1 000	4 055,3	...	4 053,8	4 054,7	4 055,3	4 065,8	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen	Anzahl	1 490	...	1 380	697	1 082	2 048	1 447	753	...
Lebendgeborene	Anzahl	2 995	...	3 088	2 708	3 880	3 476	3 073	2 857	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 263	...	4 276	4 164	5 456	4 188	4 226	4 187	...
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	...	16	7	7	2	13	6	...
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 269	...	-1 188	-1 456	-1 576	-712	-1 153	-1 330	...
<b>Wanderungen</b>										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 623	...	12 509	7 306	6 473	12 900	...	...	...
darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 201	...	4 850	3 163	2 928	6 964	...	...	...
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 673	...	7 028	5 055	4 466	7 464	...	...	...
darunter in das Ausland	Anzahl	1 772	...	1 565	1 493	1 576	2 342	...	...	...
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 950	...	5 481	2 251	2 007	5 436	...	...	...
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	Anzahl	9 777	...	11 811	9 951	10 111	13 181	...	...	...
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Beschäftigte<sup>3) 4)</sup></b>										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>5)</sup>	1 000	1 511,5	...	x	x	1 515,0	...	x	x	...
Frauen	1 000	741,3	...	x	x	747,2	...	x	x	...
Ausländer	1 000	32,0	...	x	x	34,4	...	x	x	...
Teilzeitbeschäftigte	1 000	399,5	...	x	x	407,8	...	x	x	...
darunter Frauen	1 000	325,8	...	x	x	332,2	...	x	x	...
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,6	...	x	x	20,1	...	x	x	...
Produzierendes Gewerbe	1 000	442,9	...	x	x	440,1	...	x	x	...
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	311,0	...	x	x	314,8	...	x	x	...
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	278,1	...	x	x	278,8	...	x	x	...
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	458,0	...	x	x	461,4	...	x	x	...
<b>Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	187,5	174,3	171,6	171,9	178,5	161,6	159,4	158,5	163,4
Frauen	1 000	85,7	79,5	81,4	81,1	82,2	75,8	74,4	73,6	74,1
Männer	1 000	101,8	94,8	90,2	90,8	96,3	85,8	85,0	85,0	89,2
Ausländer	1 000	9,6	10,8	9,5	9,6	9,8	10,8	10,8	10,8	11,2
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	13,4	11,2	11,8	11,0	10,9	11,2	9,9	9,5	9,4
<b>Arbeitslosenquote<sup>6)</sup></b>										
insgesamt	%	8,8	8,2	8,1	8,1	8,4	7,6	7,5	7,5	7,7
Frauen	%	8,6	7,9	8,1	8,1	8,2	7,5	7,4	7,3	7,4
Männer	%	9,1	8,5	8,1	8,1	8,6	7,7	7,6	7,6	8,0
Ausländer	%	19,7	21,5	18,9	19,1	19,5	21,4	21,4	21,5	22,3
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	7,5	6,8	6,9	6,4	6,3	7,0	6,2	6,0	5,9
Kurzarbeiter	1 000	7,6	...	3,5	3,4	9,0	2,3	...	...	...
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	22,7	27,4	23,7	23,8	23,1	29,1	30,0	29,3	28,2

1) Spalte 1 und 2: statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember; Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit; aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab.

4) Spalten 1 und 2: statt Jahresdurchschnitt hier Beschäftigte am 30. Juni

5) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

# noch Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Bautätigkeit</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	332	344	353	288	275	432	366	376	302
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	303	317	333	267	232	411	336	347	274
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	391	397	397	322	436	507	450	350	361
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	76	75	79	63	83	97	87	69	64
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	100 455	101 512	110 792	82 825	106 271	130 347	109 634	92 033	103 730
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	104	103	121	91	113	94	141	113	95
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	465	672	389	312	612	706	498	696	571
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	76	91	74	58	97	102	75	85	98
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	62 877	85 398	75 471	36 904	85 286	70 854	79 065	83 516	85 507
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	868	951	1 029	503	1 048	1 289	1 020	836	1 236
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	3 828	3 860	4 221	2 731	4 477	5 370	4 221	3 711	3 466
<b>Landwirtschaft</b>										
Schlachtmengen <sup>1)</sup>	t	1 362	1 385	1 366	1 583	1 412	1 445	1 533	1 659	1 234
darunter										
Rinder insgesamt	t	328	341	402	489	376	337	428	510	331
darunter										
Kälber	t	31	33	33	33	50	32	37	38	55
Jungrinder	t	6	6	5	6	11	5	6	10	4
Schweine	t	1 004	1 014	917	1 034	1 001	1 074	1 051	1 082	873
Eiererzeugung <sup>2)</sup>	1 000 St.	79 248	76 779	75 386	75 785	81 571	74 869	78 803	78 283	82 015
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>3)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	1 322	1 327	1 324	1 323	1 320	1 329	1 330	1 326	1 325
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	219,7	224,3	222,9	222,8	221,9	226,5	227,3	226,5	225,6
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	29 335	29 898	30 455	29 068	25 487	31 562	31 612	30 540	25 690
Entgelte	Mill. €	652,1	681,8	651,5	805,4	661,5	646,1	673,7	830,1	687,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	4 574,7	4 804,2	4 725,1	4 624,3	4 360,9	5 286,5	5 059,7	4 928,1	4 579,4
davon										
Vorleistungsgüter und Energie <sup>4)</sup>	Mill. €	1 620,4	1 680,0	1 771,2	1 564,3	1 290,6	1 855,8	1 670,8	1 690,5	1 601,1
Investitionsgüter	Mill. €	2 209,7	2 455,4	2 257,5	2 390,2	2 399,8	2 728,0	2 680,8	2 554,2	2 299,1
Gebrauchsgüter	Mill. €	66,4	76,7	76,7	75,3	64,4	91,1	86,3	82,2	68,4
Verbrauchsgüter	Mill. €	678,2	592,2	619,6	594,6	606,1	611,7	621,7	601,3	610,9
Auslandsumsatz	Mill. €	1 832,1	1 923,0	1 940,0	1 828,7	1 815,1	2 199,9	1 959,7	1 915,0	1 801,6

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

3) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

4) ohne Energie- und Wasserversorgung

# noch Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Energie- und Wasserversorgung <sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	152	158	151	151	151	159	159	159	159
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14	14	14	14	14	14	14	14	14
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 759	1 751	1 752	1 663	1 524	1 850	1 822	1 750	1 560
Entgelte	Mill. €	53	54	49	85	48	49	50	88	49
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	3 112	3 005	3 603	3 503	2 990	3 173	3 622	3 029	2 804
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,8	55,8	57,7	57,4	56,4	56,9	56,7	56,5	55,6
Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 799	5 531	6 644	6 114	4 456	6 474	6 348	5 996	4 341
davon										
Wohnungsbau	1000 h	2 007	1 865	2 246	2 104	1 551	2 092	2 055	1 908	1 419
gewerblicher Bau	1000 h	2 095	2 030	2 290	2 164	1 607	2 367	2 284	2 220	1 632
öffentlicher und Straßenbau	1000 h	1 697	1 636	2 108	1 846	1 298	2 015	2 009	1 868	1 290
Entgelte	Mill. €	115,3	116,8	125,6	128,2	117,9	122,8	127,1	132,5	121,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	513,9	520,0	606,0	615,6	569,7	624,9	610,7	625,2	656,1
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	132,8	124,8	145,0	145,1	137,9	140,1	131,5	136,6	137,4
gewerblicher Bau	Mill. €	219,5	226,3	251,1	259,0	250,0	271,8	257,0	265,3	310,4
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	161,6	168,9	209,9	211,5	181,8	213,0	222,1	223,3	208,3
<b>Ausbaugewerbe <sup>1) 3)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	19,3	19,5	.	.	19,2	19,7	.	.	19,5
Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 194	6 239	.	.	6 017	6 515	.	.	6 161
Entgelte	Mill. €	130,3	136,3	.	.	138,0	135,9	.	.	144,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	554,3	553,4	.	.	671,6	565,2	.	.	678,9
<b>Handel <sup>4)</sup></b>										
<b>Großhandel einschl. Handelsvermittlung</b>										
Beschäftigte	2010 = 100	107,1	107,9	108,4	108,3	107,8	108,5	108,6	108,2	107,7
Umsatz (nominal)	2010 = 100	112,4	112,6	120,2	112,5	112,8	118,9	117,3	114,3	114,0
Umsatz (real)	2010 = 100	106,1	107,4	114,2	107,5	108,7	113,4	112,4	109,8	110,3
<b>Einzelhandel einschl. Tankstellen</b>										
Beschäftigte	2010 = 100	100,7	102,4	101,5	102,6	103,0	102,8	103,7	104,3	104,5
Umsatz (nominal)	2010 = 100	106,6	110,6	107,9	111,8	129,6	107,4	112,9	114,9	135,4
Umsatz (real)	2010 = 100	101,1	104,8	102,2	106,5	124,0	101,6	106,2	108,7	129,1
<b>Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz</b>										
Beschäftigte	2010 = 100	106,1	105,5	106,8	106,6	106,1	106,7	106,4	106,6	106,5
Umsatz (nominal)	2010 = 100	115,4	121,5	123,4	117,7	114,6	120,3	133,0	123,6	118,8
Umsatz (real)	2010 = 100	112,9	117,9	120,7	114,8	111,7	116,7	128,8	119,7	115,0
<b>Gastgewerbe <sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	2010 = 100	102,6	106,8	104,6	104,9	105,2	108,2	107,3	107,4	109,8
Umsatz (nominal)	2010 = 100	114,8	124,2	124,1	110,9	135,4	135,8	130,5	118,7	146,2
Umsatz (real)	2010 = 100	106,0	112,0	113,5	101,6	124,3	121,5	116,6	106,5	131,0

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatsergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Der Berichtskreis wird jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert.

Im Kfz-Handel und Großhandel basieren die Ergebnisse ab Berichtsmontat September 2012 auf einem Mix-Modell

(Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen).

# noch Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Tourismus<sup>1)</sup></b>										
Gästeankünfte	1 000	617	617	715	529	626	714	689	532	613
darunter von Auslandsgästen	1 000	69	72	67	53	60	89	72	54	63
Gästeübernachtungen	1 000	1 575	1 561	1 835	1 278	1 498	1 787	1 762	1 248	1 460
darunter von Auslandsgästen	1 000	154	159	145	125	131	195	156	117	139
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	1 528	1 531	1 629	1 490	1 474	1 654	1 683	1 683	1 476
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 113	1 125	1 172	1 062	957	1 263	1 202	1 206	1 037
Getötete Personen	Anzahl	15	16	8	10	12	22	16	17	15
Verletzte Personen	Anzahl	1 404	1 419	1 425	1 347	1 291	1 561	1 507	1 552	1 374
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 292	11 647	11 609	10 433	10 835	11 338	11 602	11 999	12 270
darunter										
Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	9 261	9 537	9 741	8 751	8 761	9 463	9 580	9 963	10 035
Lastkraftwagen	Anzahl	1 192	1 241	1 244	1 235	1 486	1 191	1 422	1 477	1 613
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	4,6	4,6	8,7	5,9	3,2	-	-	-	6,8
Güterversand	1 000 t	6,1	7,7	11,6	7,2	6,7	-	-	-	4,1
<b>Außenhandel<sup>4)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 992,3	3 207,6	3 525,7	3 079,1	2 966,3	3 316,1	3 360,0	3 119,4	2 613,2
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	108,1	109,3	111,1	101,4	111,2	119,8	113,0	110,7	97,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	2 848,2	3 039,6	3 374,9	2 931,2	2 815,9	3 121,8	3 174,6	2 927,5	2 428,2
davon										
Rohstoffe	Mill. €	11,7	11,1	13,0	12,4	9,6	12,5	10,0	10,0	8,0
Halbwaren	Mill. €	109,9	111,5	122,2	106,2	113,5	125,7	124,1	121,5	104,5
Fertigwaren	Mill. €	2 726,6	2 917,0	3 239,7	2 812,7	2 692,8	2 983,5	3 040,5	2 796,1	2 315,7
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	213,2	220,9	220,6	200,8	180,0	219,3	223,1	209,3	192,0
Enderzeugnisse	Mill. €	2 513,4	2 696,1	3 019,1	2 611,9	2 512,8	2 764,3	2 817,4	2 586,8	2 123,7
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 561,8	1 719,7	1 730,9	1 687,7	1 453,3	1 904,0	1 848,8	1 779,1	1 353,6
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 293,1	1 440,2	1 425,5	1 392,6	1 227,2	1 601,5	1 533,1	1 512,1	1 159,4
Afrika	Mill. €	64,3	61,9	56,7	64,4	64,1	67,5	56,9	45,6	54,3
Amerika	Mill. €	368,4	488,9	440,8	317,3	346,3	487,8	502,2	436,8	414,1
Asien	Mill. €	965,3	889,9	1 247,7	971,8	1 064,9	815,3	902,8	810,0	761,5
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	32,5	47,2	49,5	37,9	37,7	41,5	49,2	47,9	29,7

1) Betriebe mit zehn und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit zehn und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

# noch Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Noch: Außenhandel<sup>1)</sup></b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 718,0	1 839,2	1 881,8	1 758,2	1 584,9	1 931,8	1 999,7	1 843,5	1 607,5
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	97,9	94,4	101,6	98,1	100,6	90,0	103,3	84,3	84,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 549,4	1 630,5	1 702,3	1 575,2	1 410,9	1 704,2	1 751,8	1 606,9	1 358,9
davon										
Rohstoffe	Mill. €	137,4	113,4	169,7	155,6	153,5	112,8	103,0	109,2	100,4
Halbwaren	Mill. €	115,1	105,5	100,2	93,7	84,3	101,9	98,0	101,5	66,2
Fertigwaren	Mill. €	1 296,9	1 411,6	1 432,4	1 325,8	1 173,1	1 489,5	1 550,8	1 396,2	1 192,4
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	170,4	185,4	192,6	170,5	142,7	188,0	195,6	169,9	134,9
Enderzeugnisse	Mill. €	1 126,6	1 226,1	1 239,8	1 155,3	1 030,4	1 301,5	1 355,2	1 226,3	1 057,4
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 350,5	1 400,2	1 494,8	1 392,6	1 246,1	1 494,1	1 540,8	1 427,2	1 152,6
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	1 138,2	1 201,2	1 262,5	1 177,3	1 022,7	1 312,7	1 335,3	1 209,4	974,8
Afrika	Mill. €	9,2	8,7	9,4	9,5	7,7	7,4	8,1	9,5	7,4
Amerika	Mill. €	93,1	115,1	97,4	91,1	89,7	107,6	114,5	101,5	144,8
Asien	Mill. €	262,5	312,4	278,0	261,4	238,6	319,7	332,5	302,5	301,0
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,9	2,3	3,7	2,8	3,0	3,7	2,8	1,8
<b>Gewerbeanzeigen<sup>2)</sup></b>										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 506	2 471	2 342	2 349	2 341	2 502	2 342	2 226	2 390
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 556	2 550	2 520	2 659	3 537	2 214	2 317	2 609	3 858
<b>Insolvenzen</b>										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	544	523	571	517	448	549	545	471	523
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	90	84	102	78	73	100	89	56	94
Verbraucher	Anzahl	319	302	291	335	267	327	313	283	279
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	89	88	104	65	70	84	85	77	94
sonstige natürliche Personen <sup>3)</sup> , Nachlässe	Anzahl	46	48	74	39	38	38	58	55	56
eröffnete Verfahren	Anzahl	478	457	484	466	400	497	469	401	457
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	65	65	87	50	47	52	76	68	66
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	408	81	80	53	78	83	76	46	98
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte <sup>4)</sup>	30.9.09 = 100	96,9	96,0	x	x	95,8	97,3	x	x	95,4
Umsatz <sup>5)</sup>	2009 = 100	106,6	107,9	x	x	119,3	112,3	x	x	122,2

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

2) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

3) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

4) am Ende des Kalendervierteljahres

5) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

# noch Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2014	2015	2014			2015			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Noch: Außenhandel<sup>1)</sup></b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 718,0	1 839,2	1 881,8	1 758,2	1 584,9	1 931,8	1 999,7	1 843,5	1 607,5
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	97,9	94,4	101,6	98,1	100,6	90,0	103,3	84,3	84,8
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 549,4	1 630,5	1 702,3	1 575,2	1 410,9	1 704,2	1 751,8	1 606,9	1 358,9
davon										
Rohstoffe	Mill. €	137,4	113,4	169,7	155,6	153,5	112,8	103,0	109,2	100,4
Halbwaren	Mill. €	115,1	105,5	100,2	93,7	84,3	101,9	98,0	101,5	66,2
Fertigwaren	Mill. €	1 296,9	1 411,6	1 432,4	1 325,8	1 173,1	1 489,5	1 550,8	1 396,2	1 192,4
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	170,4	185,4	192,6	170,5	142,7	188,0	195,6	169,9	134,9
Enderzeugnisse	Mill. €	1 126,6	1 226,1	1 239,8	1 155,3	1 030,4	1 301,5	1 355,2	1 226,3	1 057,4
<b>Einfuhr aus</b>										
Europa	Mill. €	1 350,5	1 400,2	1 494,8	1 392,6	1 246,1	1 494,1	1 540,8	1 427,2	1 152,6
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	1 138,2	1 201,2	1 262,5	1 177,3	1 022,7	1 312,7	1 335,3	1 209,4	974,8
Afrika	Mill. €	9,2	8,7	9,4	9,5	7,7	7,4	8,1	9,5	7,4
Amerika	Mill. €	93,1	115,1	97,4	91,1	89,7	107,6	114,5	101,5	144,8
Asien	Mill. €	262,5	312,4	278,0	261,4	238,6	319,7	332,5	302,5	301,0
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,9	2,3	3,7	2,8	3,0	3,7	2,8	1,8
<b>Gewerbeanzeigen<sup>2)</sup></b>										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 506	2 471	2 342	2 349	2 341	2 502	2 342	2 226	2 390
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 556	2 550	2 520	2 659	3 537	2 214	2 317	2 609	3 858
<b>Insolvenzen</b>										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	544	523	571	517	448	549	545	471	523
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	90	84	102	78	73	100	89	56	94
Verbraucher	Anzahl	319	302	291	335	267	327	313	283	279
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	89	88	104	65	70	84	85	77	94
sonstige natürliche Personen <sup>3)</sup> , Nachlässe	Anzahl	46	48	74	39	38	38	58	55	56
eröffnete Verfahren	Anzahl	478	457	484	466	400	497	469	401	457
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	65	65	87	50	47	52	76	68	66
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	408	81	80	53	78	83	76	46	98
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte <sup>4)</sup>	30.9.09 = 100	96,9	96,0	x	x	95,8	97,3	x	x	95,4
Umsatz <sup>5)</sup>	2009 = 100	106,6	107,9	x	x	119,3	112,3	x	x	122,2

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

2) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

3) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

4) am Ende des Kalendervierteljahres

5) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

# Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Redaktion:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Gestaltung und Satz:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Druck:**

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

**Redaktionschluss:**

April 2016

**Preis dieser Ausgabe:**

3,50 €

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1214

Telefax: +49 3578 33-55 1255

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

[www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de)

**Verteilerhinweis**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von politischen Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

**Copyright**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: [panthermedia.net/gualtiero boffi](http://panthermedia.net/gualtiero-boffi)

ISSN 0949-4480 (print)

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema

